

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: monatlich 1.10 RM, vierteljährlich 3.30 RM, monatlich 1.10 RM, wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 RM pro Monat. Einzelne Nummer in die Post-Vertriebsstellen. Unter Streifenband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 RM, für das übrige Ausland 3 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgelaltene Spaltenbreite über dem Raum 90 Pf. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Berichterstattungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (ausführlich 2 getriebene Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenvermittlung bis erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erkocht täglich außer Sonntagen.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 18. Januar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Das Ergebnis der sozialpolitischen Debatte.

Die Erörterung über das Gehalt des Staatssekretärs im Reichsamt des Innern und damit die allgemeine sozialpolitische Aussprache hat der Reichstag am Freitag beendet, nachdem eine ganze Reihe von Rednern noch zu Worte gekommen war. Mithin hat sich die Aussprache über fast fünf Tage erstreckt. Trotzdem ist ihr Ergebnis in wenigen Sätzen zusammenzufassen.

Allerdings haben die Redner viele sozialpolitische Fragen mehr oder weniger gründlich besprochen. Das ist nicht zu unterschätzen. In der Politik spielt die Wiederholung eine große Rolle. Die Redner im Reichstage dürfen es sich nicht verdröhnen lassen, immer wieder und wieder die erforderlichen Anregungen zu geben. Nur auf diese Weise ist es möglich, Stimmung für die notwendigen Verbesserungen zu machen und schließlich die Annahme der Anträge zu erringen.

Daher haben sich alle Parteien an der allgemeinen sozialpolitischen Aussprache lebhaft beteiligt. Die bürgerlichen Redner haben in erster Linie die Wünsche der Unternehmer vorgetragen. Auch die Beschwerden der Polen und Dänen wurden nicht mit Stillschweigen übergangen. Besonders hervorzuheben ist die Rede, die am Freitag der Däne Hansen gehalten hat. Sie zeigt, daß die preussische Polizei die rücksichtslose Bekämpfung der Dänen bis zur Störung des Gottesdienstes treibt. Und das im Lande der amtlichen „Gottesfurcht und frommen Sitte“!

Besonders eingehend haben die bürgerlichen Parteien die Mittelstandsfragen besprochen. Hier können die bürgerlichen Sozialpolitiker ihr gutes Herz sehr hüßig in schönen — Redensarten zeigen. Deshalb suchten sie sich wieder einmal im edlen Wettstreit für die Rettung des Mittelstandes zu übertrumpfen. Genosse Brühne gab ihnen am Freitag die gebührende Antwort. Er erinnerte sie, wie sie durch den Zollwucher, durch die sogenannte Finanzreform, durch die Reichsversicherungsordnung den Mittelstand schwer geschädigt haben. Mit ihren sogenannten Handwerkergelegen aber hätten sie in Wahrheit den Mittelstand nicht im geringsten geholfen. Die Uebermacht des Großkapitals ist nicht geringer, sondern größer geworden. Dann entrollte Genosse Brühne ein Bild von den traurigen Verhältnissen in dem Mittelstande. In diesem Punkte, in der Tatsache, daß es dem kleinen Manne sehr schlecht geht, stimmte unser Redner mit den Rednern der bürgerlichen Parteien überein. Er wies aber auch darauf hin — was die bürgerlichen Redner unterlassen hatten —, daß so mancher Kleinunternehmer und so manche Vereinigung der Mittelständler in der kurzschäftigsten Weise die Arbeiter bekämpfen und die Meister vergewaltigen, die nicht in derselben törichten Weise vorgehen wollen.

Außerdem sind unsere Genossen auf die wichtigsten Fragen des gesetzlichen Arbeiterschutzes eingegangen. Sie haben die allgemeine Aufmerksamkeit auf viele Mängel gelenkt und die nötigen Verbesserungen vorgeschlagen. Auch im weiteren Verlaufe der Beratung über den Etat des Reichsamts des Innern werden unsere Genossen noch manche wichtige Einzelfrage des gesetzlichen Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung besprechen.

Für die nächste Zeit sollen jedoch alle diese Bemühungen unserer Genossen so gut wie erfolglos sein: das ist der wesentliche Inhalt der Ausführungen, die der angebliche Reichsminister für Sozialpolitik hierüber gemacht hat. Danach soll dem Reichstage während seiner diesjährigen Tagung im besten Falle eine einzige sozialpolitische Vorlage zugehen, der Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Selbstverständlich werden sich unsere Genossen mit diesem Ergebnis der sozialpolitischen Aussprache nicht zufrieden geben. Sie werden vielmehr erst recht alles tun, um die bürgerlichen Parteien und die Regierungen zu zwingen, wenigstens die dringendsten sozialpolitischen Maßnahmen durchzuführen.

Dazu kommen — und das ist das wichtigste Ergebnis der sozialpolitischen Aussprache — die Bestrebungen der Scharfmacher, das Vereinigungsrecht der Arbeiter immer mehr zu beschränken. Den Antrag der Konserverfabriken, das Streikpostensuchen zu verbieten, wird der Reichstag zwar mit großer Mehrheit ablehnen. Aber damit ist die Sache durchaus nicht erledigt. Die Reichsverwaltung möchte gar zu gern dasselbe Ziel wie die Konservativen erreichen. Die Herren wissen nur nicht, wie sie dazu gelangen können. Mit den 110 Sozialdemokraten im Reichstage und mit der gewaltigen Arbeitermasse, die hinter der Sozialdemokratie steht, können sie in dieser Sache vorläufig nicht fertig werden.

Aber wehe den Arbeitern, wenn ihre Wachsamkeit auch nur im geringsten nachläßt. Sobald die herrschenden Kreise sehen würden, sie könnten sich die geplante Vergewaltigung der Arbeiter erlauben, dann schlägen sie sicher zu.

In einem solchen Augenblick findet sich auch eine Mehrheit im Reichstage für ein neues Ausnahmegesetz gegen die

Arbeiter. Bei dem Zentrum und den Nationalliberalen gibt es fraglos viele Abgeordnete, die gar zu gern die Hand zu der Vergewaltigung der Arbeiter bieten möchten. Selbst auf manchen der Herren von der Fortschrittlichen Volkspartei ist in dieser Sache kein unbedingter Verlaß. Deshalb heißt es, auf der Hut sein. Stets müssen unsere Gegner die Arbeiter wachsam leben, so daß sie die geplante Vergewaltigung nicht wagen können.

Von großer Wichtigkeit für den Kampf und das Vereinigungsrecht der Arbeiter ist die bevorstehende Landtagswahl in Preußen. Die Erklärung des Staatssekretärs in der Budgetkommission und die Mitteilungen, die Genosse Fischer über das Verhältnis des Reichsamts

des Innern zu dem preussischen Ministerium des Innern gemacht hat, haben völlige Klarheit geschaffen. Solange in Preußen die Junker unbeschränkt herrschen, kann es auch im Reich nicht nach den Wünschen der Arbeiter vorwärts gehen. Daher löst den Arbeitern aus der diesjährigen sozialpolitischen Debatte die Mahnung entgegen, mit aller Kraft an die Vorarbeiten für die Landtagswahlen in Preußen zu gehen und alles einzusetzen, um in Preußen endlich die Dreiklassensystem zu beseitigen und damit auch dem Reich freie Bahn für eine segensreiche Entwicklung unserer politischen Verhältnisse und für einen planmäßigen Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung zu schaffen.

Poincaré Präsident der französischen Republik.

Versailles, 17. Januar, 6 Uhr 15 Min.
 Im zweiten Wahlgang wurde Poincaré zum Präsidenten der Republik gewählt.

Herr Poincaré hat das Ziel seines Ehrgeizes erreicht, die Nationalversammlung hat ihn zum Präsidenten der Französischen Republik gewählt.

Im zweiten Wahlgang erst ist der bisherige französische Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen zum höchsten Amt berufen worden und die Vorgänge, die dieser Wahl vorausgegangen sind, haben wohl manchen bitteren Tropfen in den Kelch der Freude fallen lassen.

Poincaré ist nicht als Kandidat der republikanischen Partei zu seiner Würde gelangt und mit steigender Erbitterung haben ihn die Radikalen bekämpft. Ihr Widerstreben ist nicht unbegründet. Poincaré war nie ihr Mann, galt stets als der Vertreter der Opportunisten, als Gegner der radikalen Kirchenpolitik Combes. Was aber bei den meisten radikalen Deputierten den Ausschlag gegeben hat, was sie mit solchem Eifer sich für den Ackerbauminister Pams einsetzen ließ, das war gerade das Beste an dem Programm Poincarés: sein Eintreten für die Proportionalwahl und seine Verwerfung der Arrondissementabstimmung. Die Wahlreform aber bedeutet für die radikalen Deputierten die Unsicherheit über ihre Zukunft und deshalb wollten sie von dem wahlreformfreundlichen Präsidenten nicht viel wissen.

Noch ein anderes kommt hinzu. Die Präsidentschaft gibt mancherlei Rechte, die einem energischen und sachkundigen Manne von der Art Poincarés nicht nur in kritischer Situation eine nicht unbeträchtliche Einflußnahme auf den Gang der Politik gestattet. Die Nachtmehrung des Präsidenten bildet aber eine Nachtminderung der Kammer und des von ihr abhängigen Ministeriums. So mag denn manchen Radikalen der unbedeutende Ackerbauminister sympathischer gewesen sein als Poincaré, der trotz der schwierigen internationalen Lage auf die Leitung der auswärtigen Politik verzichtet um der an äußeren Ehren reichen Präsidentschaft willen.

So zieht denn Herr Poincaré ins Ellysée nicht als Erwählter der republikanischen Parteien in ihrer Gesamtheit, sondern mit Unterstützung der Rechten, und dieser Makel wird seiner Präsidentschaft lange anhaften. Mit Misstrauen werden die Radikalen, die stärkste Gruppe der Kammer, ihm und jedem gegenüberstehen, den er zunächst als Ministerpräsidenten berufen wird. Der Verdacht, er könne die bisherige Tradition verlassen und die Macht des Parlaments stürzen wollen, wird die Majorität der Kammern nur um so eifersüchtiger über ihre Rechte wachen lassen. Die Art, wie Herr Poincaré sich wählen ließ, mindert seinen Erfolg sehr wesentlich.

Für die auswärtige Politik hat die Entscheidung zwischen Pams und Poincaré keine allzu große Bedeutung. Frankreich ist heute ein Rentnerstaat und trotz aller veralteter Kleinbürgerlicher Redenscheidologie für große kriegerische Konflikte wenig disponiert. Diese Politik würde Frankreich auch in Zukunft treiben, weil sie in der ökonomischen Struktur des Landes begründet ist, wer immer das doch mehr dekorative Amt des Präsidenten inne hätte. Herr Poincaré hat diese Politik, wenn auch vielleicht in manchen Stadien etwas geräuschvoller als nötig, auch in der gegenwärtigen Krise getrieben, und seine Wahl gibt auch berufsmäßigen Kriegshegern keine Gelegenheit für ihre Treibereien.

Herr Poincaré ist für die nächsten sieben Jahre das Staatsoberhaupt Frankreichs. Nicht nach dem Rechte der Geburt, nicht nach irgend einem mythischen Gesetz des Gottesgnadentums, sondern als Erwählter der französischen Volkvertretung. Ist diese Wahl nicht eine würdigere und vernünftiger Art, ein wichtiges und verantwortungsvolles Amt zu bezeugen, als dies dem blinden Zufall der Geburt zu überlassen?

Die Nationalversammlung.

Versailles, 17. Januar. Die Sitzung des Kongresses hat um 1 Uhr 7 Minuten nachmittags begonnen. Im Palais Luxemburg herrscht reges Leben. Vom frühen Morgen an haben zahlreiche Journalisten aus der ganzen Welt sich den Parlamentsberichterstattungen zugesellt. Die Bahnhöfe sind militärisch besetzt, ebenso wie die ganze Bahnhofstraße. Die Kunstdenkmäler werden sorgfältig bewacht. Der Himmel ist grau, ein bleicher Sonnenstrahl bricht bisweilen hervor. Die Parlamentarier erscheinen in großer Anzahl und erörtern in angeregter Stimmung die Wahlausichten. Poincaré ist gegen Mittag im Automobil im Schlosse eingetroffen. Vor dem Schlosse wurde ein Geistesgestörter verhaftet, der behauptete, er habe Anrechte auf die Präsidentschaft der Republik, und schwang dabei einen Revolver.

Der Saal und die Galerien sind bis auf das letzte Plätzchen dicht besetzt. Bei der Eröffnungsrede des Senatspräsidenten Dubost erscholl eine Stimme: „Vive le roi!“ die jedoch sofort niedergeschrien wurde. Sodann versuchte der Bonapartist Dijon eine Kundgebung, indem er ausrief, daß der Präsident der Republik durch das Volk gewählt werden sollte. Die Radikalen erhoben stürmische Protestrufe und schrien Dijon nieder. Die Abstimmung begann mit dem Buchstaben T. Der letzte der Abstimmenden legte seinen Stimmzettel um 3 Uhr in die Urne.

Der erste Wahlgang.

Versailles, 17. Januar. Nach amtlicher Ermittlung wurden im ersten Wahlgang 863 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Poincaré 429, Pams 327, Baillaunt 63, Ribot 16, Deschanel 12 Stimmen; verbleiben waren 16 Stimmen. Es ist ein zweiter Wahlgang erforderlich.

Zwischen den Wahlen.

Versailles, 17. Januar. Nach dem ersten Wahlgange ermahnte Briand die Republikaner lebhaft, sich im zweiten Wahlgange auf den Namen Poincaré zu vereinigen. Theodor Reinach unterstützte ihn dabei und erklärte, die Freunde von Pams würden eine gefährliche Politik treiben, wenn sie nicht für Poincaré stimmten.

Das Publikum, das in Massen vor dem Palais du Luxembourg stand, nahm das Ergebnis der ersten Abstimmung mit lebhafter Genugtuung auf. Zahlreiche Rufe: „Es lebe Poincaré“ wurden laut. Im Augenblick der Verkündung des Resultates stieg ein Aeroplan über Versailles auf, der mit den Rufen: „Es lebe Frankreich! Es lebe die Republik!“ begrüßt wurde.

Eine Deputation von Parlamentariern begab sich zu Pams, um ihn zur Zurückziehung seiner Kandidatur zu veranlassen. Pams hat hierauf keine Antwort erteilt.

Der zweite Wahlgang.

Versailles, 17. Januar. In den Wandlungen legt Pelletan aufgeregt die Notwendigkeit einer neuen Kandidatur dar, um den Zwistigkeiten ein Ende zu machen. 4 Uhr 25 Minuten begann dann der zweite Wahlgang, der um 6 Uhr beendet war. Stimmzettel mit verschiedenen Namen liegen gedruckt vor, die meisten geben ihre Stimmen ab, ohne daß es zu Kundgebungen kommt, als jedoch Pams vor der Urne erscheint, wird er von zahlreichen Bänken mit Beifall begrüßt. Zu einer ähnlichen Kundgebung kommt es kurz darauf im Zentrum und auf der Linken, als Poincaré zur Stimmabgabe schreitet.

Die Entscheidung.

Versailles, 17. Januar, 6 Uhr 55 Minuten. Im zweiten Wahlgang entfielen auf Poincaré 483 Stimmen, auf Pams 296, auf Baillaunt 69. Das Resultat wurde vom Kongress mit Begeisterung aufgenommen.

Das amtliche Wahlergebnis.

Versailles, 17. Januar. Nach amtlicher Feststellung war das Stimmenverhältnis bei der Präsidentschaftswahl im ersten Wahlgang: Zahl der abgegebenen Stimmzettel 872, davon unbeschrieben, also ungültig 5, mithin 867 gültige Stimmen. Die absolute Mehrheit betrug 434 Stimmen; es fielen auf Poincaré 429, Pams 327, Baillaunt 63, Deschanel 18,

Ribot 16 Stimmen; zersplittert waren 14. Im zweiten Wahlgang betrug die Zahl der überhaupt abgegebenen Stimmen 870, davon ungültig 11, also gültig 859; die absolute Mehrheit betrug 430 Stimmen. Es erhielten Poincaré 483, Pams 286 und Bailliant 69 Stimmen. Zersplittert waren 11 Stimmen.

Vor der Wahl.

Paris, 17. Januar. Nach Schluß der gestrigen Vollversammlung begab sich eine große Anzahl von republikanischen Parlamentariern nach dem Ackerbauministerium, um dem Minister Pams mitzutheilen, daß er der einzige Kandidat der Gruppe der Linken sei. Pams dankte und erklärte, daß er die ihm angebotene Kandidatur annehme.

Pams Demission.

Paris, 17. Januar. Ackerbauminister Pams hat an den Ministerpräsidenten Poincaré ein Schreiben gerichtet, in dem er ihm mitteilt, daß er zurücktrete, da er die Kandidatur für die Präsidentschaft der Republik angenommen habe. Die Demission ist angenommen worden. Handelsminister Fernand David ist mit der interimistischen Leitung des Ministeriums beauftragt worden.

Poincaré und Clémenceau.

Paris, 17. Januar. Nach der gestrigen Zusammenkunft im Senat richtete Clémenceau an den Ministerpräsidenten Poincaré einen Brief, dessen Inhalt Poincaré für beiseitigend hielt. Poincaré schickte Clémenceau seine Ministerkollegen Triand und Klog als Sekundanten. Die in der Nationalversammlung herrschende Erregung wurde durch diesen Zwischenfall sichtlich noch vermehrt.

Der Zwischenfall Clémenceau-Poincaré wurde, da Clémenceau den beiden Sekundanten lokale Erklärungen gegeben hat, belagert. Den Brief hatte Clémenceau in dem Glauben an eine gründliche Behauptung eines Abgeordneten geschrieben. Dieser Abgeordnete wird nun an Poincaré schreiben, um die Angelegenheit richtig zu stellen.

Die Aufnahmeh der Wahl.

Paris, 17. Januar. Im Publikum wird das Ergebnis der Präsidentenwahl mit lebhaftem Befriedigung aufgenommen. Vor dem St. Lazare-Bahnhof, wo Poincaré eintreffen soll, ist eine große Menschenmenge versammelt, die schon jetzt auf den neugewählten Präsidenten klärende Hochrufe ausbringt und ihm bei seiner Ankunft zweifellos eine begeisterte Kundgebung bereiten wird. In parlamentarischen Kreisen herrscht wohl vielfach große Genugtuung über den Ausfall der Wahl, aber auch die Besorgnis, daß der heftige Wahlkampf eine tiefgehende und nachhaltige Spaltung unter den Republikanern herbeiführen werde.

Verfaßtes, 17. Januar. Als das Ergebnis des zweiten Wahlganges verkündet wurde, wurde der Name Poincarés mit langanhaltendem Beifall im Zentrum, auf der Rechten und auf zahlreichen Banken der Linken begrüßt. Von der Rechten ertönten mehrere Rufe: „Er ist gewählt!“ Die Zahl der auf Pams gefallenen Stimmen wurde auf verschiedenen Banken der Linken mit lebhaftem Beifall, im Zentrum und auf der Rechten mit Lachen begrüßt. Die äußerste Linke applaudierte frenetisch die auf Bailliant gefallenen Stimmen. Ein Sozialist rief: „Nieder mit dem Diktator!“ Die Rechte klatschte ironisch Beifall. Poincaré wurde unter lebhaftem Beifall zahlreiche Bänke für sieben Jahre zum Präsidenten der Republik proklamiert. Die Session der Nationalversammlung wurde sodann geschlossen.

Die Balkankrise.

Die Note überreicht.

Konstantinopel, 17. Januar. Die Votschaffer haben heute in corpore dem Minister des Aeußern die Kollektivnote überreicht.

Bulgarien und Rumänien.

London, 16. Januar. Wie das Reutersche Bureau erzählt, legte Dr. Danew in der Zusammenkunft, die er heute mit Jonescu und Wischnu hatte, die Antwort der bulgarischen Regierung auf die rumänischen Ansprüche betreffend die Dobrudscha-Grenze und die sinnige Stellung der Rukowallachen in dem von der Türkei insolge des Krieges an Bulgarien abzutretenden Gebiete vor. Ueber die Art der Zugeständnisse, die Bulgarien zu machen bereit ist, verläutet nichts. Von beiden Seiten wird große Zurückhaltung beobachtet. Die Mitteilungen Bulgariens werden, sobald Jonescu in Bukarest eintrifft, dem rumänischen Kabinett vorgelegt werden. Bis zur Ankunft Jonescus in Bukarest am nächsten Sonntag wird eine weitere Entwicklung der Dinge in dieser Angelegenheit nicht erwartet.

Die serbischen Verluste.

Belgrad, 17. Januar. Die Zahl der seit Ausbruch des Krieges verwundeten serbischen Soldaten beträgt 11 000, die Zahl der erkrankten Soldaten 10 000; hierbei ist die Zahl der in den Spitälern der eroberten Gebiete untergebrachten Verwundeten und Kranken nicht mit eingerechnet. Die Anzahl der Kranken war bis zum Waffensstillstand äußerst gering, erhöhte sich aber seither insolge von Erkältungen und Infektion. Die Listen der gefallenen und der insolge Krankheiten gestorbenen Soldaten sind noch nicht fertiggestellt.

Italien benützt die Gelegenheit.

Konstantinopel, 17. Januar. Die italienische Votschaft ist in den letzten Tagen wiederholt bei der Pforte vorstellig geworden wegen Entfremdung der in Tripolitanien, insbesondere in Benghasi, zurückgelassenen türkischen Truppen und Offiziere, sowie wegen Wegschaffung des Artilleriematerials, das sich in den Händen der einheimischen Araber befindet.

Bulgarische Kriegsgreuel.

Vor kurzem rühmte ein früherer bulgarischer Unterrichtsminister in der „Frankfurter Zeitung“ die hohe Kultur seiner Landsleute, die es ihnen möglich gemacht habe, die Türken zu besiegen. Wie es mit dieser Kultur in Wahrheit aussieht, zeigt ein Bericht derselben Zeitung über die Einnahme der Stadt Kaniolla durch dieses Kulturvolk. Der Generalinspektor Comon von der türkischen Polizei, ein Franzose, erzählt da: „Um 8 Uhr abends brachen 500 bulgarische Freischärler, mit Lumpen bekleidet, in die Stadt ein. Mit wilden Mienen begannen sie die Niedermetzelung der Türken. Sie drangen in die Häuser, plünderten und töteten die Bewohner: auch Frauen, Greise und Kinder. Wegen die Frauen, die mit ihren Kindern in eine Koffee geklüchtet waren, schändeten sie Bomben. An anderen Tagen fand man dort 35 Leichen. Die griechischen Bewohner, die zur „besseren Gesellschaft“ gehörten, nahmen teil an der Plünderung der türkischen Häuser und öffentlichen Gebäude. Möbel, Wäsche, Teppiche, Geld

schleppten sie nach Hause. In den verlassen Straßen lagen verstreute Leichname.

Dann hielten die bulgarischen Truppen unter Kommando des Generals Genow ihren Einzug. Wieder begannen Szenen furchtbarster Wildheit. Die Soldaten plünderten unter anderem die Magazine des deutschen Botschafters, eines Großhändlers. Der General zeigte sich seiner Helfer würdig. Er ließ die griechischen Schulen, die der Bischof den Frauen als Zuflucht überlassen hatte, räumen. Die verjagten Frauen wurden von den Soldaten vergewaltigt. Italienischen Missionaren war von den Kulturträgern die Kasse gestohlen worden. Als sie sich beschwerten, erklärte der General: „Das wird uns dazu dienen, den Kriegern ein Denkmal zu errichten.“ — Ja, der Krieg weckt die edelsten Triebe des Menschenherzens. Die europäischen Mächte aber, die zivilisierten und christlichen, denken nicht daran, solchen Schrecklichkeiten ernstlich entgegenzutreten. —

Gegen die Jungtürken.

Konstantinopel, 17. Januar. Zwei jungtürkische Blätter, die an Stelle des jungtürkischen Organs Tas-ül-i-Etiblar erschienen waren, sind nacheinander suspendiert worden. Außerdem wurden die Redaktionsräume und die Druckereien durchsucht und die Wohnungen des Chefredakteurs und des Direktors der Zeitung militärisch besetzt. Gegen beide ist ein Haftbefehl erlassen worden. Die Regierung hat angeordnet, daß kein anderes Blatt an Stelle der suspendierten erscheinen darf. Damit hat sich das Kabinett der jungtürkischen publizistischen Opposition entledigt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Januar 1913.

Abgeordnetenhaus.

Ausnahmeweise einmal war ein Tag der Beratungen des Dreiklassenhauses Kulturfragen gewidmet: der Beratung über die Ausnutzung der Wasserkräfte im Quellgebiet der Weser, die namentlich durch die Obertalperre aufgespeichert werden, und dem Moorerschutze. Während sich in beiden Fällen industrielle und agrarische Interessenten bei diesen Gelegenheiten zugunsten des Handwerks in die Haare gerieten, vertrat der Redner der Sozialdemokratie, Genosse Leinert, den Standpunkt und die Interessen der Gesamtheit. Es lag dabei in der Natur der Sache, daß er dabei einmal die bürgerliche Linke, das andere Mal die Rechte und die Regierung unterstützen mußte. Auch die Beratung dieser Gesetze, die angeblich einzig und allein dem Gemeinwohl dienen und nichts als Kulturaufgaben lösen sollen, bewies wiederum, daß es von dem jeweiligen Standpunkt der verschiedenen kapitalistischen Klassen und Klasseninteressen aus betrachtet, gar kein Gemeinwohl gibt! Erst die sozialistische Aufhebung der kapitalistischen Ausbeutung und Sonderinteressenwirtschaft vermag dem Gemeinwohl klaren Inhalt und deutliche Ziele zu geben!

Ein nationalliberaler Schlepenträger der Scharfmacher.

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Vöttger vertritt im Reichstage den großindustriellen Wahlkreis Duisburg-Ruhrheim, den er mit Hilfe der Zentrumsarbeiter bei der Stichwahl gewann. Diese Arbeiter werden sich heute nicht mehr der Ueberzeugung verschließen können, daß sie mit ihrer Wahlhilfe den Bod zum Gärtner gemacht haben. Herr Dr. Vöttger, dessen scharfmacherische Wärren längst kein Geheimnis waren, ist einer der rücksichtslosesten Sachwalter der Schwerindustrie. In zwei Artikeln im „Tag“ befaßt sich Herr Dr. Vöttger mit dem Schutze der Arbeitswilligen. Im ersten Artikel trägt er wahl- und unterschiedslos so ziemlich alles zusammen, was aus Polizeiquellen bisher über die Arbeiterbewegung verbreitet worden ist. Für ihn scheinen diese Dinge samt und sonders feststehende Tatsachen zu sein, obwohl er, wenn er sich die Mühe geben wollte, einmal die Gewerkschaftspresse einer Durchsicht zu unterziehen, doch wohl oder übel zu einer kritischen Betrachtung seines Material kommen müßte. Der Agrarierdäupfling Dr. Hertel hat denn auch schon am Donnerstag, als der erste Artikel Vöttgers erschienen war, Anlaß genommen, diesem „liberalen“ Volksvertreter seinen Dank und seine Hochachtung auszusprechen.

In dem zweiten Artikel wird Herr Dr. Vöttger deutlicher. Er macht der Regierung Vorwürfe, daß sie die Fingel allzusehr schleißen lasse. Es werde nicht mehr vorgebeugt, sondern bis zur Entwidlung der Revolutionszustände abgewartet. Die Justiz greife hinterher mit schweren Strafen ein, wo sie einmal der Täter habhaft wird, und sie erwecke dann den Eindruck, als wolle sie sich entschuldigen für die vielen Straftaten, die nicht zur Beurteilung kommen. Selbst bis in das Parlament sei der Terrorismus schon eingedrungen, denn wer für einen besseren Arbeitswilligenschutze plädiere oder stimme, werde sofort in der sozialdemokratischen Presse als Scharfmacher und als Feind des Koalitionsrechts bezeichnet.

Herr Dr. Vöttger macht dann allerlei Vorschläge, die bei ihrer Bösartigkeit doch einer gewissen Originalität nicht entbehren. Die Streikposten will er ersehen durch — Plakate. Er stellt sich das so vor, daß die Streikenden große Plakate anhängen dürfen, auf denen die Arbeitswilligen auf die Tatsache des Streiks aufmerksam gemacht werden können und ferner darauf, daß ihnen die Streikleitung das Geld zur Rückreise bezahlen wolle. Als Anhänger unbedingter Parität wünscht Herr Dr. Vöttger aber außerdem, daß daneben auch die Unternehmer ihre Plakate anhängen dürfen, auf denen die Angaben der Streikenden bestritten werden können. Um die Plakate zu schützen, wünscht er, daß Polizei davor aufgestellt wird. Außerdem verlangt er eine schärfere Fassung des § 240 des Strafgesetzbuches: Eine strafbare Rötigung und Bedrohung soll schon dann angenommen werden können, wenn Arbeitsgerät, Arbeitsmaterial, Arbeitsergebnisse oder Kleidungsstücke beschädigt oder vorenthalten werden. Herr Dr. Vöttger will damit der Justiz eine ganze Reihe überaus bedenkbarer Begriffe in die Hand geben, die es ermöglichen, Streikende auch aus ganz harmlosen Anlässen heraus schwerer Strafe zu überliefern. Daß manche Arbeitswilligen noch soviel Ehrgefühl in sich haben, daß sie nicht wegen jeder Kleinigkeit nach Polizei und Staatsanwalt rufen, ist diesem „Volksvertreter“ ein ganz besonderer Dorn im Auge. Diesem „Nichtstand“ will er damit entgegenzutreten, daß künftig zur Verfolgung solcher „Straftaten“ ein Antrag nicht mehr nötig sein soll, oder, daß einem Verein Aktivlegitimation zur Klagestellung gegeben wird. Dieser Vorschlag kann nur so gemeint sein, daß den Unternehmerorganisationen das Recht eingeräumt werden soll, gegen Streikende Strafantrag zu stellen, auch wenn der Arbeitswillige, der sich beleidigt oder bedroht fühlte, die Absicht der Klagestellung gar nicht hat.

Die Vorschläge, die der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Vöttger hier macht, sind entschieden schlimmer, als das, was seinerzeit die Zuchthausgesetzvorlage anstrebte. Herr Vöttger weiß aber, was er den Leuten schuldig ist, die ihn wieder zu einem Reichstagsmandat verholfen haben, und es sichts ihn durchaus nicht an,

daß das Zentrum im Reichstage erklärt hat, die Vorschläge, die auf ein Verbot des Streikpostenstehens usw. hinauslaufen, ablehnen zu müssen.

Dah die gelben Gewerkschaften das Ideal des Herrn Dr. Vöttger sind, kann nach alledem nicht verwundern. So legt er der Regierung nahe, daß sie die nationalen gelben oder christlichen Vereinigungen unterstützen müsse. Diese nationalen Vereine müßten der Rückhalt der Arbeitswilligen bei unmotiviertem Streik sein. — Die christlichen Arbeiter werden sich allerdings bedanken, hier mit den gelben Streikbrechervereinen in einen Topf geworfen zu werden. Man muß ihnen jedoch selbst überlassen, sich mit dem Herrn Dr. Vöttger ob dieser Veranschaulichung auseinanderzusetzen. Bedenklich ist nur, daß in der nationalliberalen Reichstagsfraktion der Abg. Dr. Vöttger mit seiner Ansicht nicht allein steht, haben doch im vorigen Jahre 11 Nationalliberale für den Zuchthausgesetzentwurf der Konservativen gestimmt, und Herr Vöttger hat es sicher an reger Tätigkeit nicht fehlen lassen, um im abgelaufenen Jahre einen weiteren Teil seiner politischen Freunde zu bekehren.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ berichtet in ihrer Ausgabe vom Freitag, den 17. Januar, allerdings, daß die Nationalliberale für solche Maßnahmen nicht zu haben wären, sondern eine Regelung aller dieser Fragen bei der Revision des Strafgesetzbuches anstreben werde:

„Selbstverständlich wünschen auch die Nationalliberalen einen wirksamen Schutz der Arbeitswilligen, sie halten aber den neuerdings von konservativer Seite vorgeschlagenen Weg der Einführung des Verbotes des Streikpostenstehens für ungangbar, sind vielmehr in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung der Ueberzeugung, daß die Frage des Koalitionszwangs und zwar für Arbeitnehmer wie für Arbeitgeber, nur im Zusammenhang mit der allgemeinen Reform des Reichsstrafrechts geregelt werden kann. Bis dahin erscheinen die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zur Abwehr terroristischer Uebergriffe als ausreichend, sofern diese nur mit der nötigen Energie zur Anwendung gebracht werden. Daß das Verbot des Streikpostenstehens allein ein untaugliches Mittel zur Abstellung der leider vorhandenen Mißstände ist, das ist unseres Erachtens von dem Vertreter der Reichsregierung im Reichstage unter Zustimmung der Mehrheit des Reichstages erschöpfend dargelegt worden. Eine stichhaltige Ermüdung bezw. Widerlegung seitens der Antragsteller haben wir bis jetzt weder zu hören noch zu lesen bekommen, so daß der Gedanke eines Verbotes des Streikpostenstehens vorläufig wohl als erledigt gelten kann.“

Möglich, daß die „Nationalliberale Korrespondenz“ im Namen des größten Teils der Nationalliberalen spricht; aber sicher stellt nicht die ganze nationalliberale Partei auf diesen Standpunkt, wie Herr Vöttger und die schon erwähnte Abstimmung beweisen.

Die kommenden Landtagswahlen.

Unter dem Titel „Die Schicksalsfrage“ veröffentlicht der frühere Reichstagsabgeordnete Heinz Potthoff zum bevorstehenden Parteitag der preussischen Fortschrittspartei einen Artikel über die Taktik der Fortschrittspartei bei den bevorstehenden Landtagswahlen. Herr Potthoff bespricht zunächst kurz die Vereinbarungen mit den Nationalliberalen, denen er etwas skeptisch gegenüberzustehen scheint, um zu konstatieren, daß auch der „Gesamtliberalismus“ ohne die Hilfe der Sozialdemokratie keinen Erfolg in der Wahlrechtsfrage erzielen kann:

„Wer das gute Wahlrecht ernsthaft will, nicht als „Ideal“, sondern als eine Forderung des Tages, die möglichst morgen zu verwirklichen ist, der muß auch diesen Weg wollen. Denn es gibt keinen anderen. Nur Warden oder Unheilliche können uns glauben machen wollen, daß im nächsten Jahrzehnt das liberale Bürgertum ohne die sozialdemokratische Arbeiterschaft ein gutes Wahlrecht erringen kann.“

Potthoff meint sehr richtig, daß die Sozialdemokratie von dem liberalen Kontrahenten Bürgschaften in der Wahlrechtsfrage und Gegenseitigkeit der Wahlhilfe verlangen muß. Aber dann ist es uns unverständlich, warum auch er die Resolution unseres Preuentages eine bureaukratische Verordnung schilt. Bedeutet sie doch nichts anderes als die genauere Formulierung dieser von ihm selbst als richtig anerkannten Bedingungen. Immerhin läßt sich Herr Potthoff dadurch nicht abhalten, das gegenseitige Eintreten der Fortschrittspartei und der Sozialdemokratie bei den Stichwahlen zu fordern, selbst auf die Gefahr hin, daß die Vereinbarungen der Fortschrittler mit den Nationalliberalen dadurch gefährdet würden. Er schreibt:

„Das wird das Zusammengehen mit den Nationalliberalen erschweren? — Vielleicht, obgleich ich glauben möchte, daß es nur dort einen bequemen Vorwand zum Abmarsch nach rechts geben wird, wo man sonst einen anderen Vorwand benutzen würde. Aber wenn schon — das kann die Aussichten nicht wesentlich verschlechtern, weil sie so schon ganz schlecht sind. Es braucht auch gar kein feindliches Wahlbündnis geschlossen zu werden. Es genügt, wenn in denjenigen Wahlkreisen, in denen die Ansicht besteht, daß durch ein Zusammengehen der Linken dem Zentrum oder den Konservativen ein Mandat entzogen werden kann, die fortschrittlichen Wähler unbedingt in den Stichwahlen der Wahlmänner den roten gegen den schwarzen oder blauen wählen. Und daß dort, wo mehrere Mandate in Frage kommen, die Wahlmänner unbedingt für einen Liberalen und einen Sozialdemokraten stimmen, ehe sie die Stimm an die Reaktion fallen lassen. Wenn die Nationalliberalen sich nicht zu gleichem Sorgehen oder wenigstens zur Stimmenthaltung entschließen können, um so schlimmer für sie. Aber soweit darf die Rücksicht auf die Nachbarn beim Fortschritt nicht gehen, daß darüber das Allernotwendigste ungetan bleibt.“

Dabei zweifle ich durchaus nicht, daß auch ein solches Vorgehen keine andere Mehrheit im Landtage bringen wird. Es kann sich nur um zwei Duzend Mandate handeln. Aber der Eindruck bedeutet viel mehr als die Mandatsverteilung. Auf der sozialdemokratischen Tagung ist mehrfach ausgesprochen worden, daß die Wahlrechtsreform durch andere als parlamentarische Mittel erzungen würde. Das ist nicht unzutreffend, nur muß man nicht ausschließlich an Streikdemonstrationen und Massenstreiks denken. Der einmal ernsthaft durchgeführte Entschluß der Liberalen, auch öffentlich lieber rot als schwarz zu wählen, bedeutet mehr als ein paar durch Verhandlung mit der Rechten behauptete Wahlkreise und ist mehr als irgend etwas anderes geeignet, die königlich preussische Entwicklung aus ihrem „Stillschanden“ zu bringen. Deswegen muß die Antwort des Preuentages, die für das politische Schicksal des führenden Bundesstaates von größter Bedeutung sein kann, lauten: Die preussische Fortschrittspartei ist entschlossen, alles zu tun, was zur Erzwingung eines guten Wahlrechtes dienen kann. Sie fordert alle Liberalen im Lande auf, so zu handeln und auch ein Faktieren mit der äußersten Linken nicht zu scheuen. Sie beauftragt die Parteinstangen, alle nötigen Schritte rechtzeitig und mit rücksichtsloser Energie zu tun.“

Man wird ja sehen, inwiefern der am 20. Januar tagende Parteitag der preussischen Fortschrittspartei diesen Verlangen entsprechen wird oder ob auch auf ihm jene Galben und Lauen dominieren werden, die über unsere Wahlbedingungen deshalb so viel greinen, weil sie einem energischen und konsequenten Kampf ausweichen möchten.

Wieder ein Bonner Vorwurf.

Zum Nachfolger des neuernannten Staatssekretärs v. Jagow auf den Botschafterposten in Rom ist, wie es heißt, Freiherr v. Rüdiger-Jenski in Aussicht genommen, ein Vetter des Fürsten Wilow und ein Bonner Vorwurf, also ein Corpsbruder des Kaisers. Er hat mehrfach den Kaiser auf seinen Auslandsreisen begleitet und bekleidete zuletzt den Posten eines Befandten in Darmstadt. Vorher war er Generalkonsul inairo.

Mit einer Suspension des Jesuitengesetzes

will sich das Zentrum zufrieden geben. In einer Besprechung der Verhandlungen des preussischen Landtags über die Jesuitenfrage erklärt die „Germania“ unter Bezugnahme auf gewisse Vorschläge des Professors Delbrück und des Landtagsabgeordneten v. Dewitz:

„Darüber kann weder bei der Regierung noch bei den Parteien und den Parlamenten ein Zweifel möglich sein, daß das katholische Volk nicht ruhen und nicht rasten wird, bis die Schande des Jesuitengesetzes, durch das es sich in seinem staatsbürgerlichen Recht und in seiner katholischen Ehre tief gekränkt fühlt, von ihm genommen wird, sei es vorläufig auch nur durch eine Suspension des Jesuitengesetzes.“

Das Zentrum scheint danach bereits wieder Friedenssehnsucht zu haben.

Jesuiten- und Weinsteuergesetz in der württembergischen Kammer.

In der heutigen Generaldebatte zum Etat in der Zweiten Kammer des Landtages sagte Ministerpräsident von Weisfäher in Beantwortung einer Anfrage des volksparteilichen Abgeordneten Reichling, daß im Falle einer Aufhebung des Reichsgesetzes gegen die Jesuiten das württembergische Landesgesetz von 1892 ohne weiteres in Kraft treten würde, nach welchem Jesuiten in Württemberg nicht zugelassen sind. — Sodann erklärte der Ministerpräsident noch, daß ihm über die Gestaltung der neuen Weinsteuern nichts bekannt sei, ebensowenig wisse er von einer neuen Wehrvorlage.

Ein nationalliberal-freisinniges Landtagswahlbündnis für Schlesien.

Ganz im Stillen hat am vergangenen Sonntag in Görlitz eine Zusammenkunft nationalliberaler Vertriebenenmänner für den Wahlkreis Görlitz-Lauban stattgefunden, die sich mit den kommenden Landtagswahlen beschäftigte. Das Referat hielt Landtagsabgeordneter v. Schandendorff-Görlitz. Aus dem von der nationalliberalen Lokalpresse veröffentlichten Bericht geht hervor, daß drei Wege für ein Zusammengehen der bürgerlichen Parteien und für die Verteilung der drei Landtagsmandate vorgeschlagen worden sind: 1. Ein Zusammengehen mit den Konservativen, 2. ein Bündnis mit den Freisinnigen und 3. ein Dreibündnis: bestehend aus Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen. Dem letzten Vorschlag sollen die Konservativen einstimmig zugestimmt haben, die Freisinnigen haben ihn jedoch abgelehnt, weil sie sonst bei der nächsten Reichstagswahl auf eine Kandidatur verzichten und gleich für einen linksnationalliberalen Kandidaten eintreten sollten. Ein Vorschlag darüber soll erst auf einer später stattfindenden Generalversammlung der Nationalliberalen gefaßt werden. Die Mehrheit neigt aber einem Bündnis mit den Freisinnigen zu. In Rücksicht auf seine bisherige Bundesgenossenschaft mit den Konservativen hat der langjährige nationalliberale Landtagsabgeordnete v. Schandendorff gebeten, von seiner Kandidatur für den Landtag diesmal abzusehen.

Von Wichtigkeit ist noch, was dieser nationalliberale Führer über ein bereits im Vorjahre abgeschlossenes Wahlbündnis mit den Freisinnigen für ganz Schlesien sagte: „Für uns in Schlesien, wo unsere Partei in einer Reihe von Wahlkreisen ein Bündnis mit der freisinnigen Partei abgeschlossen hat, ist Klarheit durch die einstimmige Stellungnahme unseres Provinzialparlamentes geschaffen, nämlich durch den einstimmig am 22. Oktober v. J. gefaßten Beschluß, in keinem Wahlkreis, in dem die fortschrittliche Volkspartei mit uns zusammengeht, oder von uns unterstützt wird, darf sie für einen sozialdemokratischen Kandidaten stimmen. Die freisinnige Provinzialleitung hat diesen Beschluß anerkannt.“

Preussentag der Fortschrittler.

Am Montag beginnt im „Reinhold“ in Berlin der fortschrittliche Preussentag, für den folgende Tagesordnung festgesetzt ist:

1. Äußere Forderungen an den preussischen Landtag (Referent: Abg. Dr. Biemer).
2. Die Taktik im Wahlkampf (Referent: Abg. Kischel).
3. Die Wahlrechtsreform (Referent: Abg. Dr. Bagdikian).
4. Innere Kolonisation (Referent: Abg. Hoff).
5. Wahl eines Vorstandes der preussischen Landesorganisation.

Das Glück der Schnapsjunker.

Der Abfall von Trinkbranntwein geht weiter zurück. Das ist zu begründen. In den letzten drei Monaten des vergangenen Jahres wurden 504 940 Hektoliter in den Verkauf gesetzt. In der gleichen Zeit des Vorjahres waren es 521 732 Hektoliter. Der Rückgang macht 8,8 Proz. aus. Einen Ausblick für diesen Ausfall finden die Junker in einem gesteigerten Absatz zu technischen Zwecken. Bei einer Steigerung der Erzeugnisse in der angegebenen Zeit von 634 650 Hektoliter auf 1 244 639 Hektoliter konnte der Abfall von vergälltem Spiritus um 80 200 Hektoliter auf 468 440 Hektoliter, also um 9,5 Proz. erhöht werden!

Son größerer Bedeutung aber ist, daß der Konsumrückgang bei Trinkbranntwein nicht auch einen Einnahmerückgang bedeutet. Der Preis für das Rohmaterial ist gegen das Vorjahr gewaltig gestiegen. Es kosteten z. B. 10 Doppelzentner Karloffeln zu Brennwecken, Magdeburger Rottz:

im November 1911 49 M.
im November 1912 24 M.

Diesem Preisrückgang steht eine enorme Verteuerung des Trinkbranntweines gegenüber. Am 15. August 1911 erhöhte die Spirituszentrale den Preis für Primalsprit von 52,90 M. auf 58,50 M. pro Hektoliter, am 18. Januar 1912 erfolgte eine weitere Steigerung auf 61,50 M., dann Ende März auf 69,50 M. und endlich am 20. April auf 75,50 M. Diesen Satz behielt man bei bis Ende Oktober. Dann wurde der Preis zunächst auf 69,50 M. und am 15. November 1912 auf 65,50 M. ermäßigt. Sicherlich sind die allermeisten Abschlässe für die letzten drei Monate 1912 zu dem höchsten Preise erfolgt. Doch um ganz vorsichtig zu sein, rechnen wir mit einem Durchschnitt von 70 M. pro Hektoliter und für 1911 mit dem damals gültigen Satz von 58,50 M. Danach ergeben sich für die Schnapsbrenner aus dem Trinkbranntwein folgende Einnahmen für 3 Monate:

1911 80 521 802 M.
1912 35 845 800

Also trotz des verringerten Konsums eine Mehrerinnahme von rund 5 Millionen Mark! Dabei erparte man an Kosten für das Rohmaterial noch viel mehr. Um die wahre Bedeutung der Preispolitik der Spirituszentrale zu erkennen, muß man ein selbster-

Jahr zum Vergleich heranziehen. Das geschieht in folgender Aufstellung:

	Oktober 1910	Dezember 1912
Trinkbranntwein: Verbrauch . . .	530 448 hl	504 940 hl
Preis pro hl . . .	48,30 M.	70,— M.
Gesamteinnahmen 24 559 742,—		35 845 800,—

Trotz einer Verminderung des Verbrauchs um 26 608 Hektoliter gleich 5 Proz., erzielten die Schnapsbrenner eine Mehrerinnahme in der Höhe von 10 786 058 M. — 44 Proz. Damit sind die Vorteile der Spiritusjunker aber noch nicht erschöpft. Die verminderte Verbrauchsmenge erfordert auch weniger Ausgaben für Rohmaterial und Arbeitslöhne. So wird das Volk von den Edelstein der Nation nach Strich und Faden gebrandschatzt.

Edelmann und Patriot.

Die Königl. Eisenbahndirektion zu Kattowitz hat auf vielfache Eingaben hin in Kattowitz (Oberschlesien) eine Haltestelle errichtet, um die idyllische Umgebung dieses Dorfes den Ausflüglern aus den rauchgeschwängerten ober-schlesischen Industriefabriken zu erschließen. Als die Bauten fertig waren und die Haltestelle eröffnet werden sollte, verweigerte Graf Fiele v. Winkler die Benutzung des einzigen zu der Haltestelle führenden Weges. Die Haltestelle kann deshalb nicht eröffnet werden. Die Benutzung des Weges muß erst im Enteignungsverfahren erzwungen werden. So sieht das Entgegenkommen des Herrn Grafen gegen die erholungsbedürftige Stadtbefölkerung aus.

Im Kabaufström.

Vor dem Kriegsgericht der 16. Division, das schon so manches harte Urteil gegen gemeine Soldaten fällte, wurde dieser Tage ein Urteil abgegeben, das wegen seiner Begründung festgehalten zu werden verdient. Es handelte sich um folgenden Vorfall. Der Angeklagte hatte die immerhin recht eigentümliche Gewohnheit, sich in seiner Wohnung oft stundenlang völlig nackt zu ergehen. Er stellte sich dann ans Fenster, schob die Gardinen zurück und nahm dann allerhand unzüchtige Manipulationen an seinem Körper vor. Dieses Treiben erregte schließlich Anstoß bei einem gegenüber wohnenden Fabrikanten. Als bei diesem ein Bruder auf Besuch weilt und ebenfalls an dem Treiben Anstoß nahm, rief dieser dem Offizier einige derbe Bemerkungen zu. Auch der Fabrikant selbst trat ans Fenster und fragte den Offizier, ob er denn keinen Anstand gelernt habe! Darauf strengte der Offizier Privatklage wegen Beleidigung an. Zugleich erstattete auch der Fabrikant Anzeige beim Regiment. Der Offizier wurde nach Köln veretzt und schließlich Anklage gegen ihn erhoben wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen und Erregung öffentlicher Hergerinnung. In der Verhandlung bestritt der Offizier mit großer Entschiedenheit, eine strafbare Absicht gehabt zu haben. Recht eigenartig verfuhr das Gericht. Sämtlichen Zeugen, auch den weiblichen, wurde nämlich folgende Frage vorgelegt: „Haben Sie bei Ihren Wahrnehmungen das Gefühl gehabt, daß der Angeklagte bei sich selbst oder bei Ihnen durch seine Handlungsweise geschlechtlichen Reiz hervorzurufen mochte?“ Die Zeugen verneinten, wie ja nicht anders zu erwarten war, diese Frage. Nur ein Zeuge erklärte, er halte den Angeklagten für verberä. Daraufhin sprach das Gericht den Angeklagten frei. In der Begründung des Urteils aber heißt es:

„Die Beweisaufnahme habe zweifellos ergeben, daß der Angeklagte wiederholt rücksichtslos namentlich Damen gegenüber gehandelt. Ebenso steht fest, daß der Angeklagte ob- jektiv unzüchtig gehandelt. Dagegen habe das Gericht sich nicht überzeugen können, daß der Angeklagte auch subjektiv sich vergangen habe. Er sei daher freizusprechen.“

Wir sind gespannt, wie die Privatklage des Offiziers ausgeht.

Oesterreich-Ungarn.

Wahlrecht und Generalstreik in Ungarn.

Budapest, 16. Januar. (Fig. Ber.) In Ungarn stehen die politischen Kreise nach wie vor unter dem Eindruck der Wahlrechtsvorlage. In beiden bürgerlichen Lagern, sowohl bei den Liberalen wie bei der Regierungspartei, sieht man mit größter Besorgnis der Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei entgegen, da die Generalstreik-Androhung im ganzen Lande die größte Panik hervorgerufen hat. Trotzdem die ungarische Sozialdemokratie in ihren Wahlrechtskämpfen schon gezeigt hat, daß sie vor dem äußersten nicht zurückweicht, wollen die Spießbürger an die Verwirklichung eines Landesgeneralstreiks nicht recht glauben.

Desto mehr rechnet die Regierung mit dem Generalstreik und versucht insgeheim und öffentlich die Partei mit „Zuckerbrot und Peitsche“ von ihrem Entschlusse abzubringen. Während ein der Regierungspartei sehr nahestehendes Organ die Meldung bringt, der Minister des Innern sei entschlossen, im Falle des Generalstreiks die erst jüngst sanktionierten Ausnahmegeetze anzuwenden, wendet sich das Leiborgan dieses Ministers an die „besonnenen“ Männer der Partei und versichert ihnen, daß die Wahlrechtsvorlage während der Verhandlung bedeutend abgeändert werde, da schon die bisherigen Erfahrungen dies erforderten.“ Am ernstesten wird der Entschluß der Sozialdemokratie in den Kreisen der städtischen Bourgeoisie gewürdigt; dort herrscht bleicher Schrecken. Die energischen Vorbereitungen zum Generalstreik, die allgemeine Begeisterung der Arbeiter im ganzen Lande lassen an dem Ernst der Situation nicht zweifeln; ein allgemeiner Streik trifft aber in erster Linie die städtische Bourgeoisie. Die Furcht des ungarischen Bürgertums vor dieser letzten Waffe, zu welcher auch die ungarische Arbeiterklasse nicht mit leichtem Herzen greift, ist nur zu gerechtfertigt. Wer am vergangenen Sonntag in den Massenversammlungen die Arbeiterschaft aufmarschieren sah, wer in den Seelen dieser Arbeiter zu lesen verstand, der muß sich fragen, daß es sich da um einen Kampf handelt, der nur mit der endgültigen Niederringung des Gegners enden kann.

Die Ereignisse des vergangenen Jahres zeigten zur Genüge, daß, soweit die innere Verfassung in Frage kommt, Ungarn im europäischen Staatengebilde noch eine Sonderstellung einnimmt. Wohl hat das Land seine gesetzgebenden Faktoren, jedoch werden die Gesetze eingehalten oder umgangen, je nachdem dies die rohe Gewalt für gut befindet. Im ungarischen Reichstage tritt der Präsident die Gesetze mit Kühnheit und wird von den Gesetzgebern heubelt. Im Horn über diesen Zustand feuert ein politischer Gegner seine Wordwaffe auf den höchsten Funktionär des Reichstages, und er wird in öffentlicher Gerichtsverhandlung freigesprochen. Die Zeitungen der Arbeiter belegen Minister und Reichstagspräsidenten mit den Titeln „Diebe“, „Banditen“ und dergleichen, fordern die Massen auf, sich um keine Gesetze zu kümmern und Regierung und Staatsgewalt ziehen bei den Gerichtsverhandlungen den kürzeren. Dies sind Symptome, die zeigen, daß hier ein Generalstreik hart bis an die

äußerste Grenze der Gesetzlichkeit, vielleicht auch weit darüber hinaus führen kann.

Und dies ist auch der Grund, weshalb die Sozialdemokratie Ungarns, wenn sie die letzte Waffe im Kampf für das allgemeine Wahlrecht zur Hand nimmt, wenn sie die Massen in den Generalstreik treten läßt, mit einem Siege rechnet. Und irrt sie sich in ihrer Berechnung, endet der Generalstreik mit der Niederwerfung der Arbeitermassen, auch dann haben die Arbeiter nichts verloren, da die Entrechtung, die Ausbeutung und Unterdrückung des ungarischen Proletariats auch durch einen Mißerfolg nicht mehr gesteigert werden kann.

Dies wissen die Männer, die die Massen zum Generalstreik führen, dies weiß das Proletariat, deshalb die Begeisterung, die Energie, die Liebe zum Kampfe.

In ihren Kämpfen kann die Arbeiterschaft Ungarns durch Drohungen und Gewaltmaßnahmen niemals aufgehalten werden. Nur einen Weg gibt es, der zum Frieden führt: der Weg über das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht!

Spanien.

Reaktionäre Wirren und Winkeltüge.

Die stolze Geste, mit der Maura und Cierba, die Führer der Konserverpartei, mit ihren 90 Männern den Rücktritt von der politischen Schaubühne erklärten, hat sich ins Komische gewandelt. Die Herren haben beschlossen, ihren Entschluß rückgängig zu machen, dem geliebten Vaterland ihre unschätzbaren Dienste wieder zur Verfügung zu stellen. Ueber den Zusammenhang der Vorgänge gehen die Mutmaßungen auseinander. Während die einen in dem Rückzug ein Pressionsmittel gegenüber dem König sahen, dem man die Befehle, ohne seine kostbaren Patrioten arbeiten zu müssen, deutlich vor Augen führen wollte — ein Mittel, das angesichts der gleichmütigen Haltung der Regierung sein Ziel verfehlt und daher zu der Parze des Widerrufs jener anderen Rücktrittsanträge geführt habe, sehen andere in dem Wiedereintritt der Reaktionäre in die Politik die Hand des Königs und ein Stück des Zutritts zum Spiel, das die Wiederherstellung des Systems Maura bezweckt. Wie der „Humanität“ aus sicherer Quelle mitgeteilt wird, habe der König, der es ja immer mit der Reaktion gehalten hat, Maura und die Seinen zur Rückkehr bestimmt. Es werde an der Wiederaufnahme ihrer Regierung eifrig gearbeitet, wobei man auf die Hilfe des „liberalen“ Morat, des Nachfolgers Maura's in der Regierung, des Vaters des berüchtigten, die Justiz in die Hände der Militaristen spielenden Gerichtsverfälschers, rechnet.

Große Aussichten scheint das seine Plänen zunächst nicht zu haben. Die sozialistische-republikanische Vereinigung hat den Reaktionären die Fortdauer des schärfsten Kampfes angedroht und erklärt, daß sie ihre Rückkehr zur Regierung unter keinen Umständen dulden werde. Daß augenblicklich die Chancen der Reaktion ungenügend sind, mag auch daraus hervorgehen, daß der König sich wieder einmal bei der Demokratie anzubiedern sucht, indem er wie mit bereits mitgeteilten, den republikanischen Abgeordneten Agcarais, den Leiter des Instituts für Sozialreform, zu einer Besprechung ins Schloß berufen hat. Angeblich nur zur Erörterung sozialpolitischer Fragen, für die ja Alfonso XIII. und seine Gefertshelmer immer ein rührendes Interesse bewiesen haben.

Asien.

Tibet und die Mongolei.

Reimschitz, 17. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Der Vertrag zwischen Tibet und der Mongolei ist zustande gekommen. Er enthält unter anderem die gegenseitige Anerkennung der Unabhängigkeit und behandelt die Entwicklung der gegenseitigen Handelsbeziehungen sowie die Förderung und Verbreitung des Buddhismus.

Soziales.

Die sind neue Krankenkassenfassungen aufzustellen?

In dem gestern abend erschienenen „Reichsanzeiger“ macht der Reichsanzeiger folgende auf Grund des Artikel 100 des Einführungsgesetzes vom Bundesrat erlassenen Uebergangsbestimmungen bekannt:

„Für bestehende Ortskrankenkassen, die ihre Zulassung nach Artikel 18, 19 a. a. O. beantragten, ist die neue Kassenfassung von der Generalversammlung zu beschließen.“

Für bestehende Betriebskrankenkassen hat der Arbeitgeber die neue Kassenfassung aufzustellen und nach Anhören von Versicherten eingureichen.

Für bestehende Innungskrankenkassen hat die Innung die neue Kassenfassung aufzustellen und nach Anhören des Gesellenausschusses eingureichen.“

Das Resultat der Wahlen zur Angestelltenversicherung.

Der fortschrittliche Abg. Weindhausen hat im Reichstag an die Regierung die Frage über das Resultat der Wahl zur Angestelltenversicherung gerichtet. Die Fragen lauteten:

1. In wieviel Wahlkreisen die Vertrauens- und Erfahmänner von der Behörde ernannt werden mußten;
 2. in wieviel Kreisen nur eine Liste eingereicht und diese inselgedessen als gewählt erklärt wurde;
 3. in wieviel Kreisen Wahlen zustande gekommen sind;
 4. wieviel Stimmen insgesamt abgegeben worden sind.
- Darauf ist folgende Antwort erteilt worden:
1. Ernennungen gemäß § 152 des Angestelltenversicherungsgesetzes wurden nötig: a) für die Arbeitgebergruppe in 152 Bezirken, b) für die Angestelltengruppe in 46 Bezirken.
 2. Nur eine Vorschlagsliste, woraufhin gemäß § 18 der Wahlordnung die vorgeschlagenen Bewerber für gewählt gelten (meist handelt es sich um eine Vereinsdarstellung der beteiligten Vereine oder Berufsvereine des Bezirks), ist eingereicht: a) für die Arbeitgebergruppe in 839 Bezirken, b) für die Angestelltengruppe in 413 Bezirken.
 3. Eine Wahl war erforderlich: a) bei der Arbeitgebergruppe in 270 Bezirken, b) bei der Angestelltengruppe in 311 Bezirken.
 4. Zu einer Feststellung der gesamten Stimmenzahl fehlen die Unterlagen, sie würde in einer Reihe von Fällen voraussetzen, daß zu diesem Zwecke die Urprotokolle von den Wahlleitern eingereicht würden.

Die amtliche Veröffentlichung eines vollständigen Abrechnungsverzeichnisses der Gewählten wird mangels eines erschöpflichen Verzeichnisses abgelehnt. Es handelt sich um 8200 Namen und Adressen. Das zu eigenem Gebrauche der Reichsversicherungsanstalt soeben fertiggestellte Verzeichnis steht indessen den Wahlvereinigungen, die für die Wahlen zum Verwaltungsrat, Schiedsgericht usw. Vorschlagslisten einreichen, kostenfrei in Abschrift zur Verfügung. Den bedürftigsten Vertretern jeder Liste wird sofort nach Eingang derselben die Reichsversicherungsanstalt des Verzeichnisses vom Amte wegen zu. Auch anderen Beteiligten werden Abschriften in beschränktem Umfange auf Antrag überlassen.

(Siehe auch 6. Beilage.)

Gewerkschaftliches.

„Berechtigte Interessen“ der Zentrumspreffe.

Vor dem Schöffengericht in Duisburg kam dieser Tage ein Privatbeleidigungsprozeß zwischen einem Angestellten des Transportarbeiterverbandes und einem Redakteur der Zentrumspreffe zum Austrag, der in bezug auf die Zubilligung des Schutzes des § 193 des Strafgesetzbuchs recht lehrreich ist, aber auch weiter dadurch interessant war, daß der Zentrumsredakteur das Geständnis ablegte, seine Presse habe das Interesse der „Arbeitswilligen“ zu wahren!

In Duisburg streiften im verflossenen Sommer die Führer. Das war natürlich den Unternehmern nicht recht. Also mußten allerlei Verleumdungen und Verdächtigungen über die Streikleitung und die Streikenden in die bürgerliche Presse lanciert werden. Unter anderem brachten denn auch die „Rhein- und Ruhr-Zeitung“ und die „Klerikale“ „Duisburger Volkszeitung“ eine gleichlautende Notiz, in welcher behauptet wurde, daß „der Leiter des sozialdemokratischen Transportarbeiterverbandes einen Arbeitswilligen beschimpft und mit einem Stein mißhandelt“ habe. Daran knüpfte sich dann noch Bloßes über das „gute Beispiel“, welches der Leiter einer Organisation der Bewegung gebe.

Da das Ganze platter Schwindel war, so stellte Genosse Müller, der Leiter der Duisburger Zentrale des Transportarbeiterverbandes, Strafantrag gegen die beiden Verantwortlichen der genannten Blätter. Beide wurden mit einer Geldstrafe von 10 M. bedacht. In der Verhandlung gegen den Redakteur Heinz von der „Duisburger Volkszeitung“ berief sich dieser lediglich auf die „Rhein- und Ruhr-Zeitung“ als Quelle und meinte im übrigen:

„Wir hatten das Interesse der christlichen Gewerkschaftler zu vertreten, die gehörten zu den Arbeitswilligen.“

Ganz richtig schien der vorsitzende Richter die Situation erfasst zu haben, wenn er dazu fragend bemerkte: „Dann wollten Sie wohl das Interesse der Unternehmern wahrnehmen?“ Der „Volkszeitungs“-redakteur schwieg dazu, erkannte also stillschweigend die Frage als berechtigt an. Das letztere ist man von der klerikalen Presse gewöhnt, aber daß einer ihrer Redakteure offen erklärt, daß sie das Interesse der „Arbeitswilligen“ wahrzunehmen haben, das ist jedenfalls neu. Ebenso lehrreich ist aber auch der Gerichtsbeschluss, auf Grund dessen die Klage zunächst abgewiesen wurde. Es heißt darin unter anderem:

„Durch den fraglichen Artikel hat sich der Beklagte nicht strafbar gemacht. Es ist ihm nicht zu widerlegen, daß er mit der Darstellung eines Falles von Streikausbreitung die berechtigten Interessen der Arbeitswilligen wahrnehmen wollte. Es muß den Arbeitswilligen daran gelegen sein, daß durch die öffentliche Erörterung solcher Ausbreitungen und die allgemeine Beurteilung, die sie erfahren, ein Druck auf die beteiligten Kreise ausgeübt und dadurch weitere, ähnliche Fälle vermieden werden.“

Der Beschuldigte hat mit dem ihm zur Last gelegten Artikel aber auch eigene persönliche Interessen wahrgenommen, da bei Streikausbreitungen leicht auch unbeteiligte dritte Personen in Mitleidenschaft gezogen werden. Dasselbe konnte dem Beschuldigten als Einwohner der Stadt Duisburg widerfahren. Es steht ihm somit der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs zu.“

Also hier wird einem bürgerlichen Redakteur, der nicht das allergeringste mit dem Streik zu tun hatte, ohne weiteres deshalb der Schutz des § 193 zugesprochen, weil er als Einwohner der Stadt Duisburg vielleicht auch einmal bei eventuellen Streikausbreitungen in Mitleidenschaft gezogen werden könne. Und auf diese entfernte Möglichkeit hin soll nun der bürgerliche Redakteur das Recht haben, ohne auch nur den Schatten eines Beweises für seine Behauptungen zu erbringen, den Vertretern streikender Arbeiter die schwersten Verdächtigungen anzuhängen? — Man vergleiche damit die Ablehnung des Schutzes des § 193, wenn es sich um sozialdemokratische Redakteure handelt! — Trotzdem sind natürlich alle Breiten vor dem Geleise gleich.

Die Wahrnehmung der Interessen der Arbeitswilligen durch die klerikale Volkszeitung ist noch insofern besonders interessant, als am gleichen Tage vor demselben Gericht der zentrums-christliche Gewerkschaftsredakteur Kraus zu 150 M. Geldstrafe verurteilt wurde, weil er die bekannte Rede des Reichstagsabgeordneten Schiffer über die gelben Werkvereine im zustimmenden Sinne besprochen und die Mitglieder dieser Vereine als „rückgratlose, gelbe Memmen“ bezeichnet hatte, wodurch sich der Leiter der Krupp'schen Gelben, ein gewisser Heß, und der Redakteur des Krupp'schen Verlagsorgans vorschrittsmäßig „beleidigt“ gefühlt hatten. Also nach der einen Seite „rückgratlose, gelbe Memmen“, nach der anderen Schuppentrone der „Arbeitswilligen“! Zentrumsgaulei.

Berlin und Umgegend.

Bewegung der Weißbierbrauer.

Die Weißbierbrauereiarbeiter hielten am Donnerstagabend im Gewerkschaftshaus eine Versammlung ab, die vom Verband der Brauerei- und Mälzereiarbeiter einberufen war. Der geltende Tarifvertrag läuft am 30. April 1913 ab und es galt, Stellung zu nehmen zu der Frage der Kündigung. Der Vertrag wurde am 1. Mai 1910 geschlossen zwischen den Verbänden der Brauer, Transportarbeiter, Maschinisten und Heizer und der Völkler einerseits und dem Verein der Berliner Weißbierbrauereien und 13 einzelnen Brauereien andererseits. Von diesen 13 Brauereien bestehen gegenwärtig nur noch 8 selbständig. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist ebenfalls gesunken, aber sie sind gut organisiert, wie der Referent der Versammlung, Schmih, hervorhob, der weiter betonte, daß die Verbesserungen, die der Vertrag im Jahre 1910 gebracht hat, wieder ausgewogen wurden durch die wachsende Leertung. Weitere Verbesserungen seien jetzt notwendig geworden, denn die Arbeiter der Weißbierbrauereien haben mancherlei dringende Forderungen zu stellen. Die Arbeitszeit 9½ Stunden innerhalb 12½ Stunden Bruttoarbeitszeit ist zu lang, und bei den Mälzereiarbeitern auch zu unregelmäßig. Die Lohnverhältnisse, besonders beim Fahrpersonal, befriedigen nicht. Ueberhaupt sind die Arbeiter in den Lagerbierbrauereien viel besser gestellt als die Weißbierbrauereiarbeiter. Die Kündigung des Vertrages sei daher zu empfehlen.

Die Versammlung waren durchaus mit der Kündigung einverstanden. In der Diskussion wurde besonders Gewicht auf eine Verfürzung der Arbeitszeit gelegt. Schmidt erklärte, daß die Verwaltung ihre Zustimmung zu der Kündigung erteile und daß man gemeinsam mit den übrigen Verbänden, die hier in Betracht kommen, vorgehen werde. — Eine Kommission, bestehend aus den Vertrauensleuten der einzelnen Betriebe, wurde gewählt, um die

Forderungen zu formulieren und einer eingehenden Versammlung vorzulegen.

Schmidt hielt dann eine Ansprache, in der er die von dem Berliner Magistrat geforderte Biersteuer als eine Gefahr für die Existenz der Brauereiarbeiter bezeichnete und Protest dagegen erhob. Die Versammlung schloß sich diesem Protest einstimmig an.

Partei- und Gewerkschafts-Genossen! Auf wiederholte Anfragen aus Partei- und Gewerkschaftskreisen teilen wir hierdurch mit, daß wir mit der Firma A. J. Jandorf u. Co., Warenhaus, im Tarifverhältnis stehen. Bezüglich des gelben Hausvereins diene zur Kenntnis, daß derselbe im Jahre 1907 von ehemaligen Mitgliedern unserer Organisation gegründet wurde und sich über alle Jandorf-Warenhäuser und das Kaufhaus des Westens erstreckt. Am 1. April 1911 und Verwechslungen der Personen zu vermeiden, werden wir für unsere Mitglieder eine Legitimationskarte herausgeben, damit dieselben bei eventueller Nachfrage wegen Zugehörigkeit zur Organisation sich legitimieren können.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Branche der Kauf- und Warenhäuser.

Deutsches Reich.

Zu der Streikbrechervermittlung des christlichen Metallarbeiterverbandes

werden uns noch einige Einzelheiten mitgeteilt, die bei der Angelegenheit des Falles uns wert erscheinen, wiedergegeben zu werden.

Bei der Firma „Sanitaria“ in Ludwigsburg (Württemberg) stehen die Mitglieder der freien Gewerkschaften seit Anfang Dezember 1912 im Streik. Die Ludwigsburger Firma „Sanitaria“ und die Firma Wagner u. Keller haben in Gemeinschaft die Vertrauensleute des Metallarbeiterverbandes entlassen, um dessen Wirksamkeit in Ludwigsburg ein Ziel zu setzen. Verhandlungen blieben ohne Erfolg. Die Firma „Sanitaria“ erklärte das Tarifvertragsverhältnis mit dem Metallarbeiterverband für gelöst. Die Arbeiter beider Firmen verteidigten ihre Organisation in wochenlangem Kampfe. Schon neigte sich der Erfolg auf ihre Seite, als in der äußersten Stunde der christliche Metallarbeiterverband als Retter der Firma „Sanitaria“ erschien. Es war aufgefassen, daß der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes für Ludwigsburg mehrere Wohnungen für ledige Arbeiter suchte. Da erhielt die Streikleitung des Metallarbeiterverbandes in Ludwigsburg aus dem Mendener Industriegebiet die Nachricht, daß zwei Tugend Ausgesperrte des christlichen Metallarbeiterverbandes von Wenden nach Stuttgart abziehen. Sie trafen auch programmäßig in Stuttgart ein und wurden von dem christlichen Angestellten Ruff aus Wenden nach der „Sanitaria“ geführt. Erst später gelang es, diese Leute über den Streik aufzuklären. Darauf legten die christlich organisierten Arbeiter die Arbeit wieder nieder. Sie waren in heller Verzweiflung, daß sie von ihren Führern nichts über den Stand der Situation in Ludwigsburg erfahren hätten, und daß diese sie durch List zu Streikbrechern machen wollten. Dann kamen die christlich organisierten Arbeiter zu den Streikenden und boten um Entschuldigung, sie hätten nicht gewußt, daß in Ludwigsburg gestreikt würde. Sie ständen in Wenden aus dem gleichen Grunde seit Monaten im Kampfe und wollten niemals zum Verräter werden. Der christliche Metallarbeiterverband hatte ihnen zwar das Jahrgeld bis zur befristeten Firma gegeben, jetzt aber ständen sie mittellos da. Der Metallarbeiterverband gab ihnen dann Unterstützung, damit sie wieder nach Wenden fahren konnten. Die Arbeiter erforderten die Führer vom Metallarbeiterverband, diesen Arbeiterverrat des christlichen Metallarbeiterverbandes in der Öffentlichkeit zu brandmarken. In einer schriftlichen Erklärung sagten sie u. a.:

„Der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes in Ludwigsburg wurde mir, während ich bei der Firma „Sanitaria“ in Arbeit stand, gesagt, der Deutsche Metallarbeiterverband habe den christlichen Metallarbeiterverband früher nicht aufgenommen lassen wollen. Infolgedessen sei es jetzt notwendig, daß sie so viel wie möglich Mitglieder in den Betrieb bekommen. Sie wollten dann mit der Firma „Sanitaria“ einen Tarif abschließen.“

Es war mir zuwider, daß ich bei Nacht zu dem Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiterverbandes kommen sollte, um von dort die nötigen Informationen zu erhalten. Ich bin aus eigenem Antrieb aus der Firma „Sanitaria“ ausgetreten und hätte bei derselben die Arbeit nicht aufgenommen, wenn ich gewußt hätte, daß die Arbeiter in diesem Betriebe im Streik stehen. Ich bedaure aufrichtig, daß ich unter diesen Umständen Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes gewesen bin.“

Der Streikbruch der Christlichen unterscheidet sich in diesem Falle durch die zahlreiche begangenen Streikbruchfälle bisheriger Art dadurch, daß hier selbst streikende und ausgesperrte Arbeiter als Streikbrecher vermittelt wurden. Der christliche Metallarbeiterverband hat jene Leute, die in Wenden sich weigerten, die Arbeit aufzunehmen, weil ihr Vertrauensmann geschädigt wurde, durch Ränke und List nach Ludwigsburg gebracht, um dort das zu tun, was sie in Wenden zu tun verweigerten. Damit haben die christlichen Führer, die dieses Verräterstückchen organisiert und vollbracht haben, wohl nun doch bald den Gipfel im Arbeiterverrat erreicht.

Achtung, Schiffsmaschinisten und Heizer! In bürgerlichen Blättern und durch Agenten werden Streikbrecher nach den Unterwesertzen Bremerhaven, Geestemünde, Nordenham gesucht. Da das Maschinenpersonal der Fischdampfer dort ausgesperrt ist, warnen wir vor Zuzug.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Der Streik der Former und Gießerarbeiten in der Maschinenfabrik in Geislingen in Württemberg ist beigelegt, die Arbeit wird am 18. d. M. wieder aufgenommen. Die Bewegung, die eigentlich die erste Bewegung in Geislingen überhaupt war, hat gezeigt, daß bei geschlossenem Zusammenhalten der Arbeiter auch in der Domäne der Württembergischen Metallwarenindustrie es den Arbeitern möglich ist, erfolgreich ihre Forderungen durchzusetzen. War das Objekt des Kampfes auch kein allzu großes — denn es handelte sich doch nur darum, zur Einführung zu bringen, was in den übrigen Gießereien Württembergs längst Geltung hat —, so war der Widerstand, der gebrochen werden mußte, ein um so hartnäckigerer, denn auf Verhandlungen oder bindende Erklärungen wollte der Unternehmer sich nicht einlassen. Einer Mittelsperion gelang es aber dann doch, in schwierigen und langwierigen Verhandlungen eine Verständigung zustande zu bringen, die die Arbeiter akzeptieren konnten, da sie dem Rechnung trug, was sie vom Anfang an wollten. Hoffentlich hat aber auch die Bewegung bei den Geislinger Arbeitern der anderen Betriebe, die größtenteils nicht organisiert sind, das Verständnis für den Wert der Organisation geweckt.

Versammlungen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Die Branche der Gürtler hielt am Donnerstag eine große Versammlung ab. Rahn's erstattete den Jahresbericht der Agitationskommission. Die Kriegswirren haben auch dieser Branche Schäden verursacht. Die Mitglieder legten Redner eingehend ans Herz, in keinem Falle ihre Organisation zu verlegen und keine Kontrakte abzuschließen. Ein diebezüglicher Beschluß ist feinerzeit einstimmig gefaßt worden und hat sich auch fast durchweg durchgesetzt. Sitzungen und Versammlungen wurden in großer Anzahl abgehalten, darunter vier große Versammlungen. Dank der guten Organisationsverhältnisse konnte auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gütig eingewirkt

werden. Notwendig ist es, daß der Grundlohn überall hochgehalten wird. Die wichtigste Bewegung, die festgestellt hat, war die Bewegung in der chirurgischen Branche. Bei der Firma Demitt u. Herz verlief der Kampf durch die Tätigkeit der Arbeitswilligen leider erfolglos. Die Agitation in diesem Betrieb wird nunmehr erneut und verstärkt eingesetzt, damit auch hier eine Verbesserung der Löhne und eine Verfürzung der Arbeitszeit erreicht werden kann. Die Beteiligung an der Kaiserfeier war im Jahre 1912 härter als sonst. Das Augenmerk der Berliner Mitglieder muß sich von jetzt an mehr wie sonst der Provinz zuwenden, damit die Unternehmern nicht immer die niedrigeren Löhne außerhalb Berlins als Vorwand für die Ablehnung von Forderungen benutzen können. — In verschiedenen Betrieben wurden den Arbeitern Listen zur Unterschrift vorgelegt, worin sie sich verpflichten sollten, keiner Unterschriftenorganisation anzugehören. Diese Listen wurden aber einmütig zurückgewiesen und die Ausschüsse gingen zu den betreffenden Unternehmern und verbaten sich eine derartige Zumutung. Dem Bericht folgte keine Debatte. Als Branchenvertreter wurde Mag Rahn's einstimmig wiedergewählt. Es wurde dann noch die Neuwahl der Branchenkommission vorgenommen.

Letzte Nachrichten.

Der Inhalt der Kollektivnote.

Konstantinopel, 17. Januar. (Meldung des Wiener I. f. Tel.-Corr.-Bureaus.) Der Wortlaut der Kollektivnote wird augenblicklich geheim gehalten. In der Note wird die Aufmerksamkeit der Mächte in erster Linie auf die Verantwortlichkeit gelenkt, die sie auf sich laden würde, wenn sie die Feindseligkeiten in der Schattalischalinie fortsetzen würde. Die Mächte weisen darauf hin, daß zur Ausbeutung der reichen Gebiete, die der Türkei noch verbleiben werden, die finanzielle Hilfe Europas unumgänglich notwendig sei, und erklären, daß die Türkei dieser Hilfe würde entbehren müssen, wenn sie nicht auf die Wünsche der Mächte Rücksicht nehme. Die Mächte empfehlen der Pforte, den Verbündeten Adrianopel zu überlassen und die Lösung der Frage der ägäischen Inseln Europa anzuvertrauen. Wenn die Mächte die Ratsschlüsse der Mächte berücksichtigen, würden diese die wirtschaftliche Sehung der Türkei durch finanzielle und moralische Unterstützung fördern.

Von Geistlichen betriebene Kriegsbege.

Konstantinopel, 17. Januar. (P. C.) Vor dem Sultanspalast in Dolmabahçe und auf dem großen Platz vor der Hagia Sofia fanden heute große Kundgebungen für den Krieg und gegen den Großwesir Kamal Pascha statt, an denen viele Hodschas und Koranschüler teilnahmen. Ein geistlicher Redner versuchte im Friedhofsgarten der Hagia Sofia eine Rede gegen die Christen zu halten, „an die die Heiligstümer von Adrianopel verkauft werden sollen“, und sagte, Kamal Pascha soll verflucht sein, wenn er dies zulasse. Große Ausrüstungen Kavallerie sprangten bald nach Beginn der Demonstration aus der Kaserne neben dem Kriegsministerium heran und trieben die Demonstranten mit Säbelhieben auseinander. Auch gegen die Demonstranten, die sich vor dem Sultanspalast angesammelt hatten, ging das Militär mit blanker Waffe vor. — Einige fanatische Priester hatten versucht, sich in die Kaserne der russischen Regimenter einzuschleichen und die Soldaten auszuwiegeln. Dies mißlang ihnen jedoch, denn am Tage vorher hatte der Sultan diesen Soldaten durch einen Kammerherren seine Grüße und Geschenke übermitteln lassen, so daß die Kurden sich wieder völlig beruhigt hatten. Die Agitatoren wurden verhaftet.

Das böse Gewissen.

Budapest, 17. Januar. (P. C.) Die Regierung hat angeordnet, daß der scharfe Agitation für den Massenstreik den öffentlichen Verlauf des sozialdemokratischen Parteiorgans „Részgala“ für das ganze Land verboten und außerdem, wie das genannte Blatt mitteilt, die Behörden angewiesen, die Hochorgane und Zehntausende der Arbeitervereine einer Kontrolle zu unterziehen.

Der amerikanische Schiffsahrtstreif.

Washington, 17. Januar. (W. T. B.) In der heutigen Sitzung des vom Repräsentantenhaus eingesetzten Komitees zur Untersuchung des Schiffsahrtstreifes wurden weitere Behauptungen vorgebracht, die zeigen sollten, daß zwischen den atlantischen, den Golf- und den westindischen Schiffsahrtlinien eine Kombination bestände. A. P. Hull von der Hull Steamship Co. versicherte, daß die betreffenden Linien tatsächlich den ganzen Handel kontrollierten. Sie operierten auf Grund von Vereinbarungen mit den Eisenbahnen, wonach diese es ablehnten, mit unabhängigen Linien bei weniger als voller Ladung zu arbeiten.

Umfangreiche Unterschlagnungen in Königsberg.

Königsberg, 17. Januar. (W. T. B.) Wie berichtet wird, sind durch die Kriminalpolizei bei der Eisenbahngüterabfertigungsfleße seit geraumer Zeit betriebene umfangreiche Veruntreuungen von Gütern, wie Butter, Eier, Delikatessen usw. aufgedeckt worden, die zur Verhaftung eines Wagenmeisters und eines Eisenbahngüterführers geführt haben, die sich die Waren nach Vernichtung der Frachtbriefe angeeignet und sie verkauft haben. Der Güterführer hat sich heute früh in seiner Zelle mit einem Handtuch erdrosselt.

Die Leiche eines Berliner gefunden.

Neustadt a. Orla, 17. Januar. (W. T. B.) Hier wurde im Walde die Leiche des seit sechs Wochen vermißten Berliner Studenten Kunderlein gefunden, daneben ein Revolver des Selbstmörders. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

Ein Berliner in Frankreich wegen Brandstiftung verhaftet.

Paris, 17. Januar. (W. T. B.) Aus Ranch wird gemeldet, daß der daselbst wegen Brandstiftung verhaftete angelegliche amerikanische Arzt Krause mit einem gewissen Walter Herrmann aus Berlin identisch ist, der seit 1906 von der Münchener Staatsanwaltschaft wegen Drogens und Vertrauensbruchs verfolgt wird.

Die Schweiz für eine neue Zeiteinteilung.

Bern, 17. Januar. (W. T. B.) Der Bundesrat beschloß, bei den Verkehrsanstalten die Stundenzählung bis 94 einzuführen, vorausgesetzt, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn sie ebenfalls einführen. Die Gesundheitsämter in Berlin und Wien werden beauftragt, entsprechende Untersuchungen einzuleiten, damit am 1. Oktober 1913 oder am 1. Mai 1914 die neue Zählung eingeführt werden kann. Falls die Regierungen der beiden Länder sich nicht anschließen, beschloß sich der Bundesrat weitere Entschlüsse vor.

Reichstag.

93. Sitzung, Freitag, den 17. Januar 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück.

Kurze Anfragen.

Abg. Wiebel (Soz.) fragt an: Ist es zutreffend, daß das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt die Betriebspensionsklasse der Firma Krupp...

Direktor im Reichsamt des Innern Caspar: Das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt ist nicht in die Lage gekommen, zu dieser Frage Stellung zu nehmen...

Abg. Deichmann (Soz.) fragt: Welche Maßnahmen gedenkt der Reichskanzler zum Schutze der in der deutschen Tabakindustrie beschäftigten Heimarbeit...

Direktor im Reichsamt des Innern Caspar: Unterm 23. April 1907 ist dem Reichstag bereits ein Gesetzentwurf betr. die Herstellung von Zigarren in der Handarbeit vorgelegt worden...

Abg. Baudert (Soz.) weist auf den am 1. Januar 1913 vollzogenen Gebietsaustausch zwischen dem Großherzogtum Sachsen und dem Herzogtum Sachsen-Meiningen hin...

Direktor im Reichsamt des Innern Sewald: Die Wenderung der Reichstagswahlkreise ist von den beiden Regierungen bei dem Reichskanzler in Anregung gebracht...

Abg. Stolle (Soz.) fragt: Ist der Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob Oesterreich-Ungarn seine Zustimmung zur Erhebung von Schiffsabgaben auf der Elbe erklärt hat...

Wirkl. Geh. Legationsrat Lehmann: Oesterreich-Ungarn hat seine Zustimmung zur Erhebung von Schiffsabgaben auf der Elbe bisher nicht erklärt...

Abg. Vietmeyer (Wirtsch. Vg.) fragt, ob der Reichskanzler entsprechend den wiederholten Anträgen der Abgg. Adrecht und Gen. (Soz.) die Heimarbeit in der Tabakindustrie reichsgesetzlich zu verbieten gedenkt...

Direktor im Reichsamt des Innern Caspar: Der Reichskanzler

hat nicht die Absicht, ein Verbot der Hausarbeit in der Tabakindustrie anzulegen.

Etat des Reichsamts des Innern.

Fünfter Tag.

Abg. Hoff (Sp.): Wenn eine einheitliche Politik in Deutschland getrieben werden soll, muß das preussische Wahlrecht die gleiche Grundlage haben wie das Reichstagswahlrecht...

Abg. Hansen (Däne) bringt Beschwerden vor über Verletzungen des Vereins- und Versammlungsrechts in Schleswig-Holstein...

gestellt werden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das erlaubt Dalwig nicht!)

Abg. Warmuth (Sp.) bestreitet, daß im Jahre 1888 es die Junker waren, die einen vertraulichen Brief Steins an den König den Franzosen in die Hände gespielt haben...

Abg. Brandys (Vole): Schon vor zwei Jahren, und wieder im Vorjahre haben wir und ebenso auch das Zentrum die gesetzliche Regelung der Rechte der ausländischen Arbeiter verlangt...

Abg. Braun (Antif.) erörtert Mittelstandsfragen.

Abg. Bräune (Soz.): Das Bettrennen der bürgerlichen Parteien um die Gunst des Mittelstandes machen wir Sozialdemokraten nicht mit. Obwohl man immer wieder versucht, uns als Feinde der Handwerker hinzustellen...

Kleines feuilleton.

Sport und Roheit. Wer möchte nicht im Deutschland der berühmten Gymnastik, im Deutschland der engbrüstigen Stubenböden ein Freund der körperlichen Kultur sein?

Immerhin: die Engländer haben körperliche Kultur und daneben die Annehmlichkeiten der Roheit. Wir haben keine körperliche Kultur, aber die Roheit haben wir schon in ihrer widerwärtigsten Vollendung.

In einer geschlossenen Bahn jagten die Radler sechs Tage lang im Kreise herum. Sechs Tage lang schändeten sie ihren Körper mit Gewalt, während sie ihn doch kultivieren wollten.

Mut.

Die Direktion der Kurfürstener Oper hält wader stand gegen die Carlottenburger Konkurrenz, gegen den Operettengeschmack und überhaupt gegen die Schwierigkeit jeglicher rein privaten Opernunternehmens.

Der Text ist von einem Franzosen und in rhytmischer Prosa verdeutschelt vom Komponisten selbst. Man muß sich, um den Zusammenhang zu verstehen, in die Frömmigkeit der Bretonen hinein-fühlen...

heimgebrachte Mitgift vor die Kühe. Das tilgt ihre Liebe zu ihm und festigt die zu Sylvain. Wie aber Janik so leidenschaftlich in sie dringt, daß sie für ihres Gatten Leben fürchtet, sagt sie ihm eine intime Zusammenkunft zu.

Man merkt bald, daß die Komposition schwerlich der Gefahr entgehen kann, sich vom „fliegenden Holländer“ und von der „Cavalleria rusticana“ abhängig zu machen.

Seit langem haben wir keine so vorzügliche Regie: Direktor B. Falki wirkte mit ihr in überzeugender Natürlichkeit und hat sich hoffentlich über die mißlungenen Beleuchtungseffekte nicht geärgert.

Gumir und Satire.

Naturkunde.

(Schauplay: die Rebnährigenklasse der Mädchenschule.) Der Lehrer: Es gibt Hunde, und es gibt Hündinnen. Und die kleinen Hunde, das sind die Hundelinder. Was für Hunde gibt es also, Paula?

Die kleine Paula: Es gibt Hundelinder und Hunde und Hündinnen. Wie unterscheidet man denn aber eine Hündin von einem Hund?

Der Lehrer: Hier auf diesem Bilde siehst Du einen Hund und eine Hündin. Dies ist der Hund, und dies ist die Hündin. Siehst Du den Unterschied?

Die kleine Paula: Ja, die Hündin ist dicker. Der Lehrer: Nein, darin besteht nicht der Unterschied. Du hast doch selbst einen kleinen Hund.

Die kleine Paula: Ja, der ist manchmal dick und manchmal dünn. Wenn er viel gefressen hat, ist er dick, und wenn er wenig gefressen hat, ist er dünn.

Die kleine Paula: Wo bekommt sie die denn her? Der Lehrer: Die bekommt sie von dem Hundebater. Die kleine Paula: Und wo bekommt sie der Hundebater her?

Der Lehrer: Die Hunde führen ein Familienleben. Die kleine Paula: Was ist denn ein Familienleben? Der Lehrer: Das ist... Verheiratet sein. So wie bei Menschen.

Die kleine Paula: Wo bekommen denn die Menschen ihre kleinen Kinder her? Vom Storch bekommt man doch keine, der kann seine Kinder doch selbst nicht tragen.

Der Lehrer: Nein, vom Storch kommen sie auch nicht. Die kleine Paula: Sie sind doch auch verheiratet. Wo haben Sie denn Ihre kleinen Kinder her?

Der Lehrer: Die hat mir meine Frau geschenkt. Die kleine Paula: Und wo hat sie denn Ihre Frau bekommen? Der Lehrer: Das gehört nicht zur Naturkunde. (Hestig.) Sey dich, Paula.

Notizen.

Wiedereröffnung des Theaters des Westens. Die Renovierungsarbeiten sind soweit vorgeföhrt, daß als Eröffnungstermin der 1. Februar bestimmt werden konnte.

Die Naturwissenschaften. nennen die Herausgeber Dr. A. Berliner und Dr. C. Zebing eine neue Wochenschrift, die im Verlage von J. Springer in Berlin erscheint.

Kaviätenkultus. Demnächst gelangen in einem Berliner Kunstauktionshause Goethe- und Schiller-Meliquien zur Versteigerung, die aus dem Nachlasse von Goethes Sekretär Theodor Kräuter stammen.

Ar. 42. Goethes Pantoffel, roter Samt mit goldenen Streifen und der schwarz auf Gold eingestickten arabischen Aufschrift: Suleika. Mit Beglaubigungsscheiben: Diese rothammetten Pantoffeln, worauf mit Gold der Name Suleika gestickt ist, sind ein Geschenk der Frau von Erlenberg an Goethe usw.

Zehnjährige Nachweise über die Bedeutung dieser diversen Meliquien für Goethes Leben und Dichten werden bekannte Goethe-Philologen gern den glücklichen Käufern liefern.

worben. Sie haben unseren Antrag abgelehnt, die kleinen Gewerbetreibenden und Handwerker dem Versicherungszwange zu unterstellen, und diese Ablehnung hat böses Blut gemacht. Seit 15 Jahren bin ich in der Armenverwaltung in Frankfurt a. M. tätig. Wenn heute die kleinen Handwerker, die für ihre Arbeiter Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge zahlen müssen, selbst erkrankten und Invaliden in der Heimliche haben, dann müssen sie das städtische Armenamt in Anspruch nehmen. Aber auch die Handwerker haben ein Versehen und scheuen den Weg zum Armenamt. Wenn Sie sie der Versicherung unterstellen hätten, so wäre mehr zu ihren Gunsten geschehen, als mit unserem ganzen Zwangsinnungswesen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Zel hat mit Recht als Schaden für die Handwerker das Vorherrschen bezeichnet. Dies System bringt in der Tat Hunderte von kleinen Handwerkern zu sicherem Ruin. Es gibt Leute, die über ein großes Einkommen verfügen und die doch so einen armen Handwerker monatelang auf Verzögerung einer Rechnung warten lassen. Selbst die Feiertage müssen von den Schuhmachern, Schneidern usw. daran gegeben werden. In den Weihnachtsfeiertagen arbeiten sie manchmal Tag und Nacht, und hoffen auf Bezahlung. Sie reden so viel von der Unterstützung des Handwerks, aber gerade die Reichen geben nicht in die Hinterhäuser und in den 4. Stock zu den kleinen Handwerkern, sondern laufen in die großen Geschäfte und die Warenhäuser. Auch die angeblichen Mittelstandsfreunde, die immer über die Warenhäuser schimpfen, beden ihren Bedarf zum größten Teil dort. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Besonders das Zentrum rühmt sich seiner Handwerkerfreundlichkeit. Da schreibt mir ein kleiner Buchbindermeister, der Mitglied der Zentrumspartei ist und führt bittere Klage, daß in seinem ganzen Oberamt die Kalender, die Kirchenbücher, die Schulhefte, kurz alles, von den Geistlichen und Kaplanen in großen Posten bezogen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) und dann an die Familien abgegeben wird. Er habe sich, schreibt er, in seiner Berzeimung erboten, um wenigstens etwas Verdienst zu haben, 10 Proz. für gute Werke an die Kirche abzugeben. Auch das hat nichts genützt. Die Bauern, so erzählt er, erhalten von den Bedienten die Kalender, Gebets- und Kirchenbücher ins Haus gebracht und ihnen wird dabei oft gesagt: Wenn sie diese Gebetsbücher und Kalender von dem Herrn Pfarrer bezögen, wären diese Bücher viel katholischer, als wenn sie sie vom Buchbinder bezögen. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Die Pfarrer sollten die Hände waschen lassen, wenn es sich um kleine Handwerker und Gewerbetreibenden handelt. Der kleine Buchbinder, der mir geschrieben hat, traut sich in seiner Angst um sein Geschäft nicht einmal, auf ein liberales Blatt zu abonnieren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein ähnlicher Brief ist mir von einem Schmiedemeister aus Ostpreußen zugegangen. Dieser schreibt mir: Wenn unsere Großagrarien im Reichstag immer so warm für die Handwerker eintreten, so will ich Ihnen nur mitteilen, daß wir Handwerker auf dem Lande im allgemeinen nur noch Pfandschuster sind. Die Herren Agrarier beziehen alles von den großen Fabriken, sogar die Düseln, die letzte Schraube und den letzten Nagel bekommen sie dorther. Wir selber aber haben nichts auf dem Lande zu tun, wir können keine Beherringer ausbilden, weil wir neue Arbeit auf dem Lande gar nicht mehr machen. Das trifft vollständig zu.

Herr Werner hat gestern eine Erhöhung der Warenhaussteuer verlangt. Bezahlen etwa jetzt die Warenhausbesitzer die Warenhaussteuer? Nein, sie wird von dem Fabrikanten bezahlt, der die Ware liefert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dem gleichen die Warenhäuser gleich Prozente ab; weil sie bar und flott bezahlen, machen die Fabrikanten trotzdem gern Geschäfte mit ihnen. Dann wird eine Verhärfung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb gewünscht. Wir haben uns seinerzeit rechtliche Räte gegeben, ein Gesetz zustande zu bringen, das die Gewerbetreibenden und den Handel wirklich schützt. Aber die Materie ist überaus schwierig, und es ist nicht leicht, Gesetzgebungsgängen zu verhandeln.

Im Submissionswesen bestehen in der Tat große Mängel. Aber sie könnten von den Gewerbetreibenden selbst beseitigt werden, wenn sie sich nicht unterließen wollten. Unseren Zwangsinnungen gewährt man jetzt schon immer mehr Macht. So führt jetzt z. B. die Schneiderzwangsinnung den Standpunkt konsequent durch, daß jede arme KÄberin, die ein Lehmadchen beschäftigt, zu den Beiträgen zur Zwangsinnung herangezogen wird. An eine solche Auslegung des Gesetzes hat der Gesetzgeber nicht gedacht, als er die Zwangsinnungen schuf. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Behörden kommen den Zwangsinnungen sehr entgegen. So teilt das „Deutsche Handwerkerblatt“ mit, daß die Aufsichtsbehörde eine Innungsstatut der Innung der Barbier in Prag bei Berlin genehmigt hat, wonach der Vorstand der Innung gegen diejenigen Innungsmitglieder, die mit den Arbeitervertretern Verträge über Arbeits- und Lohnverhältnisse abschließen, oder die die Forderungen der Arbeiter bewilligen, Strafen bis zu 20 Mark verhängen kann. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist doch geradezu haarsträubend. Die Folge einer solchen Maßregel ist, daß die Schmuckfärberei grobgezogen wird. Hier handelt es sich um einen

unerhörten Terror der Zwangsinnungen

gegen die Mitglieder. Denselben Terror treibt auch die Zwangsinnung der Bäcker. Die Bäckereinnungen von Mainz und Bremen lassen ihre Mitglieder Bescheid von 200 resp. 100 M. ausstellen, die dann fällig werden, wenn die Aussteller die Forderungen der Gesellen anerkennen. (Zurufe d. d. Sozialdemokraten: Unerbört!) Besonders arg hat es die Zwangsinnung der Bäcker in Magdeburg getrieben. Dort wandte sich der Magistrat als erste angerufene Behörde gegen diesen Beschluß der Bäckereinnung. Die obere Aufsichtsbehörde dagegen genehmigte ihn, die Zwangsinnung hatte 20 Mark Ordnungsstrafe für jeden Bäckermeister festgesetzt, der einzeln Verträge mit den Gesellen abschließt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So ist gegen einen einzigen Bäckermeister eine Strafe von 1050 M. festgesetzt worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ja, mit Auspändung wurde ihm gedroht! Das ist beinahe Erpressung (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten), und dagegen sollte die Regierung einschreiten. Die Zwangsinnung der Bäckermeister in Berlin hat es zugeht mit einem Hebehoyott gegen diejenigen Meister verlor, die die Forderungen der Gesellen anerkannten. Das ist ein Terror, wie man ihn sich schlimmer nicht denken kann. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Nun noch ein paar Worte über den Schutz der Arbeitswilligen. Ich hoffe, daß die Resolution des Strafen Restars mit einer ebenso hohen Mehrheit abgelehnt wird wie in den letzten Jahren. Der Staatssekretär forderte uns unter Hinweis auf die wunderbare Disziplin unserer Partei auf, wir sollten dafür sorgen, daß die Gesetze beachtet würden. Das tun wir auch. Aber der Staatssekretär hätte bei dieser Gelegenheit auch einmal ein paar ernste Worte an die Unternehmern richten sollen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Glauben Sie, daß heute die Arbeiter zum Vergnügen streifen? Das ist immer der letzte Entschluß. Lange wird immer erst in den Gewerkschaften beraten, und alles wird verhandelt, um im Frieden ein paar Wenige Erhöhung des Stundenlohnes zu erreichen. Aber die Unternehmer sind außerordentlich hartnäckig, obwohl die Steigerung aller Lebensmittelpreise eine Lohnerhöhung erforderlich macht. Unsere Unternehmern sollten sich endlich einmal abgewöhnen, den Herrschaftspunkt herauszukicken. In es nicht ein gefühlicher Zustand, daß ein einzelner Unternehmer die Macht hat, durch ein einziges Wort Tausende von Arbeitern auszusperrn und Tausende von Arbeiterfamilien in Not und Elend zu treiben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Großindustrie hat in den

letzten Jahren geradezu glänzend Geschäfte gemacht. Da sollte sie auch den Arbeitern etwas entgegenkommen. So haben die Höcker Hardwerke im Jahre 1912 eine Dividende von 10 800 000 M. verteilt. In Deutschland wird ein Luxus getrieben, der alles überbietet, was man sich denken kann. Wenn aber die Arbeiter ein paar Wenige Lohnsteigerung verlangen, dann ist kein Geld vorhanden. Die Arbeitswilligen sind heute schon mehr als zur Genüge geküht. Es ist eine ungeheuerliche Zahl, die der Staatssekretär mitteilt: die 2000 Verurteilungen infolge des letzten Vergarbeiterstreiks. Hätte man Militär- und Polizeiwaffen aus dem Ruhrgebiet weggelassen, so wäre nicht der vierte Teil der Verurteilungen erfolgt. Die Arbeitswilligen werden von den Unternehmern

mit Schlagringen, Revolvern und Dolchmessern ausgerüstet.

Das führt dann zu traurigen Ausschreitungen. Der Arbeitswillige, der in Burg b. Magdeburg im September d. J. einen ruhig seines Weges gehenden Schuhmachergehilfen niedergeschossen hat, ist vom Schwurgericht zu Magdeburg jüngst freigesprochen worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hinter dem Verlangen nach Schutz der Arbeitswilligen steht immer die Forderung nach neuen Ausnahmengesetzen. Nun, in unserer Praxis liegen noch Dutzende von Vorzeigensfällen, die die schweren Zeiten des Sozialistengeheh mit durchgemacht haben. In jenen 12 Jahren, wo es ein Kampf um Tod und Leben galt, sind wir nicht unterlegen; im Gegenteil, unsere Partei hat sich unter dem Sozialistengeheh geföhrt und geföhigt. Wir haben das Sozialistengeheh überdauert, wir haben den Fürsten Bismarck niedergebungen und wir fürchten uns auch nicht vor neuen Ausnahmengesetzen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Pfeiffer (Z.) Gegenüber den schweren Vorwürfen des Abg. Hansen hat sich die Regierung merkwürdigerweise vollständig in Schweigen gehüllt. Der von ihm erwähnte Fall des Verbots eines Gottesdienstes ist vollkommen ungehehlich. Der Gottesdienst fällt Gott bei Dank noch nicht unter das Vereinsverbot. (Sehr richtig! im Zentrum.) — Unter das Stelkenvermittlergesetz sollten auch die Konzertagenturen fallen. — Der Klage des Abg. Fischer über die schlechte Bezahlung der Stelle eines wissenschaftlichen Hilfsarbeiters am Germanischen Museum schließe ich mich voll an. Es ist dies ein trauriges Kapitel aus den Hungerlöhnen, die so vielfach an Angehörige des geistigen Proletariats gezöhlt werden. (Hört! hört! und sehr richtig! d. d. Soz.) Die Regierung sollte auch einmal Maßregeln gegen diese Unterbietung auf dem Gebiete der geistigen Arbeit ergreifen. Redner wagt zum Schluß vor dem Gedanken der Gründung einer deutschen Nationalbibliothek im Hinblick auf die Interessen Süddeutschlands. Staatssekretär Dr. Delbrück. Ich stimme mit dem Vorredner völlig darin überein, daß die Art, wie man im Deutschen Reich angeht den Wert der Kopiarbeit, den Wert der Bildung des studierten Arbeiters einzuschätzen gegenüber der Honorierung der Handarbeit ganz unzulänglich ist. Aber es ist ganz unmöglich nun auf einmal die Gehälter der studierten Beamten zu erhöhen. Das Germanische Museum speziell ist eine Stiftung unter Aufsicht der holländischen Regierung, auf die dort gezöhlt Gehälter hat die Reichsregierung keinen Einfluß. — Auf Beschwerden, wie sie der Abgeordnete Hansen vorgebracht hat, habe ich stets grundsätzlich abgelehnt eingegangen, insofern ich ihre tatsächlichen Unterlagen nachprüfen nicht umstände bin und der Fall von der Zentralinstanz des betreffenden Staates noch nicht entschieden ist. Ich kann also nur empfehlen, die Entscheidung des preussischen Ministers des Innern herbeizuföhren. Sollte diese nicht im Einklang stehen mit den für die Durchführung des Reichsvereinsgesetzes vom Reichsanwalt festgelegten Grundsätzen, werde ich sofort das Erforderliche veranlassen.

Abg. Meyer-Götte (Nat., auf der Tribüne fast unverständlich), erklärt sich mit dem Staatssekretär einverstanden, daß der Schutz der Arbeitswilligen nur im Rahmen des allgemeinen Strafgesetzes zu erreichen sei und geht dann auf die Arbeitsverhältnisse in den Walzwerken ein. Die Arbeitszeit ist seiner Meinung nach keineswegs zu lang.

Abg. Graf Kainz (L.) Eine Teuerung der Preise haben wir nicht nur beim Fleisch, sondern bei vielen anderen Produkten; gesunken ist der Preis nur beim Getreide. Die Getreidepreise sind so niedrig wie seit 20 Jahren nicht. Die Produktionskosten sind aber in diesen 21 Jahren ungemein gestiegen. (Sehr richtig!) Die Steuereinköhe dagegen, das Brot der Industrie, ist ungeheuer im Preise gestiegen. Das aber nimmt man ruhig hin, ich finde wenigstens in der sozialdemokratischen Presse darüber keine Klagen. (Obel bei den Sozialdemokraten) und in der freikünnen Presse erst recht nicht. Auch Schuhe und Kleider sind teurer geworden, obwohl die Rohstoffe, Wolle, billiger geworden sind. Also sind nicht die Hölle daran schuld, sondern ganz allgemeine Verhältnisse. Das zeigt sich auch in den gestiegenen Wohnungspreisen, die doch sicher nicht auf den Posten zurückzuführen sind. Auch die hohen landlichen Bodenpreise halte ich nicht für gesund, denn sie föhren vielfach zum Verkauf von Gütern, auf denen ein großer Teil des Kaufgeldes als Schuld stehen bleibt. Das föhrt geradezu zu einer wirtschaftlichen Kalamität. (Sehr richtig! links.) Angehends der allgemeinen Preissteigerung muß man feststellen, daß die Kaufkraft des Geldes nachgelassen hat. Woher kommt diese Entwertung des Geldes? Von der erhöhten Goldproduktion, die in den letzten 25 Jahren sich auf etwa das Vierfache gesteigert hat, von der Steigerung anderer Zahlungsmittel, von den erhöhten Lebensansprüchen. Damit hängt auch die Preissteigerung zusammen, die international ist, und deshalb beseitigt werden kann. Mit allen Mitteln müssen wir dafür sorgen, daß der Goldbestand der Reichsbank stets ausreichend ist. Das ist für einen Kriegsfall sehr wichtig. (Sehr richtig! rechts.) Auf Kriegsanleihen dürfen wir uns nicht zu sehr verlassen; das beweisen die Erfahrungen von 1870. Auch mit der Silberprägung sollte man vorsichtig vorgehen; nach dem Gesetz dürfen 20 M. Silber auf den Kopf der Bevölkerung entfallen, das entspricht einer Silbermenge von 1 Milliarde 200 Millionen Mark; ausgeprägt sind aber erst 1 Milliarde. Die noch fehlenden 200 Millionen würden uns im Falle eines Krieges sehr gute Dienste leisten. (Sehr wahr! rechts.) Redner fragt zum Schluß an, ob unsere Rechte indog auf die Benutzung des Panamakanals gewahrt seien. (Verabs! rechts.)

Abg. v. Dornen (Sp.) spricht für eine höhere Besteuerung der Warenhäuser. Es sollte den Warenhäusern zum mindesten verboten werden, auch auf Land hinaus mit ihren Automobilen Waren zu schaffen. (Weiterkeit links.)

Abg. Rumm (Wirtsch. Soz.) beantwortet eine weitgehend Wohnungsförsorge. Der Staatssekretär sollte eifriger dahinter sein. Man sollte ihm noch englischen Mutter 5 Pfund gleich 100 Mark vom Gehalt abzählen, um seinen Eifer anspornen. (Weiterkeit.) — Der konservativen Resolution über das Verbot des Streikpolizeiens können wir nicht zustimmen. Dem sozialdemokratischen Grundgedanke: erst rot, dann Brot (Lachen bei den Sozialdemokraten), kann nur begegnet werden durch Stärkung der christlichnationalen Arbeiterbewegung.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Herr Rumm sagte zwar, daß er mich lieb hat. Aber nach dem Worte der Bibel: Wer sein Kind lieb hat, der schlägt es, hat er mir nachher stückweises Abzug meines Gehalts angedroht. (Weiterkeit.) Minister durch Ordnungstrafen von 100 M. zum schnelleren Arbeitstempo zu erzöhnen, dürfte aber doch ein Versuch mit untauglichen Mitteln sein! (Weiterkeit.) Da jetzt der Moment gekommen ist, wo mir mein Gehalt bewilligt werden soll (Weiterkeit), will ich zu meinen tatsächlichen Ausführungen nur bemerken, daß wir in der Fürsorge für die Wanderarbeiter auch schon weitergekommen sind.

Damit schließt die Debatte. Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt.

Die Weiterberatung des Etats verlagert das Haus auf Dienstag 1 Uhr. (Vorher kurze Anfragen.)

Schluß 7 Uhr.

Parlamentarisches.

Das Reichsamt des Innern in der Budgetkommission.

In der Sitzung am Freitag wurde zunächst die Kaldebatte zu Ende geföhrt, wobei Genosse Sachs energisch die Interessen der Arbeiter der Ralindustrie vertrat, unterstützt vom Genossen Cohn. — Beim Kapitel Statistisches Amt bedauerte Genosse Hoch die amliche Streikstatistik und forderte eine Änderung, die in Verbindung vor allem mit der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften herbeiföhrt werden müsse. — Unterstaatssekretär Richter gab die Mangelhaftigkeit der amlichen Statistik zu; es seien Vorbereitungen getroffen, um eine Vervollständigung herbeizuföhren. Die weitere Anregung des Genossen Hoch, die amlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes wesenlich billiger abzugeben, versprach die Regierung, in Erwägung ziehen zu wollen.

Das Petroleummonopol in der Kommission.

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte, aus der sich ergibt, daß die Regierung Dinge vertraulich behandelt wissen will, die bereits seit Wochen öffentlich diskutiert werden, erteilte in der Freitagssitzung der Regierungsvorseter eine Reihe von Aufschüssen über den Inhalt und die Struktur der abgelschlossenen Vorverträge. Die Geben zu haltenden Details beziehen sich besonders auf die Dauer der Verträge und auf die Mengen, Qualitäten, Preise und Beladungsstellen des zu Liefernden Leuchtöls. — Dann trat die Kommission in eine Generaldiskussion über die Versorgungs- und über die Preisfrage ein. Ein Teil der Kommissionsmitglieder ist durch die Mitteilungen über den Inhalt der Vorverträge vollständig oder fast vollständig zufriedengestellt. Ein anderer, zu dem auch die Sozialdemokraten zählen, wünscht dringend noch weitere Aufschlüsse. Insbesondere wird die Forderung ausgesprochen, daß der Vertrag mit der rumänischen Gesellschaft Steana Romana wegen bezogen werden solle. — Der Regierungsvorseter verwies auf die Begründung des Entwurfs und meinte, daß bezüglich der Treiböle ein Anlaß nicht gegeben sei; ob bezüglich der Benzine, das mühte nochmals gründlich erwogen und geprüft werden.

In der kurzen Debatte über die zwischen der Reichsregierung und der Standard Oil Company gepflossenen Verhandlungen wegen einer Beteiligung an dem Monopol wurde von der Regierung und einem Kommissionsmitgliede der Gedanke abgelehnt, anstatt des Monopols mit der Standard Oil Company einfach langfristige Lieferungsverträge mit bestimmten Preisgrenzen abzuschließen. Das läme, so wurde mit Recht ausgeführt, direkt auf eine Befestigung und Stärkung der Herrschaft der Standard Oil Company hinaus.

Von einem Mitgliede der Kommission wurde dann noch eingehend über die Produktionsverhältnisse der einzelnen für Deutschland in Betracht kommenden Petroleumländer gesprochen und der Meinung Ausdruck gegeben, daß gerade die europäischen schon in der nächsten Zukunft durch Erschließung neuer Gebiete ihre Produktion wesenlich vergrößern werden. Dieses Mitglied meinte auch, daß die Frage der Versorgungsunfähigkeit vollständig geklärt sei und unbedingt bejaht werden mühte. Diese Auffassung wird von der Kommission wahrscheinlich nicht voll geteilt werden; aber soviel steht fest, daß der allgemeine Eindruck der Mitteilungen der Regierung der war, daß die Schwierigkeiten, den deutschen Markt ohne die Standard Oil Company mit Leuchtöl zu versorgen, nicht allzu große sind, wenigstens nicht so groß, wie das in der Presse bisher geschildert wurde.

Kalernerohheit in Preußen wie in Bayern.

Jenes traurige Kapitel der Rekrutenmishandlungen durch ältere Mannschaften wurde am Freitag in einem besonders trassen Fall von dem Oberkriegsgericht des Gardebataillons aufgerollt. Es handelt sich hier um die Mishandlungen der Rekruten beim Regiment Gardebataillon, die schon einmal das Kriegsgericht der Garde-Kanallieddivision beschäftigt haben. Unter Anklage stehen nicht weniger als sieben Angeklagte und zwar die Gefreiten Schäfer und Petri, die Gardebataillon Albr., Leismann, Overberg und Schwarz, und schließlich der Sergeant Szent. Sämtliche Angeklagten stehen bei der vierten Eskadron. Daß in diesem

tüchtig und viel geföhlagen

wurde, hat bereits die erste Verhandlung ergeben. Der Stein löste erst durch einen besonderen Umstand ins Rollen gebracht werden. Der Gardebataillon Sträubing, der inzwischen als militäruntauglich entlassen worden ist, kam wegen Auszahlung einer Rente beim Militärstütz ein und er begründete seinen Antrag damit, daß er angeblich er habe beim Militär einen Sturz mit dem Pferde davongetragen, und von den älteren Mannschaften sei er so lange mishandelt worden, bis er krank wurde.

Eines Tages verließ St. die Kaserne und fuhr heim. Er mochte seinen Eltern gegenüber einen recht merkwürdigen Eindruck, und als ihn der Vater, der Verdacht geschöpft hatte, untersuchen ließ, stellte sich heraus, daß sein Sohn

am ganzen Körper mit blauen Striemen

besetzt war. Er fuhr nun mit ihm nach Potsdam zurück und es stellte sich heraus, daß die

Striemen von Mishandlungen herröhreten.

Der Rekrut wurde zunächst einige Zeit im Garnison-lazarett behandelt und dann in die Charité eingeliefert, wo er auf seinen Weisheitszustand hin untersucht wurde. Man konstatierte dann bei ihm den Zustand geistlichschwach, doch bereits vor seiner Einlieferung ins Militär etwas geistlichschwach, doch läßt sich nach ärztlichen Gutachten nicht von der Hand weisen, daß die Mishandlungen durch die alten Leute den Irrsinn erst zum Ausbruch gebracht haben. Es war nun dem Militär untauglich und er wurde bald darauf entlassen. Charakteristisch ist ein Schreiben der anderen Rekruten der Eskadron, das gewissermaßen als ein

Kerisiret der Geföhlagten

zu betrachten ist. Der Brief, der von einem jungen Soldaten unterzeichnet ist, lautet: Wir Rekruten teilen Ihnen mit, daß Ihr Sohn lächerlich geföhlagen worden ist, und daß man es jetzt noch so mit uns macht. Wir werden

alle von den alten Leuten geföhlagen.

Bei uns gibt's viel Reize und den Sträubing haben sie direkt aufschanden geföhlagen. Die Mishandlungen wurden von den alten Leuten meist darauf ausgeföhrt, daß man die wahren Bedürfnisse nicht zur Notwendigkeit ziehen konnte. Auf dem Futterboden wurden die Rekruten mit Vorliebe mishandelt. Während des Händlichens wurde plötzlich die brennende Lampe, die stets ein alter Mann trag, ausgelöhcht und nun ging's im Dunkeln an's Best. Keiner der Geföhlagten konnte dann nachher mit Bestimmtheit behaupten, wer ihn alles geföhlagen hatte. Und schon aus Furcht, später noch mehr Mishandlungen ausgeföhrt zu sein, wagten es die Leute, unter denen sich riesenhafte kräftige Burden befanden, nicht, das Treiben der älteren Kameraden zur Anzeige zu bringen. Sie liehen sich wie die Schulbuben schlagen, und so mancher von den alten Leuten, die jetzt ihre jüngeren Kameraden mishandeln, haben das Schlagen am eigenen Körper im Jahre vorher kennen gelernt. Die Mishandlungen wurden recht heimlich betrieben,

Damit die Vorgesetzten nicht merkten. Dem Sergeanten Schenk nun von der Anklage vorgeworfen, nicht genügend auf dem Posten gewesen zu sein und strafbare Handlungen untergeordnet nicht zur Anzeige gebracht zu haben. Das Kriegsgericht der Kavalleriedivision konnte in der ersten Verhandlung nicht mit Sicherheit feststellen, wer von den Angeklagten mehr oder weniger geschlagen hatte und es kam infolgedessen in den Fällen Böhler und Zeigmann wegen Mangels an Beweisen zu einem freisprechenden Urteil. Schwarz und Overberg erhielten je 8 Wochen und Schäfer 14 Tage Gefängnis. Gegen Petri wurde auf 6 Wochen Mittelarrest erkannt, während Schenk mit 7 Tagen Mittelarrest davonkam.

Dem Gerichtsherrn des Gardekorps sind diese Strafen jedoch zu gelinde und er legte beim Oberkriegsgericht Berufung ein.

Obwohl am Freitag der Verhandlungsleiter des Oberkriegsgerichts den Angeklagten vorhält, daß eine ganze Reihe von Zeugen bei den Mißhandlungsfällen zugegen waren, leugnen die Beschuldigten.

Als erster Zeuge wird der junge Strübing vernommen. Er bekundet: er könne sich der einzelnen Fälle noch entsinnen. Wie kopflos St. bei der Fahrt nach Fürstentwade war, geht daraus hervor, daß er in Ernter

auf die Lokomotive Kletterte

und wieder heruntergeholt werden mußte. Dabei erzählte er, er sei mit dem Kronprinzen zusammen gesehen und habe sich mit ihm unterhalten, der Kronprinz habe ihn gern haben wollen. Heber die Mißhandlungen befragt, äußert sich der Zeuge folgendermaßen: In einem Kasse, als er im Stall nach einer Reite suchte, fiel Petri über ihn her, schlug ihn mit dem Regen und trat ihn mit den Füßen. Der Zeuge mußte weinen, und als er aus dem Stall wollte, stellte sich Petri vor den Eingang und stieß St. zurück. Der Zeuge hat aus Schmerz geweint, da die Schläge mit der Degen-scheide, die blaue Striemen hinterließen, sehr schmerzten. An einem anderen Tage wurde der Zeuge derart mißhandelt, daß ihm das Blut aus der Nase floß. Auch im „Vorbeigehen“ wurde St. im Stall von Petri mit der Degen-scheide an die Wende geschlagen. Ferner wurde der Zeuge beim Häckselschneiden mißhandelt. Derjenige, der das

Nach dreht, bekommt die weißen Schläge.

Bei diesen Fällen führten immer mehrere ältere Leute die Mißhandlungen gemeinsam aus.

Der Zeuge vermag heute nicht mehr mit Bestimmtheit genaue Angaben darüber zu machen, wer bei den einzelnen Fällen auf ihn einschlug. Daß der Zeuge auf die Lokomotive geklettert ist, weiß er nicht aus eigener Wissenschaft, sondern nur durch die Vernehmungen. St. hat wegen der Mißhandlungen auch telephonisch mit seinem Vater gesprochen. Als der Wachmeister eines Tages den Zeugen mit blutiger Nase sah, fragte er ihn, was passiert sei. St. antwortete: er sei gefallen. Auch dem Rittmeister gegenüber wagte er es nicht, zu sagen, daß er mißhandelt worden sei. Er habe befürchtet, er werde dann noch schlimmer mißhandelt. Ein Gefreiter sei bei der Vernehmung zugegen gewesen und dieser hätte sicher alles den anderen erzählt, so daß es ihm dann nur noch schlechter ergangen sei. Als der Zeuge bei der Nennung von Namen etwas schwankend wird, sagt der Verhandlungsleiter: es sei sicher, daß die ganze Gesellschaft geschlagen habe; doch sei es besser, wenn der Zeuge Fälle, wo er bestimmte Angaben nicht machen könne, lieber nicht erwähnen solle.

Strübing erklärt weiter: er sei auch von älteren Mannschaften mit dem Striegel und der Kartrische mißhandelt worden. Als der Zeuge dann einen Mißhandlungsfall, wobei er einen Faustschlag ins Gesicht erhielt, daß ihm das Blut aus der Nase floß, dem Rittmeister meldete und wieder in den Stall zurückkehrte, fielen dort alle über ihn her und mißhandelten ihn, bis er weinen mußte.

Darauf gaben zunächst die Sachverständigen ihre Gutachten ab. Dr. Hein führt aus: daß St. wegen Jugendirrtums feinerzeit in die Charité eingeliefert und als geheilt wieder entlassen worden sei. An der Glaubwürdigkeit des Zeugen habe er keinen Zweifel. Weinbögen Dr. Hörster bekundet: er habe St. bereits vor der Einstellung zum Militär behandelt und schon damals sei ihm gesagt worden, er sei für das Militär untouglisch. Bei seiner zweiten Einlieferung in die Charité wurde St. gefesselt und im Zwang vorgeführt. Er bekam einen Lohschuß und mußte in eine besondere Zelle gebracht werden. Die blauen Flecke könnten auch wohl von der

Zwangsjacke

herrühren. Man habe ihn wegen des Unfalles in die Zwangsjacke stecken müssen. Der Sachverständige ist der Ansicht, daß den Angaben des St. für die beiden Tage vor der Einlieferung in die Charité nicht allzu viel Glauben beizumessen und mit der größten Vorsicht zu bemessen seien. Oberstabsarzt Dr. Neuburger ist in der Hauptsache der gleichen Ansicht. Oberstabsarzt Dr. Wabst erklärt, daß ihm Strübing bei der Aufnahme ins Regiment von seinem früheren Jugendirrtum nichts gesagt habe. Stabsarzt Dr. Stier hat St. wiederholt beobachtet. Der Zeuge hatte in der Charité Streitigkeiten mit anderen und beschuldigte viele. St. hätte nicht Soldat werden dürfen.

Die folgenden Zeugen, sämtlich hochgewachsene kräftige Gardekorps, werden vorher ermahnt, alles zu sagen, was sie wußten und nicht mit leeren Ausreden zu kommen. Der erste will nur gehört haben, daß geschlagen worden ist. Gardekorps Stendal, der nächste Zeuge, ist in erster Instanz wegen Unglaubwürdigkeit nicht verurteilt worden. St. kam damals mit der Sprache nicht heraus. Heute ist er etwas gespröcher und bekundet, daß St. öfter mißhandelt worden ist. Es ist

fast leber geschlagen worden.

Petri hatte die Angewohnheit, mit der Degen-scheide zu schlagen. Er selbst (Zeuge) ist wiederholt geschlagen worden. Stendal mußte auch einmal in der Kaserne herumwühlen und eine Reite suchen, so daß er sich am anderen Tage übergab. Weiter folgt Stendal aus: Petri sei morgens gewöhnlich auf die Straße gekommen und habe sie mit dem Rohrstod aus den Betten herausgezogen.

Der Eskadronchef, Rittmeister v. Hirschfeld, gibt an, daß Strübing ein sehr dienstfertiger Soldat war und zu Klagen keinen Anlaß gab. Der Zeuge hat die alten Leute stets ermahnt, die Rekruten nicht zu schlagen. Auch habe er die Rekruten alle Augenblicke gekostet, ob sie von den alten Mannschaften mißhandelt würden. Beim Baden habe er die Leute daraufhin angesehen, ob sie Zeichen von Mißhandlungen, blaue Striemen am Körper hatten, es ist dem Eskadronchef aber nichts aufgefallen.

Dem Restaurateur Ostermann erzählt auf der Fahrt von Fürstentwade ein Gardekorps, daß in der 4. Eskadron furchtbar geschlagen werde. O. sagte ihm, er solle es doch meiden, worauf der Soldat erwiderte:

„Rein, er habe Angst.“

Dann ginge es ihm noch schlechter. Den Strübing hätten sie zu schanden geschlagen. Mehrere Gardekorps, die hierauf vernommen worden sind, sind ebenfalls geschlagen worden. Als einer der Zeugen, Gardekorps Wehmann, mit der Wahrheit zurückhält, ruft der Vertreter der Anklage: „Er hat nur Angst, daß er noch mehr Reite bekommt, wenn er die Wahrheit sagt!“ Hörens kommt Wehmann mit der Wahrheit heraus.

Dem Gardekorps Spiller hat Strübing eines Abends seinen mit blutigen Striemen bedeckten Rücken

gezeigt und dabei erzählt: er sei beim Pferdeputzen mißhandelt worden. Die Striemen rühren jedenfalls von Ledergurten oder Trensen her. Der Rekrut Winklerling ist nach seiner Erinnerung von allen angeklagten Gardekorps geschlagen worden. Er bekundet ferner, daß es üblich war, daß auf dem Häckselboden die Rekruten von den alten Mannschaften geschlagen wurden. Er bekam Wische, wenn er die Häckselmaschine nicht schnell genug drehte. Gardekorps Rühling ist oft geschlagen worden, doch hat er keinen erkannt.

Der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Schönewerk, führt aus: daß das Gericht nicht an die Gutachten der Sachverständigen gebunden sei. Auf ihn habe der Zeuge Strübing einen durchaus glaubwürdigen Eindruck gemacht. Er sei keineswegs mit seinen Angaben hausieren gegangen, sondern die eingeholte Untersuchung habe alles ergeben. Wir haben heute gesehen, wie die Leute mit ihren Angaben zurückhalten. Es schwebt hinter ihnen das Gespenst des Striegels und der Trense.

Schon seit Jahren werde vergeblich dagegen gekämpft, die Mißhandlungen bei den Truppen zu beseitigen. Selbst die härtesten Strafen nützen nichts. Er beantragte gegen Petri 8 Monate, gegen Overberg und Schwarz je 6 Monate, gegen Schäfer und Wabst je 4 Monate Gefängnis und gegen Schenk 14 Tage Mittelarrest.

Das Oberkriegsgericht kam jedoch zu keinem Urteilspruch. Es beschloß, ein Obergutachten über den Zustand des Zeugen Strübing nach der Richtung hin einzufordern, ob die Krankheit des St. auf dessen Aussagen hin von Einfluß sind. Die Sitzung wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

München, 16. Januar.

Als geradezu himmelschreiend bezeichnete der Verhandlungsleiter vom Kriegsgericht der 1. bayerischen Division die Art und Weise, wie sich der Vizefeldwebel Ladislaus The von München, der bei der 8. Kompanie des Infanterie-Regiments 101 teilweis an seinen Untergebenen verging. Es liegen ihm an die 70 Einzelfälle und eine Reihe fortgesetzter Vergehen und Verbrechen des Mißbrauchs der Dienstgewalt zur Last, die er sich seit November 1911 zuschulden kommen ließ. Der bestgehöte Mann seiner Kompanie war der Infanterie-Unteroffizier. Der Infanterist wurde zunächst bei jeder Gelegenheit mit „Krausbürste“ und anderen beleidigenden Ausdrücken belegt und stets per Du angesprochen. Im November 1911, also kurze Zeit, nachdem er eingekerkert war, hatte Unteroffizier nach der Anschauung des Tye beim Waschaustausch ein Wäschestück nicht ordentlich gewaschen. Der Vizefeldwebel nahm ein zusammengebrochenes Gefäß und schlug es dem Manne mehrmals hart auf das Gesicht, auf die Augen und Ohren, daß dieser längere Zeit heftige Schmerzen verspürte und mehrere Tage auf dem einen Ohr nichts mehr hörte. Einige Zeit darauf sah Unteroffizier in der Mannschafsstube und schrieb einen Brief. Ein Kamerad ersuchte ihn mitzuhelfen beim Petroleumfassen. Unteroffizier sagte, er solle einen anderen mitnehmen, da er schreie. Davon erfuhr der Unteroffizier, er ließ den Kameraden kommen, befahl ihm, den Fußweimer mit Wasser zu holen und einen Schrubber und erklärte ihm, zur Strafe müsse er das Sergeantenzimmer putzen. Dieses Zimmer war an diesem Tage frisch gewischt worden, aber noch nicht fertig. Trotzdem mußte U. den Boden, der vollständig mit Saft bespritzt war, reinigen. Am anderen Tage wurden die Linderarbeiten fortgesetzt, der ganze Boden von neuem beschmutzt und wieder mußte der Infanterist allein die Vorarbeiten verrichten. An beiden Tagen hatte er von 4 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends angestrengt zu tun und an beiden Tagen konnte er nicht einmal zu Nacht essen. Als der Vizefeldwebel einmal Unteroffizier auf dem Kasernenhof sah, befahl er ihm, sich zum Bajonettstechen herzurichten. Dann stellte er ihm den leibigen Unteroffizier Herrmann gegenüber, der als bester Bajonettstecher bekannt war, während Unteroffizier damals überhaupt noch nicht contragefodten hatte. Er erhielt denn auch gleich bei den ersten Stößen einen derartigen Stoß auf den Arm, daß er kampfunfähig wurde. Das geriet über den Tye nicht; er befahl dem Herrmann, weiterzustehen mit den Worten: „Nur drauf auf den Keil, dem frechen Menschen werde ich die Schneid schon ab-laden usw.“ Der Unteroffizier stieß auch zu, damit Unteroffizier aber nicht ausweichen könne, stellte sich Tye hinter ihn und hielt ihn am Schwanz fest. Der Mann erhielt mindestens 10 bis 12 blutunter-laufene Stellen an der Brust, auf dem Bauch und an den Armen. — Einige Zeit darauf fielen beim Festab-schlagen dem Unteroffizier die Hellsinns auseinander. Der Angeklagte ging auf ihn zu und stieß ihn mit beiden Fäusten auf die Brust und als der zurücktaumelte, bekam er noch einen Stoß in die Seite. Vor den Mannschaften wurde Unteroffizier fortgesetzt beschimpft, er drohte ihm wiederholt, daß er auf ihn seinen Daumen besonders drücken werde, er werde sorgen, daß er aus dem Arrest nicht mehr herauskomme usw. Unteroffizier beschwor sich nicht, weil er dachte, es werde dann noch schlimmer.

Der Angeklagte mißhandelte aber auch noch weitere sechs Infanteristen. Wenn er Deanhandlungen zu machen hatte, überlegte er die Leute, daß ihnen das Feuer vor den Augen herumschlag. Einem Manne, der die Aniebeuge nicht zur Zufriedenheit machte, gab er auf die Brust einen Stoß, daß dieser rückwärts zu Boden stürzte. Besonders roh behandelte er den Infanteristen Hoffmayer. Mit dem zusammengebrochenen Buch schlug er ihn mindestens 20mal ins Gesicht, daß Nase und Zähne bluteten. In mindestens zehn Fällen stieß er ihm mit der Faust unter das Kinn, so daß der Mann Zahnschmerzen bekam. Während des Kompagnie-sportierens äußerte Tye zu dem etwas schwer atmenden Soldaten, er lasse ihn laufen, bis er umfalle und fünfmal hebe er ihn auch so lange, bis er nicht mehr konnte. Beim Bajonettstechen erhielt der Mann eine Verletzung am Arm und der Arzt besetzte ihn vom

Dienst mit dem Gewehr. Gleich am anderen Tage befahl ihm der Angeklagte aber wieder, mit dem Gewehr auszurücken. Auf dem Exerzierplatz mußte Gollwitzer dann das Gewehr beiseite stellen und nun erklärte der Angeklagte: „Jetzt wirst Du solange herum-gelockt, bis Du wieder Gewehrgriffe machen kannst.“ Auch diese Drohung führte er aus und als der Infanterist einfach nicht mehr konnte und ein anderer Unteroffizier ihm sagte, er solle aufhören zu laufen, da meldete Tye den Mann dem Leutnant, weil er schlapp gewesen und dieser gab ihm auch noch eine Disziplinarstrafe. Dem Infanterist Scherer, der eines Tages die Gewehrgriffe nicht zur Zufriedenheit ausführte, nahm der Angeklagte das Gewehr erst aus der Hand, dann gab er es ihm wieder zurück und stieß ihm dabei den Gewehrfolben derart auf den Fuß, daß sich unter dem Nagel der großen Zehe Eiter bildete. Der Nagel mußte operativ entfernt werden. Scherer hatte natürlich große Schmerzen auszustehen. Als er sich zum Arzt gemeldet hatte, wollte ihn der Angeklagte zu falschen Angaben veranlassen, wie er auch dem Unteroffizier gegenüber gedroht hatte, dieser werde keine gute Stunde mehr haben, wenn er etwas sage. — Als die Mißhandlungen durch Zufall herauskamen, versprach Tye den Leuten in Zukunft das schönste Leben beim Militär, wenn sie nichts sagen. Einem nahm er sogar das Ehrenwort ab. — Einige Unter-offiziere befanden in der Verhandlung, daß der Angeklagte einen krankhaften Ehrgeiz besaß und nehrös sei.

Der Vertreter der Anklage hatte 11 Monate Gefängnis, Degradation und sofortige Verhaftung beantragt. Das Gericht erkannte lediglich auf 6 Monate Gefängnis.

Aus der Frauenbewegung.

Textilarbeiterinnenkonferenz in Berlin.

Der Gau Brandenburg (Berlin) veranstaltete am 12. Januar im Gewerkschaftshaus eine Arbeiterinnenkonferenz. Von den 24 Orten des Gau's waren 17 durch 46 Delegierte vertreten. Zweck der Konferenz war, den sich in der gewerkschaftlichen Agitationsarbeit unter den Arbeiterinnen bedauernden Mangel an geeigneten Gelegenheiten zu geben, ihre Erfahrungen auszutauschen und Agitationsmethoden zu erörtern und festzulegen. Die Kollegin Martha Tiesler vom Hausbrand war beauftragt worden, in den einzelnen Orten in Gemeinschaft mit den Verwaltungen die für die Mitarbeit in Frage kommenden Kolleginnen zusammenzubringen und sie zur regen Beteiligung an allen Organisationsarbeiten aufzufordern. Nach dem Bericht hatten solche Zusammenkünfte in 14 Orten stattgefunden, an denen sich insgesamt 135 Kolleginnen beteiligten. Die noch verbleibenden Orte sollen später besucht werden. Allgemein wurde gewünscht, diese Zusammenkünfte zu einer ständigen Einrichtung zu machen.

Die Diskussion, an der sich alle Delegierten beteiligten, gewährt Einblick in die furchtbare wirtschaftliche Not der Textilarbeiterinnen. Entwidnen sich doch die Unternehmer nicht, in einzelnen Orten erwachsene Arbeiterinnen bei voller Arbeitszeit mit Wochenlöhnen von 4, 5, 6 und 7 M. abzuspelsen! Daneben wurde über unerhörte Strafen, Vertriebsmißstände schlimmerer Art, Aufschlüssen der Bestimmungen zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiterinnen und über das Vortreiben der Unternehmer, die Arbeitskraft der Arbeiterinnen aufs äußerste auszunutzen, berichtet. Schanz gerügt wurde aber noch von allen Diskussionsabnehmern die leidige Manie vieler Arbeiterinnen, die Pausen durchzuarbeiten, unphänlich ihre Tätigkeit zu erhöhen und dann durch Überstunden ihre Löhne zu erhöhen. Die Diskussion war getragen von dem Willen aller, zur Besserung der bestehenden Verhältnisse beizutragen. Gewünscht wurde recht dringlich, die Ortsverwaltungen, die bisher in der Heranziehung der Arbeiterinnen zur Mitarbeit stumm waren, an ihre Pflichten zu erinnern. Den Kolleginnen wurde zur Pflicht gemacht, ganz energisch darauf zu bestehen, sich an allen Organisationsarbeiten beteiligen zu können. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurden die Delegierten als Ortsvertrauenspersonen bezeichnet, die in Verbindung mit dem Ortsvorstand arbeiten sollen. Nach einem kurzen Referat der Kollegin Martha Hoppe, die als Vertreterin des Zentralvorstandes der Konferenz betitelt wurde, über den Überstunden-umfang in der Textilindustrie und die Notwendigkeit der gänzlichen Beseitigung der Überstunden für Arbeiterinnen wurde die Veranstaltung geschlossen.

Der überaus anregende Verlauf dieser Konferenz zeigte, daß die Arbeiterinnen nicht nur willens, sondern auch fähig sind, für ihre eigene Sache einzutreten und damit zugleich der Gesamtheit zu dienen, wenn man sie zur Mitarbeit heranzieht. Seit 1910, in welchem Jahre die ersten Konferenzen stattfanden, ein bemerkenswerter Fortschritt, der auch von denen anerkannt werden mußte, die der Notwendigkeit der Vertiefung der Arbeiterinnen noch zweifelnd gegenüberstanden.

Befehende.

Montag, den 20. Januar, 8 1/2 Uhr, bei Heilmann, Florastr. 2. Vortrag der Genossin Marie Juchacz über Frauenrechte und Frauenpflichten.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		seit	
	16. 1.	15. 1.	18. 1.	15. 1.
Weser, Mühl	200 ⁰	-12	100	0
Ucker, Ankerburg	25 ⁰	+1	78	-
Weser, Elbhorn	97 ⁰	-7	40 ⁰	-35
Oder, Rasthor	101 ⁰	-9	58	0
• Krollen	148	-12	107 ⁰	+5
• Frankfort	151 ⁰	-15	180 ⁰	-3
Saale, Schramm	25 ⁰	+14	280 ⁰	-0
• Landsberg	45 ⁰	-15	384	-8
Rega, Borsdamm	92 ⁰	+13	176	-5
Elbe, Lelmberg	-35	-12	223	+24
• Dresden	-138 ⁰	-8	80	-5
• Barby	13 ⁰	-14	160	-1
• Magdeburg	100 ⁰	-20	158	-5

0) + bedeutet Hoch, - Fall. - 1) Untersee. - 2) Meeres- 3) oberhalb der Stadt Meßland. - 4) Treibeis. - 5) Grundelotstiefen.

Nach allgemeinem Urteil

sind MAGGI's Suppen die besten!
 Allein echt mit dem Namen MAGGI u. der Schutzmarke „Kreuzstern“.

Abgeordnetenhaus.

113. Sitzung. Freitag, den 17. Januar 1913, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerische: v. Breitenbach.

Ausnutzung der Wasserkraft im Quellgebiet der Weser.

Das Gesetz bestimmt für den angegebenen Zweck 5 Millionen Mark und für die Zeit nach dem Ausbau der Wasserkraft bei Münden weitere vier Millionen Mark und regelt die Wasserhältnisse im Interesse der Weserschifffahrt, soweit sie durch die Speisung des Rhein-Hannover-Kanals bedroht sind.

Eisenbahnminister v. Breitenbach erklärt die Verpachtung der Wasserkraft an einen Privatunternehmer für nicht zweckmäßig, da ein solcher nicht die nötige Rücksicht auf die Schifffahrtbedürfnisse und den Hochwasserstand nehmen würde.

Abg. v. Gehren (L.) erklärt in dem Gesetz wirklich praktische Mittelstandspolitik, auch die Abgg. Dr. Schröder-Kassel (natl.), Klose (Z.) und Dr. v. Woyne (fl.) sprechen sich für das Gesetz aus.

Abg. Reinert (Soz.)

geht auf die beabsichtigte Preisfestsetzung der vom Staat gelieferten Elektrizität ein. Wenn wirklich der Strompreis für den Verbrauch in den Städten auf 15 Pf. festgelegt werden soll, so wird die Verwendung gar nicht sehr vorteilhaft sein.

Die Privatindustrie muß, wenn der Staat Elektrizität liefern will, ausgeschlossen werden. Ein Konkurrenzunternehmen gegenüber dem Staat wird vernünftigerweise unzulässig sein.

Wir stehen im allgemeinen dieser Vorlage sehr sympathisch gegenüber, betrachten sie geradezu als eine Kulturvorgabe und möchten die Staatsregierung bei diesem Vorhaben ermuntern. An sehr vielen Stellen könnten die zum Hochwasserstand und zur Regelung der Vorflut erbauten Talsperren für Kraftlieferung vom Staate ausgenutzt werden.

Abg. Eichhoff (Sp.): Die Großabnehmer für Strom dürfen nicht schlechter gestellt werden als die Kleinabnehmer. Die finanzielle Seite muß noch gründlich geprüft werden.

Die Abgg. v. Wappenheim (L.), Heine (natl.) und Dr. Bredt (fl.) besprechen die Interessen der Städte Kassel, Göttingen und des Kreises Harburg an der Vorlage, wobei Abg. v. Wappenheim sich gegen ein zu weit gehendes Entgegenkommen an Kassel wendet.

Geheimrat Dr. Sympher äußert sich über Einzelheiten. Die Vorlage geht an die Kommission zur Vorbereitung der elektrischen Zugförderung auf der Berliner Stadt- und Ringbahn.

Das Moorflutgesetz.

dessen zweite Lesung nun folgt, enthält in der Hauptsache Bestimmungen für den Abbau der Torfmoore der Provinz Hannover, um die spätere landwirtschaftliche Annutzung der Moore und Dehländerereien zu ermöglichen.

Abg. v. Wappenheim (L.) bemerkt, daß die Auslegung jetzt vor Schluß des Landtages einem Begründnis gleichkommen würde. Die Auslegung wird abgelehnt.

Abg. v. Wappenheim (L.) begrüßt das Gesetz, das dem Raubbau ein Ende machen werde.

Abg. Meyer-Diepholz (Nat.) erblidet in dem Gesetz einen starken Eingriff in die Rechte der Besitzer und würde Prämienvergütung für richtigen Moorabbau vorziehen.

Abg. Klose (Z.) begründet einen Antrag, im § 1 zu bestimmen, daß auch die Interessen der Beteiligten abzuwägen sind.

Abg. Kleine (Freikons.) wendet sich gegen die Anträge. Die Moorflächen müssen für die innere Kolonisation gesichert werden.

Landwirtschaftsminister Dr. Fehr von Schorlemer erklärt den Antrag Klose für überflüssig und lehnt den Antrag Meyer-Diepholz ab, weil sich manche Moore über mehrere Kreise erstrecken, also nicht ein Kreisabschluss zuständig sein kann.

Abg. Welsch (Sp.) billigt die Absicht des Gesetzes, sagt ihm aber nach, daß es die reichsgesetzlichen Bestimmungen über das Privateigentum auslösche.

Landwirtschaftsminister Dr. Fehr von Schorlemer: Von den 300 000 Hektar hannoverscher Moore- und Dehländer besitzt der Staat nur 18 000! Das Gesetz soll der Moorverwüstung durch Private vorbeugen.

Das Privateigentum wird nicht beschlagnahmt, es soll nur seine Benützung im Interesse des Gemeinwohls gesichert werden. Entschädigungspflicht für die Beschränkungen würde das Gesetz für die Staatsregierung unannehmbar machen.

Abg. Reinert (Soz.):

Das Ziel des Gesetzes ist durchaus vernünftig. Wer durch die Moore Hannover gewandert ist, wird oft bemerkt haben, daß der Abbau mit dem Gemeinwohl absolut unvereinbar ist. Die Verwüstung des Bodens an Grund und Boden muß ausgeschlossen werden.

Wer durch die Moore Hannover gewandert ist, wird oft bemerkt haben, daß der Abbau mit dem Gemeinwohl absolut unvereinbar ist. Die Verwüstung des Bodens an Grund und Boden muß ausgeschlossen werden. Wenn jemand Grund und Boden derartig bewirtschaftet, daß er das Gesamtergebnis außerordentlich schädigt, dann ist es berechtigt, ihn daran zu hindern.

Derartige Gesetzentwürfe sind im allgemeinen von großem Nutzen. Wenn aber im letzten Abjah der Staatsregierung das Recht eingeräumt wird, nach Anhörung des Provinziallandtages dieses Gesetz auch auf andere Provinzen auszudehnen, so stimmen wir dem nicht zu.

Abg. Weiser (L.) bezeichnet die Leinert'schen Ausführungen als außerordentlich zutreffend. (Weiterkeit bei den Liberalen.)

Damit ist die allgemeine Beiprägung erledigt, der Antrag Klose wird angenommen, der Antrag Meyer-Diepholz abgelehnt und § 1 angenommen.

Abg. Dr. Iderhoff (fl.) begründet zu § 2, der die Ausnahmen anführt, bei denen es einer Genehmigung zur Torfgewinnung nicht bedarf, einen Antrag aller bürgerlichen Parteien, wonach bei Gewinnung zum eigenen Bedarf des Besitzers oder Pächters Genehmigung unumgänglich ist, sowie dann, wenn die Torfgewinnung mit nicht mehr als 6 Personen (ursprüngliche Fassung: 2) und nicht mit Maschinen betrieben wird.

Abg. Dr. Martens-Osterholz (Nat.) begründet den Entschädigungsantrag und polemisiert gegen den Abgeordneten Leinert mit dem Hinweis darauf, daß in seinem Wahlkreis die Sozialdemokraten, die die bürgerlichen Parteien angreifen, auf den Ruf: „Ru aber raus!“ hinausgegriffen werden. (Weiterkeit.)

Zum Antrag Iderhoff sprechen noch mehrere Redner.

Abg. Reinert (Soz.):

Der Antrag Iderhoff würde große Flächen der Genehmigungspflicht entziehen. Wenn wir den kleinen Leuten die Kosten des Verschaffens abnehmen wollten, würde der vorgeschlagene Weg nur dazu geeignet sein, wenn es sicher wäre, daß die Polizeiverordnung nach demselben Grundsatz erlassen würde, nach denen der Bezirksausschuss entscheidet.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Iderhoff gegen die Sozialdemokraten, die nur für den Absatz 2 stimmen, angenommen.

Der nationalliberale Entschädigungsantrag wird gegen die Liberalen abgelehnt.

Nach Erledigung einiger Petitionen ohne Debatte verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. Nachtragsetz für die Eisenbahnen und des Unterstützungsfonds, Weiterberatung des Moorflutgesetzes, Sozialdemokratischer Antrag über Schulaufsicht. Schluß 5 Uhr.

Erster Verbandstag des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes.

Nachdem wir über die Frage der Lohnbewegung telegraphisch berichtet haben, tragen wir heute die übrigen Verhandlungen, nach Zweiter Verhandlungstag.

Jena, 14. Januar.

Zu der heutigen Abend Sitzung führte Winnig-Hamburg noch aus: Nach der heißen Aussprache über die Streitigkeiten zwischen Vorstand und Ausschuss bezog Bauvorsitzenden wird man der Meinung sein können, daß ich eigentlich der sei, der mit seinen Vorträgen über eine neue Orientierung unserer Lohnpolitik den Streit verurteilt habe.

Zu dem Vortrage, Oktober 1911, behandelte ich die Gegensätze zwischen „Zimmerer“ und „Grundstein“ bzw. meinem Wunde „Der große Kampf“. Man billigte meinen Standpunkt. Dann untersuchte ich, ob für uns die Notwendigkeit gegeben sei, einen Extrabeitrag auszusprechen.

Ausschussvorsitzender Daehne-Berlin betonte, daß frühere Verhältnis des Ausschusses zu dem Verbandsvorstand sei nicht, wie Paepelow ausführte von dem heutigen Verhältnis nur durch den lebhafteren persönlichen Verkehr zwischen Bismarck und dem Ausschuss unterschieden.

Bei der Abstimmung wurde ein Antrag, der die alten Rechte der Ehrenmitglieder aufrechtzuerhalten will, dem Vorstand überwiesen. Der Antrag Frankfurt a. M., eine fachtechnische Beilage herauszugeben, wurde abgelehnt, ein Antrag, der einen früheren Redaktionschluß verlangt, dem Vorstand überwiesen.

Bei der Abstimmung wurde ein Antrag, der die alten Rechte der Ehrenmitglieder aufrechtzuerhalten will, dem Vorstand überwiesen. Der Antrag Frankfurt a. M., eine fachtechnische Beilage herauszugeben, wurde abgelehnt, ein Antrag, der einen früheren Redaktionschluß verlangt, dem Vorstand überwiesen.

Dritter Verhandlungstag.

Jena, 15. Januar.

Das erste einleitende Referat zur Statutenberatung

hielt Paepelow-Hamburg, der die Abänderungsvorschläge des Vorstandes ausführlich begründete. Einige Punkte, meinte Redner, dürften zu heftigen Auseinandersetzungen führen, ein Vorspiel hierfür sei in den Versammlungen und Konferenzen gegeben worden. Auf besonderen Widerspruch wäre der Vorschlag über die Reueinrichtung der Gauvorstände gestrichen.

Der Vorstand soll von 11 auf 13 Mitglieder erweitert werden. Silberstein und der Vorsteher des literarischen Bureau werden als neue Vorstandsmitglieder vom Vorstand in Vorschlag gebracht.

Ein weiterer wichtiger Vorschlag des Vorstandes ist die Einsetzung eines Beirats. Dieser soll aus dem Vorsitzenden des Verbandsausschusses und aus Kollegen, die der Verbandstag aus der Zahl der Bezirkssekretäre wählt, bestehen.

Die Beschlüsse der gemeinsamen Vorstands- und Beiratskörperschaft zu c und f bedürfen zu ihrer Durchführung der Dreiviertelmehrheit der Anwesenden. In allen anderen entscheidet einfache Majorität.

Zu dem Vortrage, Oktober 1911, behandelte ich die Gegensätze zwischen „Zimmerer“ und „Grundstein“ bzw. meinem Wunde „Der große Kampf“. Man billigte meinen Standpunkt. Dann untersuchte ich, ob für uns die Notwendigkeit gegeben sei, einen Extrabeitrag auszusprechen.

Zu dem Vortrage, Oktober 1911, behandelte ich die Gegensätze zwischen „Zimmerer“ und „Grundstein“ bzw. meinem Wunde „Der große Kampf“. Man billigte meinen Standpunkt. Dann untersuchte ich, ob für uns die Notwendigkeit gegeben sei, einen Extrabeitrag auszusprechen.

Zu dem Vortrage, Oktober 1911, behandelte ich die Gegensätze zwischen „Zimmerer“ und „Grundstein“ bzw. meinem Wunde „Der große Kampf“. Man billigte meinen Standpunkt. Dann untersuchte ich, ob für uns die Notwendigkeit gegeben sei, einen Extrabeitrag auszusprechen.

Zu dem Vortrage, Oktober 1911, behandelte ich die Gegensätze zwischen „Zimmerer“ und „Grundstein“ bzw. meinem Wunde „Der große Kampf“. Man billigte meinen Standpunkt. Dann untersuchte ich, ob für uns die Notwendigkeit gegeben sei, einen Extrabeitrag auszusprechen.

Zu dem Vortrage, Oktober 1911, behandelte ich die Gegensätze zwischen „Zimmerer“ und „Grundstein“ bzw. meinem Wunde „Der große Kampf“. Man billigte meinen Standpunkt. Dann untersuchte ich, ob für uns die Notwendigkeit gegeben sei, einen Extrabeitrag auszusprechen.

Zu dem Vortrage, Oktober 1911, behandelte ich die Gegensätze zwischen „Zimmerer“ und „Grundstein“ bzw. meinem Wunde „Der große Kampf“. Man billigte meinen Standpunkt. Dann untersuchte ich, ob für uns die Notwendigkeit gegeben sei, einen Extrabeitrag auszusprechen.

Zu dem Vortrage, Oktober 1911, behandelte ich die Gegensätze zwischen „Zimmerer“ und „Grundstein“ bzw. meinem Wunde „Der große Kampf“. Man billigte meinen Standpunkt. Dann untersuchte ich, ob für uns die Notwendigkeit gegeben sei, einen Extrabeitrag auszusprechen.

Zu dem Vortrage, Oktober 1911, behandelte ich die Gegensätze zwischen „Zimmerer“ und „Grundstein“ bzw. meinem Wunde „Der große Kampf“. Man billigte meinen Standpunkt. Dann untersuchte ich, ob für uns die Notwendigkeit gegeben sei, einen Extrabeitrag auszusprechen.

Zu dem Vortrage, Oktober 1911, behandelte ich die Gegensätze zwischen „Zimmerer“ und „Grundstein“ bzw. meinem Wunde „Der große Kampf“. Man billigte meinen Standpunkt. Dann untersuchte ich, ob für uns die Notwendigkeit gegeben sei, einen Extrabeitrag auszusprechen.

Aufwendung von 3/4 Millionen Mark für diesen Unterstützungs- zweig zur Folge habe, während für die vorgeschlagenen 10 Monate nur eine Ausgabe von circa 1/2 Millionen Mark veranschlagt seien. Daß die Mitglieder schon ab 1. März die erhöhten Beiträge bezahlen sollen, ist ein weiterer großer Stein des Anstoßes. Vorgeschiedene wurde, die Statutenberatsammission solle einen Gegenentwurf ausarbeiten, der einer späteren Verbandstag zur Entscheidung vorgelegt werden soll. Auch die Vornahme einer Ur- abstimmung wurde verlangt. Für die Einführung der Arbeits- losenunterstützung traten nur wenige der zahlreichen Redner ein.

Nachdem 21 Delegationen gesprochen hatten, wurde mit geringer Mehrheit ein Schlußantrag angenommen. 47 Redner, die noch einzigermaßen waren, kommen nicht mehr zum Wort.

Im Schlußwort ging Winnig auf die Ausführungen der Diskussionsredner des näheren ein. Er betonte, es habe niemand versucht, nachzuweisen, inwiefern die gegenwärtige Stellung des Verbandes in der Lohnbewegung durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beeinträchtigt wird. Der Haupteinwand sei, daß man die Beitragserhöhung nicht schon in wenigen Wochen, am 1. März, in Kraft treten lassen könne. Aber gerade dieser Zeitpunkt sei der günstigste. Er könne sich keinen Bauarbeiter denken, der in dieser Stunde der Gefahr den Verband verlassen würde. Zwei Möglichkeiten seien gegeben, wie der Verbandstag im Interesse der Arbeitslosenunterstützung entscheiden könne: 1. daß er die Einführung mit der Maßnahme beschließt, daß die nötige Beitragserhöhung am 1. März dieses Jahres in Kraft tritt, 2. daß er die Entscheidung über die Vorlage bis zu dem Verbandstag ver- zögert, der nach der Bewegung stattfindet. Redner bittet, im Sinne der ersten Entscheidung zu beschließen.

Beschlossen wurde, das Referat Winnigs in Broschürenform herauszugeben.

Jena, 16. Januar.

Der

vierte Verhandlungstag

Begint mit der Abstimmung über die Arbeitslosenunterstützung. Mit großer Mehrheit lehnte der Verbandstag ab, die Vorstands- vorlage an eine Kommission zu überweisen. In namentlicher Ab- stimmung erklärte sich dann der Verbandstag mit 301 gegen 97 Stimmen im Prinzip für die Einführung der Arbeitslosenunter- stützung. Mit großer Mehrheit stimmte nunmehr der Verbandstag einem Antrage Berlin zu, daß nach Abschluß der Lohnbewegung ein außerordentlicher Verbandstag endgültig über die Form und den Inhalt einer diesbezüglichen Vorlage entscheiden und das Datum des Inkrafttretens der Zahlung der höheren Beiträge, sowie auch den Beginn der Auszahlung der Unterstützung bestimmt.

Darauf begann die

Generaldebatte zum Statut,

die Baeplow mit der Bitte einleitete, trotz Ablehnung der Vor- lage für die Arbeitslosenunterstützung den Teil der Vorlage, der die Revision der Statuten betrifft, sofort in Kraft treten zu lassen. Die bisherigen Bestimmungen für die Revision der Statuten seien sehr verbesserungsbedürftig. (Zustimmung.) Baeplow er- suchte ferner, unabhängig von der Arbeitslosenunterstützung, die vom Vorstand vorgeschlagene Klassifizierung der Beiträge vorzu- nehmen, da dies eine Notwendigkeit sei. Gleich nach Beginn der Debatte lief ein Antrag ein, die Beratung des Statuts mit den beantragten Änderungen zurückzustellen bis zur Erledigung der Arbeitslosenunterstützung und bis dahin das jetzige Statut in Kraft zu lassen. Mit großer Mehrheit lehnte jedoch der Verbandstag diesen Antrag ab. Die weitere Debatte war sehr ausgedehnt, sie füllte noch einen guten Teil der Nachmittagsstunde aus. Da kamen alle die großen und kleinen Wünsche der Mitglieder für eine Aenderung der Statuten zum Ausdruck. Bei den Debatten gab es auch — was ja ersichtlich ist — Nachklänge der Differenzen zwischen dem Vorstand und der Mehrheit der Gauvorsitzenden. Besonders die vorgeschlagene Neuordnung der Gauorganisation rief die Gauleiter und auch andere Redner auf den Plan, um ihren gegenwärtigen Standpunkt mit Schärfe zu präzisieren. Es liegt nicht das geringste Bedürfnis vor, eine Aenderung der bisherigen Bestimmungen, die sich bewährt hätten, vorzunehmen. Daß die Aufstellung der Gauleiter künftig nicht mehr auf den Bezirks- konferenzen, sondern durch den Vorstand, nach Anhörung des Bezirksrats, geschehen soll, rief ebenfalls heftigen Widerspruch hervor. Die Redner fürchteten dann eine gewisse Abhängigkeit der Gauleiter vom Vorstand, die vermieden werden müsse. Die Gauleiter würden dann auch, wurde betont, draußen im Lande auf gewisse Schwierigkeiten stoßen. — Die vorgeschlagene Einsetzung eines Sekretärs fand fast allgemein Zustimmung, wenn auch nicht allseitig eine freudige. Verlangt wurde, daß der Sekretär sich nicht nur aus Gauleitern, sondern auch aus Kollegen, die noch im Verste sind, zusammensetzt.

Durch Schlußantrag wurde die Debatte beendet. In die Redezeit waren noch 40 Delegationen eingezogen. Die Vor- standsvorlage und sämtliche Anträge hierzu wurden einer Züg- ligen Kommission überwiesen.

Den Bericht der Kommission, die die Differenzen Vorstand kontra Ausschuß und Gauvorsitzenden untersuchte, gab nun Thabor-Köln. Er verlas folgende Erklärung:

Die bei den Streitfragen in erster Linie hervorgetretenen Kollegen Baeplow, Silbermann und Dachne geben für ihre Person die Erklärung ab, daß keiner von ihnen die Absicht ge- habt hat, durch seine Maßnahmen den anderen zu verletzen. Baeplow und Dachne erklären zugleich für den Verbandsvor- stand und den Verbandsausschuß, daß keine dieser Körperschaften die Absicht gehabt hat, durch ihre Maßnahmen Gegenseite herauf- zubekommen, wie sie scheinbar auf dem Verbandstage hervor- getreten sind.

Die drei genannten Kollegen erklärten ferner, daß sie kein Interesse daran haben, feststellen zu lassen, zu welcher Zeit und bei welcher Frage ein Schatten von Entfremdung auf die Ver- handlungen des Ausschusses bzw. der Gauvorsitzenden mit dem Verbandsvorstand gefallen ist. Alle drei Kollegen erklären, daß es ein Komplex von Fragen war und daß Meinungsverschieden- heiten über den Anfang der Mißbilligung berechtigt sind.

Mit diesen Erklärungen betrachteten die Kollegen Baeplow, Silbermann und Dachne die auf dem Verbandstage voraus- gesagten Erklärungen und scharfen Redewendungen für er- ledigt.

Fritz Baeplow, A. Dachne, G. Silbermann. Der Berichtsteller betont hierzu, die Kommission betrachte dadurch die Angelegenheit als erledigt; sie spreche den dringenden Wunsch aus, daß nunmehr alle Bitternisse ausgelöst sind und nun alle Kollegen wieder einmütig im Interesse des Verbandes zusammenarbeiten. (Lebhafter Beifall.)

Der Verbandstag erklärt damit diese Angelegenheit als er- ledigt.

Zur Beratung steht nun der Punkt Lohnbewegung 1913. Wir haben darüber bereits telegraphisch berichtet.

Außerordentliche Internationale Bauarbeiterkonferenz.

Jena, 15. Januar.

Die zweite Sitzung der Konferenz tagte erst heute abend, da gestern die Tagung des Bauarbeiterverbandes die Teilnehmer zu lange zusammenhielt. Zu Beginn der Sitzung wurde zur Sprache gebracht, daß in Dänemark für die Aufnahme in den Verband immer noch die Vorlage eines Lehrbriefes verlangt wird, was von den bisherigen internationalen Konferenzen bekämpft worden sei. Der dänische Delegierte erklärte hierzu, daß sein Vorstand dafür wirken wolle, daß diese Bestimmung auf dem nächsten Ver- bandstag ihrer Organisation zur Aufhebung kommt.

Zur Beratung gelangten dann mehrere Anregungen der Föderation der Bauarbeiter Frankreichs. In der ersten wird zunächst dargelegt, wie das gesamte Unternehmertum im Baugewerbe sich immer mehr zusammenschließt, mächtige Zentralverbände gründet und auch eine Internationale der Bauunternehmer schaffen. Es sei daher notwendig, daß auch das Proletariat so bald wie möglich im Stande sei, der Unternehmerorganisation die feste Macht, eine einheitliche internationale Industrieorganisation gegenüberzu- stellen. Augenblicklich seien die Arbeiter des Baugewerbes in ver- schiedene internationale Sekretariate: Bauarbeiter, Zimmerer, Pfisterer, Maler und Steinarbeiter gespalten. Nach der Meinung der französischen Kollegen würde es aber viel zweckmäßiger sein, wenn die fünf Organisationen sich in einem einzigen interna- tionalen Industriesekretariat vereinen könnten. Die Existenz- und Kampfmittel des internationalen Sekretariats würden dann viel reichhaltiger sein und es könnte dadurch allen weit größere Dienste leisten. Auch in den einzelnen Ländern sollten sich diese Organisationen langsam zu großen Industrieverbänden ver- schmelzen. Dann würde jene Zersplitterung der Arbeiterkräfte aufhören, die den Klasseninteressen der Bauarbeiter verhängnis- voll sei.

In der Erörterung dieses Vorschlages erklärten einzelne Dele- gierte, in diesem Sinne in ihrem Lande wirken zu wollen. Vor- sitzender Baeplow sagte als Ergebnis zusammen, daß die Konfe- renz den dringenden Wunsch ausdrückt, daß die Zersplitterung be- seitigt wird, und die einzelnen Organisationen in ihren Ländern mehr als bisher für den Zusammenschluß der einzelnen Verbände zu einer großen Bauarbeiterorganisation wirken. Das interna- tionale Sekretariat wurde beauftragt, den Vorschlag der franzö- sischen und die Ansicht der Konferenz sämtlichen angeschlossenen Organisationen zu unterbreiten. Auf dem nächstjährigen ordent- lichen Kongress soll dann die Frage erneut behandelt werden.

Ein weiterer Antrag der Franzosen geht dahin, eine interna- tionale Gewerkschaftsmarke einzuführen, wodurch sich kon- trollieren ließe, ob eine Organisation, mit der man korrespon- diert, auf dem Boden des Klassenkampfes steht, ferner, ob ein- reisender Fachgenosse einer der angeschlossenen Gewerkschaften angehört.

In der Debatte bedauerte Quangelino, Italien, daß Frankreich noch keine internationalen Mitgliedsbücher, die den gleichen Zweck haben, eingeführt hat. Die Farbe der Gewerkschafts- Marke müßte wohl jedes Jahr geändert werden; nur so könnte man es verhindern, daß italienische falschliche Seiten, die sich dem Zentralverband anschließen, im Ausland anerkannt werden.

Die Konferenz ist der Ansicht, daß heute über die Einführung der Marke noch kein Beschluß gefaßt wird, die einzelnen Organi- sationen sollen sich zunächst einmal mit dieser Frage beschäftigen.

Der letzte Antrag von Frankreich will, daß die internationalen Konferenzen mehr zu größeren Kongressen ausgebaut werden, an denen nicht nur Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen teilnehmen. Die jetzigen Konferenzen seien mehr administrativer Art, es könnten bei ihnen die verschiedenen Tendenzen in der Ge- werkschaftsbewegung nicht zum Ausdruck gebracht werden. Wirk- liche Gewerkschaftskongresse würden aber die Genossen der ver- schiedenen Länder leicht mit einander in Verbindung bringen und so einen Vergleich der verschiedenen Methoden und Taktik er- möglichen, und zur Entwicklung der internationalen Arbeiterfort- bildung, somit zur Beseitigung des Mißtrauens, bedeutend bei- tragen.

Vorsitzender Baeplow-Deutschland erklärte hierauf im Einverständnis der Delegierten, die Konferenz könne nur den Wunsch ausdrücken, daß die französischen Kollegen die interna- tionalen Arbeiterkongresse besuchen. — Es wurde be- schlossen, auf der nächsten ordentlichen Konferenz diese Frage weiter zu beraten.

Als internationaler Sekretär wurde Baeplow gewählt. Er provisorisch bis zur nächsten ordentlichen Konferenz die Geschäfte des internationalen Sekretariats führen soll. Sollte Baeplow durch event. Veränderung seiner Stellung im Bauarbeiterverbande hierzu nicht mehr in der Lage sein, sollte der Vorstand des deutschen Bauarbeiterverbandes den Organisationen davon Kenntnis geben und einen anderen Kollegen in Vorschlag bringen.

Damit waren die Arbeiten der Konferenz beendet.

Zur Erklärung des Vorstandes der württembergischen Landtagsfraktion

Schreibt die „Schwäbische Tagwacht“:

Die ausführliche zweite Rechtfertigung des Vorstandes unserer Landtagsfraktion — die wir gestern veröffentlichten und die besser überschrieben wäre: *Halten den Döckel* — weicht unseren grund- sätzlichen Bestrebungen in weitem Bogen ab. Statt grundsätz- lich zu beweisen, zählt sie in der Art getadelter Bachfische auf, wie man's früher machte und wie's andere machten. Vergleiche sind keine Beweise! Man müßte sich gedünkt, weil wir, statt zu streichen, klar und deutlich unsere Meinung sagten. Das ist die Art schuldbelegter Delinquenten, das Mittel eines hohen Gerichtshofes, in diesem Falle der Parteigenossenchaft, anzurufen. Geradezu verwerflich sind die Versuche des Vorstandes der Land- tagsfraktion, jeden grundsätzlichen Kampf auf das Niveau des persönlichen Gefäßigen herabzuziehen. Mögen sich andere auf diesem Boden zu Hause und wohl fühlen, wir folgen ihnen nicht! Wir bitten die Genossen, unsere Ausführungen mit denen des Vorstandes der Landtagsfraktion in bezug auf Ton und Inhalt zu vergleichen und selber sich ein Urteil zu bilden, wer persönlich beschimpft und wer sachlich angeht.

In seiner ersten Erklärung warf der Vorstand der Landtags- fraktion uns „totale Unkenntnis der württembergischen Verfassung“ vor. In seiner zweiten Erklärung verächtet der Vorstand der Fraktion darauf, die Haltung der Fraktion verfassungsrechtlich zu verdeutlichen. Er hat sich inzwischen wohl selbst überzeugt, daß die „totale Unkenntnis der Verfassung“ nicht bei der Redaktion vorhanden war.

Die Rechte, die der Sozialdemokratie im Landtage zustehen, sind nicht von der Laune irgendwelcher bürgerlichen Parteien ab- hängig, die man deshalb durch Verzicht auf wirkungsvollen Protest gegen die Monarchie, freundlich erhalten mußte. Eine „akustische Lüge“ halten wir nicht für wirkungsvoll. Diese Rechte sind in der Verfassung festgelegt, und das Maß ihrer Ausübung hängt davon ab, welche Macht draußen im Lande hinter den Parteien im Landtage steht!

Es ist nicht mannhafte vom Vorstand der Fraktion, sich hinter dem alten, verdorbenen Parteigenossen Lauscher zu verstecken und es so darzustellen, als ob wir den Genossen Lauscher persö- nlich angehen. Wir sind die letzten, die die Verdienste aller Parteigenossen betreiben wollen. Wir greifen die Mehrheit unserer Landtagsfraktion als Gesamtheit an, und niemand sonst. Was also soll der fortwährende Hinweis auf den Genossen Lauscher? Will der Vorstand der Fraktion etwa behaupten, daß die Fraktionsmehr- heit auf das Eintagsfliegenamt eines Alterspräsidenten deshalb An- spruch erhoben hat, um den Genossen Lauscher eine Freude zu machen? Wir schämen den Genossen Lauscher und die Fraktion erster ein.

Der Vorstand der Fraktion meint: „Wie kann eine Parliamen- tarisierung wirksam arbeiten, wenn sie bei den wichtigsten Anlässen durch dazwischenfallende Gegner in den eigenen Reihen gezwungen wird, ihre tatsächlichen Beweggründe bis in die kleinsten Einzelheiten der gesamten Öffentlichkeit zu unterbreiten?“ Kein Mensch verlangt, daß „kleinste Einzelheiten“ aus dem parlamentarischen Alltagsleben ausgeklammert werden sollen. Im übrigen gibt es für die Sozial- demokratie keine parlamentarisch-diplomatische Geheimniskammer. Unsere Forderung ist: offene Karten, offenes Spiel!

Sachlich ist die Behauptung, daß nur auf die „armen württem- bergischen Hoffgänger“ eingegangen wird. Vor wenigen Tagen erst

haben wir in der „Tagwacht“ berichtet, daß auch die höchsten Seiten- stünge sachlicher und bauerlicher Parteigenossen beurteilt wurden. Auch Reichstagsabgeordnete — Landsberg — sind nicht geschont worden.

Und wie sieht es mit dem Gerede vom „gesellschaftlichen Takt“? Takt ist gut, Charakter aber ist besser! Auf dem Parteitag im Salon mag es üblich sein, sich innerlich zu haßen, zu verachten und trotzdem äußerlich eine glatte, süß-lächelnde Larve zur Schau zu tragen. In der Politik gilt: Den Feinden des Volkes die Faust! Man sollte endlich begreifen, daß wir nicht gegen Personen, sondern gegen Systeme kämpfen. Will man schon tollwoll sein, dann sei man es den Parteifreunden gegenüber.

Es wird versucht, die Haltung unserer Fraktion bei der Er- öffnung des Landtages als unwichtig und nebensächlich hinzustellen. Wir „schleichen mit Kanonen nach Spahn“. Damit glaubt man auf Kreuze Eindrücke zu machen, die den brennenden Parteifragen gleichgültiger gegenüberstehen. Hier handelt es sich aber um wichtige grundsätzliche Fragen über unsere Stellung zur Monarchie. Auch die Tatsache, daß deutsche Parteitage sich wiederholt mit diesen Fragen beschäftigt haben, läßt ihre Bedeu- tung erkennen. Dazu kommt, daß es sich in Württemberg um eine Kette fortwährender Verträge gegen die Par- teitagsbeschlüsse handelt. Das bestätigt ja übrigens der Vorstand der Fraktion in seinen Erklärungen. Daß die „Tag- wacht“ 1907 und 1911 die Haltung der Fraktion nicht beurteilt hat, lag daran, daß ein Landtagsabgeordneter Chefredakteur der „Tagwacht“ war. Daß dieser nicht als Redakteur beurteilt wird, was er als Abgeordneter getan hat, ist doch klar.

Der Vorstand der Fraktion sagt: „Die „Tagwacht“ lieh es damals (Februar 1907) an einer — in den Grenzen der gefunden Vernunft sich haltenden — Verpötlung des bei der Eröffnung des Landtages angewendeten Zeremoniells nicht fehlen.“

Die unter der Chefredaktion des Genossen Keil erfolgte, „in den Grenzen der gefunden Vernunft sich haltenden Verpötlungen des Zeremoniells“ dünkt uns noch etwas stärker zu sein als die Kritik, die wir an dem Alibim übten. Die Parteigenossen mögen selber urteilen. Damals schrieb die „Tagwacht“:

Die große Vorstellung im Halbmondsaal.

1/11 Uhr vormittags. Vor dem Landtagsgebäude und in den angrenzenden Straßen harri eine dicke Menge Reugieriger der Dinge, die da kommen sollen. Schumanner bemühen sich eifrig und mit Würde, die Zufahrt und den teppichbelegten Hauptein- gang zum Landtagsgebäude frei zu halten. Zwei biedere Stutt- garter Stadthausknechte in altentümlicher Phantasieuniform, an würdevoller Hoheit die Schutzeute noch überbietend, schmüden das Eingangstor und helfen dem Portier fleißig, nichts zu tun.

Die Gallerie des Halbmondsaals ist von Zuschauern dicht besetzt. Ehrfürchtigen Blicks mustern sie den Thron unten im Saal, dem der Präsidentenstuhl hat weichen müssen. Das Kabe- lstück steht übrigens ziemlich plump aus. Ob sich dequom darauf sitzen läßt, kann ich nicht beurteilen.

1/11 Uhr. Der Halbmondsaal beginnt sich zu füllen. Zuerst ein paar Abgeordnete der Zweiten Kammer, in den Bratenstrad eingewängt, mit mehr oder weniger stiboller weicher Kravatte geschmückt, weißbaumwollene Handschuhe an den Händen. Der grumme Bauernbundsführer Dr. Wolff rennt die Bankreihen auf und ab. Er sucht seinen Sitz. Die Menge auf der Gallerie schaut andächtig zu. Kaltheseritter in weißen Hosen mit brandstemm- faden solieren umher. Die Minister betreten den Saal, an der Seite Ministerpräsident v. Weizsäcker mit dem pfiffig glattrasierten Vollmondgesicht, zuletzt der neue Justizminister v. Schmidlin, alle in goldstrophender Uniform, das Säbelschwert an der Seite. Erzengel v. Marchtaler, der Kriegsminister, paradiert in Generals- uniform und Lohstiefeln. Von den Herren der Ersten Kammer sind wohl die meisten in Uniform erschienen, hant wie Pfeffer- fuchsenmännchen anzusehen. Würdevollen Schrittes wandeln zwei farblich gezeigte, der Domkapitular und der Defan, in violetten Brantgenwändern durch den Raum. Kollegen von der anderen Seite Konfession in schwarzem Talar markieren hinterdrein. Die uniformlosen Abgeordneten der Zweiten Kammer halten sich des- weilen im Hintergrund; die Gläublichen, die einen Piepmah ge- fangen haben, schauen schon etwas selbstbenutzter drein.

Gröbers Charakterkopf taucht in der Menge auf. Die beiden Gauhmänner, Liesching, Storz und andere bekannte Parlamen- tarier werden den Reulingen auf der Gallerie von Eingeweihten namhaft gemacht. Konrad Gauhmann scheint sich, den lachenden Mienen seiner Zuhörer nach zu schließen, seiner Viebsingsbeschafti- gung hinzugeben, der Produktion der bekannten Wige. — Daß auch die Schwaben zum Volk der Denker gehören, und die Herren unten im Saal ganz besonders viel und allerlei Gedacht haben müssen, wird durch die zahlreichen, zur Gallerie mild hinauf- leuchtenden Köpfe bewiesen.

Die Sozialdemokraten betreten den Saal. Bewegung auf der Gallerie. Die Köpfe mancher Galleriebesucher recken sich über die Brüstung hinaus, mancher Holz wird bedenklich lang. „Jetzt wird der Hof nicht mehr lange auf sich warten lassen“, meint ein Galleriegaist.

Der Präsident der Ersten Kammer nimmt das Wort. Augen- blicklich tritt Ruhe ein. Der Präsident liest die Namen von 11 Mit- gliedern der Kammer vom Platte herunter, die den König ein- holen sollen. Beim zwölften und letzten Namen stockt er, buch- stabiert er. Er bekommt den Namen nicht heraus. Nach einer Pause schließt der Präsident: „Und — einen Herren, dessen Namen ich später nennen werde.“ (Stürmische Heiterkeit.)

1/11 Uhr. Die Mitglieder des diplomatischen Korps, die Minister und andere Würdenträger gruppieren sich um den Thron, die Herren der Ersten Kammer umsehen im Halbkreis die Estrade. Besonders eifrige Schwäher werden vom Nebenmann darauf auf- merksam gemacht, daß der „große Moment“ naht. Die Flügelstürzen werden aufgerissen in feierlicher Pro- zession, ähnlich der in den Anzenreuberschen Kreuzschreibern, nur daß der wunderschöne Gesang nicht erklingt, wird der König in den Saal geleitet, voran die Adjutanten, dann die auserkorenen Deputat des Schwabensvolkes, Bringen und Hoffdrangen machen den Beifall. Das Haus schreit auf Veranlassung des Abg. Döf- ner beim Eintritt des Königs: Hoch, hoch!

Der König stellt sich vor dem Thron auf. Zwei Bringen, die Minister und Mitglieder des Geheimen Rates stellen sich rechts vom Thron auf, links das Gefolge, die Hofbeamten und die Abim- tanten. Der Ministerpräsident weist die Kammermitglieder, die bereits früher der Ständerversammlung angehört, auf den geehr- ten Eid hin. Er verliest den Eid, den die neuvintretenden Mit- glieder auf die Verfassung zu leisten haben, und ruft dann die ein- zelnen Mitglieder zur Eidesablegung vor. Der erste ist der öster- reichische Justizminister, Mitglied der Ersten Kammer; von den Abgeordneten der Zweiten Kammer macht der Oberndorfer Zentrumabgeordnete Andre den Anfang. Bald im schönsten Tenor, bald im grimmigsten Wut werden die Worte nachgesprochen. Ein jeder wird durch einen königlichen Händedruck beglückt. Mit mehr oder minder gelungenen, oft auch vorbezielungen Verwendungen und Kräftigen enternern sich die Vereideten wieder. Von den Sozialdemokraten, die zum ersten Male an dem Eröffnungsakt teilnehmen, macht Genosse Dietrich den Anfang.

Der Vorstand der Fraktion behauptet, daß früher „keine einzige Stimme der Kritik laut geworden“ ist, und in der „ausgiebigen De- batte, die sich auf dieser Landesversammlung (1907) um die Zulage- frage drehte, wurde die Eröffnung des Landtages nur von einem Redner im Vorbeigehen berührt“.

Wir lassen die atemmäßigen Tatsachen folgen: Aus dem offiziellen Protokoll der Landtagsversammlung vom 16.07.1907, Bericht über die Diskussion des parlamentarischen Verfalls: *Roma 16* (Stuttgart) ... In bezug auf die Verhandlungen im Landtag über die Schulfrage habe sich nach der Erklärung des Genossen Vindemann die Fraktion genötigt gesehen, eine sogenannte Genossenschaftspolitik zu treiben wie im Badischen ... Daß gewisse über- haupt davon, daß man durch diese Art und Weise der Politik Vor- teile herausbringen kann, wir laufen vielmehr Gefahr, auf den-

selben Standpunkt zu gelangen wie die Volkspartei, die vor Jahren ja auch ganz radikal war. Die Kompromisserei führt notwendig dahin, wohin in Preußen die liberalen Parteien gekommen sind." Kaiser (Stuttgarter): ... Der Abgeordnete Lehmann hat aber in Stuttgart gesagt, man müsse der Fraktion freie Hand lassen. Das ist in bürgerlichen Parteien möglich, aber wir erleben Ausbruch, daß die Reaktion die Wünsche der Wähler zum Ausdruck bringen muß. Wir müssen mit Entschiedenheit ablehnen, den Abgeordneten freie Hand zu lassen. Wer sich nicht an die Beschlüsse der Partei halten will, soll sich nicht in den Landtag schämen lassen. (Sehr richtig!) ... Ich habe schon privatim die Budgetabstimmung als eine Cefelei bezeichnet, und ich will es hier in höflicherer Form wiederholen. (Große Heiterkeit.) Genossin Jeklin: Wir wollen uns hüten, die Taktik zu einem Mittel zu machen, in dem wir die Trümmer unserer grundsätzlichen Auffassung abladen. Kopp (Gmünd): Bei der Landtagsöffnung ist ein Abgeordneter krank geworden. Ich hätte gewünscht, daß die gesamte Landtagsfraktion an dem Zeitpunkt erkrankt wäre, wo sie zum König gehen wollte. ... Die Resolution Kaiser, die die Zustimmung zum Budget tabelt, wird abgelehnt. Sodann wird über die Vertrauensresolution Red (Sulz) abgestimmt. Auch diese wird abgelehnt.

Landesversammlung 1900, Berichterstatter Genosse Dr. Lindemann (parlamentarischer Bericht zur Resolution Kinkel, die die Forderung der Fraktion Schwarz verurteilt): "Auch in der Beurteilung dieses Beschlusses in Friedrichshafen bestehen solche Meinungsverschiedenheiten, deren Vorhandensein und deren Bedeutung von uns durchaus nicht unterschätzt wird. Die Fraktion hat mich daher beauftragt, zu erklären, daß sie bei der Abwägung ihrer Beschlüsse und Handlungen auf die Meinungen und Gefühle, wie sie verschiedenartig in den Reihen der Parteigenossen vorhanden sind, die Rücksicht nehmen wird, auf die Meinungen und Gefühle von Parteigenossen stets Anspruch haben. Wenn wir diesen Grundjah unserer Handlung hier aussprechen, so müssen wir auf der anderen Seite erwarten, daß unsere Handlungen mit dem Vertrauen aufgenommen werden, auf das wir Anspruch haben."

Kinkel-Göppingen: Die Zeit ist zu weit vorgefchritten, als daß man die zuletzt besprochene Angelegenheit in genügender Weise erörtern kann. Ich glaube daher im Interesse der Landesversammlung zu handeln, wenn ich folgendes erkläre: Ich nehme an, daß der Inhalt der Erklärung der Fraktion, wie sie Genosse Lindemann gegeben hat, die Fraktion werde in ihren Entschlüssen Rücksicht auf die Meinungen der Parteigenossen nehmen, sich in Einklang mit dem Leipziger Parteitag und der Erklärung des Genossen Singer setzen will. Unter dieser Voraussetzung ziehe ich meinen Antrag zurück. (Lebhaftes Bravo!)

Der Vorsitzende Göhring (Illm) erklärt damit die Sache für erledigt. (Großer Widerspruch.) Vorsitzender Göhring: Parteigenossen! Der Genosse Kinkel (Göppingen) hat eben erklärt, daß er den Antrag zurückzieht, wenn die Fraktion den Inhalt ihrer Erklärung als im Einklang mit der Leipziger Erklärung der Sache ansieht. Da die Fraktion keinen Widerspruch erhebt, nehme ich ihr Einverständnis an. Der Antrag ist also zurückgezogen. (Allgemeine Zustimmung der Landesversammlung.)

Die Landesversammlung 1910 lehnte folgende Resolution ab: "Die Landesversammlung der württembergischen Sozialdemokratie ist mit der von der Landtagsfraktion entwickelten Tätigkeit in vollem Umfang einverstanden und hat das Vertrauen zu ihr, daß sie auch in Zukunft ihre Aufgaben in gewissenhafter und den Interessen der Partei förderlicher Weise erfüllen wird." Die zweite Resolution lautet:

"Die Landesversammlung erklärt sich mit der Tätigkeit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion im letzten Jahre einverstanden. Sie erachtet, daß auch in Zukunft unsere Volksvertreter dem Programm und den Parteitagebeschlüssen getreu die Interessen des Proletariats rücksichtslos wahrnehmen."

Im Schlußwort führte Genosse Keil dazu aus: "Was die vorliegenden zwei Resolutionen anlangt, so unterscheiden sie sich darin: Die eine Resolution spricht der Fraktion Vertrauen und Zustimmung für ihre Tätigkeit aus. In der anderen Resolution heißt der Ausdruck des Vertrauens. Somit sagt die Resolution nur Selbstverständlichkeiten, die gerade jetzt der Sache eine besondere Spitze geben, die sich merkwürdig ausnimmt angesichts der Friedensschlußarbeiten, die wir vor zwei Stunden hier gehört haben. (Beifall.) Zwischen den Landtagsabgeordneten und ihren Antrittsgabern muß aber ein Vertrauensverhältnis bestehen. Es liegt nicht der Schein eines Anlasses dafür vor, besonders zu betonen, daß die Fraktion im Sinne des Programms und der Parteitagebeschlüsse ihre Tätigkeit ausüben soll. Sie hat nicht dagegen Vertrauen, und so liegt auch kein Anlaß vor, diese Ermahnung auszusprechen."

Die Vertrauensresolution wird mit 40 gegen 45 Stimmen abgelehnt. Die zweite (von Keil befragte) Resolution wird hierauf mit 40 gegen 45 Stimmen angenommen.

Über die außerordentlich heftigen Kämpfe auf den Landesversammlungen 1911 und 1912 zu berichten erübrigt sich für heute, da diese Vorgänge noch im Gedächtnis aller sind.

Nach unseren Darstellungen nimmt sich die Behauptung des Vorstandes der Landtagsfraktion: "Dagegen sich an unserer parlamentarischen Arbeit trotz lebhafter Kritik nichts auszuweisen fand ..." ganz merkwürdig an.

Wir verlangen von unseren Landtagsabgeordneten nicht mehr als von jedem anderen Parteigenossen auch: Einhaltung der Parteitagebeschlüsse und Befolgung der Grundsätze und Forderungen des Gesamtprogramms.

Unsere Antwort.

Mit Recht rügt unser Stuttgarter Bruderorgan das Verfahren des Vorstandes der württembergischen Landtagsfraktion, in leidenschaftlicher Form persönliche Angriffe zu erheben, statt die Haltung der Landtagsfraktion mit sachlichen Argumenten zu rechtfertigen. Wenn man der Darstellung des Fraktionsvorstandes folgen wollte, handelte es sich um nichts als die Verharmlosung einiger persönlicher Störenfriede, die der württembergischen Landtagsfraktion mißgönnten, in Ruhe zum Wohle der Parteigenossen zu arbeiten und die in Stuttgart, Göppingen, im "Vorwärts" und jetzt auch in der "Schwäb. Tagwacht" ihr parteiunabhängiges Handwerk treiben. Die "Schwäb. Tagwacht" hat diese wunderliche Vorpiegelung bereits gründlich zerlegt und gezeigt, daß sich schon seit einer ganzen Reihe von Jahren unter den württembergischen Genossen selbst — und natürlich auch im Reich — energische Opposition gegen allerlei Akte der Landtagsfraktion erhoben hat, die mit der prinzipiellen Auffassung der Mehrheit der Gesamtpartei und den Parteitagebeschlüssen in schroffstem bekremdensten Widerspruch standen. Diese Opposition erreichte dann auch, wie die "Schwäb. Tagw." dargelegt, eine bemerkenswerte Stärke. Aber statt nun daraus die gebotenen Lehren zu ziehen und ihr Verhalten künftig mit der prinzipiellen Auffassung und den von den Parteitag der Gesamtpartei festgelegten parlamentarischen Richtlinien in Einklang zu bringen, setzt

die Mehrheit der württembergischen Landtagsfraktion ihre eigenbrödelische, anstößige Haltung fort! Und dann wundern sie sich nicht nur, wenn ihre Haltung erneuten Tadel erfährt: nein, sie spielt sich sogar als verfolgte Unschuld auf und wirft all ihren sachlichen Widersachern vor, daß sie aus persönlichen Gründen, aus purer Gehässigkeit, aus Lust am Skandal immer wieder dazu beitragen, daß die Behandlung der württembergischen Verhältnisse sich verzögere! Eine ärgere Verleumdung der Wirklichkeit ist uns noch nicht begegnet!

Wir wissen nicht, handelt es sich bei dieser seltsamen Taktik des Vorstandes der Landtagsfraktion wirklich nur um eine unbegreifliche Selbsttäuschung? Wie dem aber auch sei: wir raten den betreffenden Genossen dringlichst, ihre bisherige Taktik aufzugeben! Denn sie muß nicht nur ihre Wirkung auf objektiv unterrichtete Leser verfehlen, sondern sie muß auch von vornherein gegen eine Sache einnehmen, die sich nur durch die persönliche Verdächtigung ihrer Gegner zu behaupten versucht! Oder gibt es ein größeres Schauspiel, als über die angeblich persönliche Stimpfweise von Gegnern zu klagen, denen man selbst nichts als Motive persönlicher Gehässigkeit unterschiebt?!

Wir selbst verachten eine solche Taktik. Wir räumen der Mehrheit der württembergischen Landtagsfraktion gern ein, daß sie sich bei allen Verstößen gegen die prinzipielle Auffassung und die Parteitagebeschlüsse der sozialdemokratischen Partei durch nichts anderes hat leiten lassen, als durch ihre beste und ehrlichste Ueberzeugung, gerade durch ihr Vorgehen der Partei am besten zu dienen. Aber wir glauben gleich der großen Mehrheit der Partei, gleich der "Schwäbischen Tagwacht", gleich unserem württembergischen Korrespondenten und gleich sehr zahlreichen württembergischen Genossen, daß die Auffassung der Mehrheit der Landtagsfraktion gleichwohl falsch ist, daß sie der proletarischen Bewegung nicht fromt, sondern sie schädigt. Und wir wünschen deshalb, daß die Mehrheit der württembergischen Landtagsfraktion sich der Auffassung der Parteimehrheit füge, die Parteitagebeschlüsse, wie sie gemeint sind, respektiert und sich nicht auf ihren ablehnenden Standpunkt kapriziert. Vermögen aber die betreffenden Landtagsabgeordneten der Parteidisziplin dies Opfer nicht zu bringen, so dürfen sie sich nicht wundern, wenn sie die verdiente Kritik erfahren. Der Kampf der Meinungen — der sachliche Kampf selbstverständlich, der von persönlichen Verdächtigungen rein zu halten ist — wird und muß ja dann allmählich ergeben, wie die Genossen auch in Württemberg denken und ob sie gewillt sind, solche Verstöße gegen die unerlässliche Parteidisziplin zu dulden. Der klare Entscheid darüber, zum Ausdruck gebracht durch Organe und Instanzen, die nach Möglichkeit den wirklichen Massenwillen repräsentieren, ist der einzige Weg zur Befriedung der Verhältnisse in Württemberg! Das künstliche Erfinden vorhandener wichtiger prinzipieller Meinungsgegensätze wäre das Gegenteil der Befriedung, wäre die Verumpfung.

Sollen wir uns nun im Ernste noch gegen die Vorwürfe des Fraktionsvorstandes verwahren? So dagegen, daß sich 1911 der "Vorwärts" gegen die Beteiligung der Fraktion gewendet habe, weil damals eben die "persönlichen Gegensätze" sich bereits geltend gemacht hätten? Wir nehmen schon für unsere Mitarbeiter das Recht in Anspruch, sich zu den prinzipiellen Auffassungen der Parteimehrheit bekennen zu dürfen, ohne deshalb persönlich Gehässigkeit geziehen zu werden! Doch aber der erste derartige Sündenfall im Jahre 1907 so wenig Widerspruch hervorrief, lag einmal daran, daß damals die württembergische Landtagsöffnung mitten in den heftigsten Reichstagswahlkampf hineinfiel, und zum zweiten daran, daß gegenüber der wichtigeren Aktion der Parteimehrheit der erste revisionistische Vorstoß zurücktrat!

Auß entschiedenste müssen wir auch die Unterstellung zurückweisen, daß wir zweierlei Maß anlegten und immer nur der württembergischen Fraktion ihre Verstöße gegen den Parteilinken vorhielten. Hat der "Vorwärts" nicht gegen Landtagsfraktion Stellung genommen? Hat er nicht die letzte Prinzregentenhuldigung bayerischer Abgeordneter, nicht auch das Verhalten der sächsischen Landtagsfraktion beim Königshof verurteilt? Möglich, daß die Redaktion des "Vorwärts" auch manchmal eine gebotene Rüge unterlassen hat — aber nicht, weil sie ein Auge zudrücken wollte, sondern nur, weil ihr der eine oder andere Vorfall entgangen war. Wenn der Vorstand der württembergischen Landtagsfraktion in solchen Fällen unsere Aufmerksamkeit schärfen helfen will, so haben wir nicht das geringste dagegen einzuwenden!

Ablehnen müssen wir jedoch die verschiedenen Vergleiche, die der Vorstand der württembergischen Landtagsfraktion zwischen Vorgängen im Reichstag — zufälliger Anwesenheit eines sozialdemokratischen Schriftführers bei einem Kaiserhof, Anwesenheit eines Fraktionsmitglieds bei einer Teilnahmekundgebung für den Attentatversuch eintrommenen König von Italien, Teilnahme von Mitgliedern der Reichstagsfraktion an einem vom Reichstagspräsidenten Koempf veranstalteten Bierabend, endlich der Beteiligung von Fraktionsmitgliedern an Informationsreisen von Reichstagsabgeordneten — zu ziehen beabsichtigt. Handelt es sich hier doch nirgends um — trotz Widerspruch der Partei — förmlich beschlossene, gesittete Teilnahme an überflüssigen und zwecklosen höfischen Veranstaltungen! Insbesondere kommen hier z. B. doch nur Kondolenzbezeugungen in Betracht, die im Parlament keine Partei der anderen verweigert, während die Teilnahme an den monarchischen Trauerfeierlichkeiten sich durch keinerlei Gegenseitigkeit einschließen läßt. Die württembergische Fraktionsmehrheit mag der Ansicht sein, daß es sich hier nur um graduelle, nicht aber um Wesensunterschiede handle. Wir sind entgegengesetzter Auffassung, haben aber gar nichts gegen eine sachliche Aufrollung des ganzen Komplexes dieser Fragen. Nur dagegen müssen wir uns mit aller Entschiedenheit verwahren, daß der "Vorwärts" durch eine persönlich-parteiliche Stellungnahme zur Schärung der Pietät in Württemberg beitrage. Wir vertreten pflichtgemäß unsere Ueberzeugung. Soll uns das etwa deshalb verboten sein, weil unsere Auffassung sich mit den Prinzipien und Beschlüssen der Gesamtpartei deckt? Wir fallen auch nicht "der württembergischen Landtagsfraktion in den Rücken", sondern wir bringen ihr nur ihre Pflicht zum Bewußtsein, ihre Haltung der Auffassung der Gesamtpartei anzupassen! Das haben wir getan und werden wir weiter tun.

Dem Pflichterfüller der württembergischen Landtagsfraktion wird damit in keiner Weise zu nahe getreten. Auch wird der Partei dadurch keineswegs Schaden zugefügt, sondern sie wird vor schwererem Schaden bewahrt. Auch uns liegt die Wiederherstellung des inneren Friedens in Württemberg am Herzen. Aber dieser Frieden ist nur dann möglich, wenn die Genossen der Landtagsfraktion nicht nur den ehrlichen Willen beteuern, noch den Rücken

linien des sozialdemokratischen Programms der Sache des arbeitenden Volkes zu dienen", sondern ihren Willen auch in der Form in die Tat umsetzen, die von der Parteimehrheit als wirkliche Respektierung des sozialdemokratischen Programms betrachtet werden kann!

Die Rebellion des "Vorwärts".

Jugendbewegung.

"Die Jugend und ihre Führer."

Hauptmann Hermann Giehr, bekannt durch seine Tätigkeit für den Jungdeutschlandbund, hielt über dieses Thema mehrere Vorträge, die jetzt im Druck erscheinen.

Ein Offizier als Pädagoge erweist von vornherein Mißtrauen. Wie berechtigt dieses ist, beweisen die Ausführungen des Herrn Giehr. Doch muß man ihm zugestehen, daß er das Thema auf seine Art ganz geschickt behandelt hat. Charakteristisch und demagogisch zugleich ist der Ausdruck "schulntlassene Jugend", die Arbeiterjugend, im Gegensatz zu der der höheren Schulen. Wir finden in den ganzen Vorträgen auch nicht ein einzigesmal das Wort Arbeiterjugend. Man darf eben nirgends anstoßen. Der Herr Hauptmann erkennt wohl, daß die materielle Lage unserer Jugend miserabel ist, er spricht sogar davon, daß wir keine sonnige Jugend haben. Sein Offiziersgehirn vermag zwar die Wirkungen unserer sozial gepriesenen Volksschulen, Löhne, Staats- und Nachverhältnissen usw. zu erkennen, doch den ursächlichen Zusammenhang zu schauen, heißt von einem Bürgerlichen und noch dazu von einem Offizier zu viel verlangt. So soll denn der schulntlassenen Jugend Sonne in glühender Vaterlandsliebe, moralisch-sittlicher Beeinflussung und Körperpflege gezaubert werden. Mehrmals wird betont, daß man die Jugend beileibe nicht für den Waffendienst unmittelbar vorbereiten will, um dann an anderer Stelle über Kriegsspiele zu klagen: Die kriegerischen Instanzen werden auf diese Weise also auch getrocknet usw. Von keiner Sachkenntnis über die moderne Arbeiterbewegung getrieben, werden die Väter, Mütter und Genossen, die ihre Kinder in ihrem Sinne erziehen wollen, als Propheten, die von der Revolutionierung aller bestehenden Verhältnisse einen irdischen Himmel erwarten, hingestellt. Vorher wurde von vorzeiglichen Geschichtsbüchern, Büchereien und Kinobühnen gesprochen. Doch, o Ironie der Geschichte, war gerade es die proletarische Jugendbewegung, die den ersten Kampf gegen diese sozialen Lebel, bevor noch der Jungdeutschlandbund in den Winden lag, auf ihr Banner schrieb. In anderer Stelle heißt es dann: Bis her vielfach von verneinenden Elementen umgeben und umwoben, die alles, was besteht, als schlecht und unbrauchbar hinstellen, sehen diese jungen Leute, daß der Gebildete doch von einer ganz anderen Gedankenwelt erfüllt ist, usw. Und hurra: Der Offizier hat es gegenüber dieser Jugend (Arbeiterjugend) vermöge seiner Uniform besonders leicht, sich bald eine gewisse Autorität zu verschaffen. Ergötzlich ist auch eine Ermahnung, die den Führern zuguterletzt noch gegeben wird, die, die Jungen nicht an ihren Beratungen aufhören zu lassen, oder gar sie an Diskussionen teilnehmen zu lassen. Es war' auch noch schöner, sich in die Karten schauen zu lassen, so ein Jugendlicher könnte eine Meinung haben, wo das Kadavergehörig so bonndert ist. Im übrigen scheinen sich verheißelt wenig geeignete Offiziere und andere bürgerliche Jugendfreunde zu finden, die sich mit der schulntlassenen Jugend beschäftigen wollen. Ohne Führer, im Gegensatz zur proletarischen Jugendbewegung, die ein Kad unserer Wirtschaftsverhältnisse ist, ohne Führer kein Gelingen der Jungdeutschen Bewegung. Herr Giehr erwähnt denn auch, nur dort Bewegungen ins Leben zu rufen, wo genug und geeignete Führer vorhanden sind. Was Herr Giehr über die Jugend der höheren Schulen sagt, können wir uns sparen. Doch der Geradigkeit wegen sei gesagt, daß sie nicht ohne bittere Wahrheiten davon kommt. Wie es denn auch weiter sein mag, durch die ganzen Vorträge idyllisiert Kadavergehörig, weht Konjunkturluft. Trotz aller Uebertreibung, der Jungdeutschlandbund wollte keine Erziehung zum unmittelbaren Waffendienst, geht doch ganz klar und deutlich hervor, daß sein Ziel, ob er will oder nicht, in der Entfremdung der Arbeiterjugend gegenüber ihren Eltern (innerer Feind), chauvinistischer Vaterlandsliebe (äußerer Feind), kurz, daß sein Ziel Menschen- und Völkermord bedeutet.

Darum, Arbeiterkern, seid auf der Hut! Herans mit Euren Kindern aus den bürgerlichen Jugendvereinen; denn diese sind fast alle in corpore dem Jungdeutschlandbund angeschlossen. Unser Kadavergehörig hinein in die proletarische Jugendbewegung!

Dr. Simmel Greift zu!
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, nicht am Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

4 Kinos
zusammen oder einzeln umhändelt
halber sofort zu verkaufen. 11/12
Heimann, Berlin - Panlow,
Berliner Str. 76, Tel. Panlow 134.

Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle eleg. Monatsgarderobe in feinsten Werkstätten. Berlin gearb., von Herrschaften, Doktoren, Kavaliere nur kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.)
Monats-Jackett-Anzüge 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.
Monats-Paletots 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Herren-Hosen 2, 50, 5, 00 M.
Ulster, sehr billig.
Große Abteilung neuer Garderobe
Moldauer, Gr. Frankfurter Str. 98
(Nähe Strausberger Pl.)
Bitte genau auf No. 98 zu achten!

Möbel-Lechner
Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar.
1. Geschäft: Brunnenstraße 7 am Rosenthaler Platz
2. Geschäft: Müllerstraße 174 Ecke Fenestraße
Stube und Küche . . . Anzahlung von M. 15.- an
Einzelne Möbelstücke Anzahlung von M. 5.- an
Riesen-Auswahl. Größte Kulanz.
Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf von 50 Mark an 5 Mark gutgeschrieben.
Kunden, die ihr Konto bei mir oder in fremden Geschäften beglichen haben, erhalten bei mir für denselben Wert Kredit ohne Anzahlung.
Sonntag geöffnet von 12-2 Uhr.

Millionen gebrauchen gegen Husten **Kaiser's Brust-Caramellen** mit den 3 Tannen gegen Heiserkeit, Verschleimung, Brust-Katarrh
6100 notariell beglaubigte Zeugnisse von Aerzten und Privaten verbürgen den sicheren Erfolg. Köstliches, feinschmeckendes Hustenmittel. Paket 30 Pf. Dose 60 Pf. Ausschließlich in Apotheken und Drogerien erhältlich und zwar nur in vernieteten Paketen, niemals lose ausgewogen.

Bis
75%

Preisermäßigung

Arenstein

Schuhhaus ersten Ranges

Bis
75%

Preisermäßigung

Zentrale
**Andreasstr.
59.**

Nur erstklassige Fabrikate! Konkurrenzlos in Qualität u. Paßform.

Unser diesjähriger, stadtbekannt billiger

Inventur-Ausverkauf

bietet außergewöhnlich große Vorteile. Wir bezwecken damit die vollständige Räumung der im Laufe des Jahres angesammelten Sortiments-Reste. Ohne Rücksicht auf den früheren Wert sind sämtliche Waren teils unsortiert im Preise herabgesetzt und werden, soweit der Vorrat reicht, zum Verkauf gestellt.

Verkaufsstellen
Andreasstraße 59
Turmstraße 58
Königsberger Straße 8
Frankfurter Chaussee 4
Wilmersdorfer Str. 57
Joachimsthaler Straße 6

Einige Beispiele unserer sensationellen Billigkeit

Kein Umtausch — An jedem Paar ist der frühere Preis ersichtlich — Besichtigung ohne Kaufzwang wird erbeten

Herren-Stiefel

Spiegelroffleder-, Rindbox- und Roß-Chevreaux-Schnürstiefel mit Derby-Lackkappen, auch Zugstiefel u. Schnallenstiefel . . . früher bis 10.50

jetzt
4.90

Braun u. schwarz Chevreaux-Schnür- und Knopfstiefel, mit u. ohne Lackkappen, in Original-Goodyear-Welt, früher 12.50

jetzt
7.90

Herren-Knopf- und Schnürstiefel in Chromlackbesatz und hochmodernen Einsätzen sowie hellgelb Kalbleder Orig.-Goodyear-Welt, früher 12.50 16.50, jetzt

jetzt
10.90

Schwarz Chromlid-Schnürstiefel, Derby-Lackkappen, früher 7.50

jetzt
3.90

Braun und schwarz Chevreaux-Boxcalf-Schnür- u. Knopfstiefel, Orig. Goodyear-Welt, verschiedenste Ausführungen, auch in ganz Lack, früher von 12.50 b. 18.—

jetzt
8.50

Chrom-Lack-Besatz-Knopf- u. Schnürstiefel mit Kammgarn und Stoff-Einsätzen, neue amerikanische Formen, früher bis 12.50

jetzt
7.90

Ein Posten ca. 3000 Paar Leder-Hausschuhe in schwarz und braun, mit Leder-Kappe, durchweg
Damen **1.75** Herren **2.45**



Damen-Halbschuhe

Roß-Chevreaux-Schnür- und Knopfschuhe in braun und schwarz mit Lackkappen, früher 7.50, 8.50

jetzt
4.90

Ein Posten Ca. 4000 Paar

Damen-Abend- u. Straßen-Schuhe,

feinste Wiener und französische sowie beste inländische Fabrikate, in Lack, Samt, Atlas, Bronze, Samtkalb Wert von M. 10.50 bis 18.—

jetzt
6.90

Grau braun Chevraux-2-Knopfschuhe, feinste Wiener Handarbeit . . . früher 15.50 Ganz Chrom-Lack-Pumps, Oxfordschuhe . . . früher 12.50 Chrom-Lack-Schnür-, Knopfschuhe mit Samtkalb oder Stoffeinsätzen, — Original-Goodyear-Welt — früher 12.50, 14.50

Kinder-Stiefel

Braun, Ziege, Schnür- und Knopfstiefel, auch mit Lackblatt, früher bis M. 2.50

jetzt
95

Kinder-Rind-Box-Schnürstiefel, dauerhafte Straßenstiefel, breite bequeme Form, jetzt

23-24	25-26	27-30	31-35
2.50	2.75	3.25	3.75

Roblederne Knaben-Stiefel breite bequeme Form 36-40 Früher 8.50, jetzt

jetzt
2.95

Braun und schwarz Chevreaux-Schnürstiefel mit Lackkappen

23-24	25-26	27-30	31-35
2.95	3.25	4.25	4.50

Ein großer Posten Pumps- und 4-Knopf-Schuhe in weiß, Lack, Bronze . . . früher bis 7.50, jetzt **1.95**

Bis **33%** Auf sämtliche Winterwaren Gummischuhen und Gamaschen **extra** Bis **33%** gewähren wir auf unsere bisherigen billigen Preise, die auf jedem Paar bezeichnet sind, an unserer Kasse



Eile zu Weile

Spezialhaus für Pelzwaren
Berlin S. 119 Dresdener Str. 119
am Oranienplatz, Hochbahn Kottbusser Tor.

Inventur-Verkauf

zu wirklich billigen Preisen

Echt Skunks-Stola von 30 M. an.

Nezmurmel-Stola von 12,00 M. an

mit Köpfen und Schweifen.

Alaska-Fuchs-Imitation v. 6.50 M.

Marder, Nerz, Persianer,

Opposum, Biber, Iltis etc.

in allen modernen Formen stets am Lager.

Bitte Eile zu Weile

Dresdener Str. 119 zu sehen!

Jedermann erhält die im Fenster angezeigten Gegenstände sofort — für den bezeichneten Preis. —

Sonntags geöffnet.

Eigene Kürschnerei.

Reparaturen gut, schnell, billigst.



Waldorf
Astoria
Cigarettes

Hockey 3 Pf.
Clío 5 Pf.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch Vihelswerder,
an der neuen Meerbrücke beim Alten Freund.

Tadellos 1 M.

wöchentliche Teilzahlung liefert elegante

Herren-Moden

fertig und nach Mass.

Garantie für tadellosen Sitz und feinste Verarbeitung.

J. Kurzberg

Mass-Schneiderei

Rosenthaler Strasse 36, I, am Hackesches Markt

Frankfurter Allee 104, part. Ecke Friedenstrasse

Reinickendorfer Strasse 4, am Weddingplatz



Die Aerzte und Krankenkassen in Berlin.

Im Saale des Langenbuechens tagte am Donnerstagabend die Delegiertenversammlung und der Ausschuss des Zentralverbandes der Berliner Krankenkassenärzte. Zweck der Versammlung war es, die Grundzüge zu beraten, die dem Normalvertrage zwischen Krankenkassen und Aerzten in Berlin zugrunde gelegt werden sollen; diese sollen dann in gemeinsamer Beratung mit der Zentralkommission oder einer anderen Zentralstelle der Berliner Krankenkassen zu den Vertragsabschlüssen und damit zu friedlicher Zusammenarbeit zwischen Krankenkassen und Aerzten in Berlin führen.

In der Versammlung waren vertreten Delegierte sämtlicher in Berlin existierenden Kassen, die eine Zahl von über 1 Million Versicherten repräsentieren, darunter der Verein Berliner Kassenärzte mit 885 000 Versicherten, der Gewerkschaftenverein mit 120 000 Versicherten, der freigewählten Kassenärzte mit 120 000 Versicherten und 48 000 Familienangehörigen. Schon aus dieser Zusammenstellung ist zu erkennen, daß in diesem Verband alle Arten kassenärztlicher Systeme, freie Arztwahl, fixiertes System, beschränkte Arztwahl usw. vertreten sind.

Wie der Vorsitzende Dr. Moll ausführte, wissen weder die Kassen noch die Kassenärzte, was am 1. Januar 1914 aus ihnen wird. Noch immer haben die Behörden nicht festgesetzt, welche Kassen zugelassen werden sollen und welche nicht. Für die Aerzte ergebe sich die Notwendigkeit, sich in dieser kritischen Zeit, wo niemand wisse, ob er am 1. Januar sein bisher von den Kassen verdientes Brot noch haben werde, sich zusammenschließen. Dabei bestehe keineswegs die Absicht, mit den Kassen in Konflikte zu kommen; es bestehe bei den Aerzten durchaus die Absicht, zu friedlicher Lösung und gemeinsamer Arbeit mit den Kassen zu gelangen. So habe man sich auch in Berlin keineswegs auf ein bestimmtes Kassenarztsystem festgelegt, sondern überlasse die Entscheidung darüber völlig den Kassen. — Die Forderungen, die aufgestellt wären, seien allen Systemen gemeinsam, viele von ihnen längst durchgeführt, manche in anderen Orten bereits überholt.

Die Sanitätsräte Dr. Sternberg und Breschner referierten dann über die einzelnen Punkte des Entwurfs; wir lassen die wichtigsten hier folgen; einige, über die eine Klärung noch nicht erfolgte, wurden nochmals an den Ausschuss zurückverwiesen.

Als Bezahlung wird, unbeschadet der Form, in der die Verteilung vorgenommen wird, ein nach der Zahl der Kassenmitglieder zu bestimmendes Pauschale zugrunde gelegt.

Ueber die Höhe dieses Pauschales wurde ein Beschluß noch nicht gefaßt, dagegen wurde man sich darüber grundsätzlich einig, nicht ein gleich hohes Pauschale von allen Kassen zu fordern, wie bisher, sondern dieses abzustufen nach der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kassen; zu diesem Zweck sollen die Kassen in Gruppen mit durchschnittlichen Jahresbeiträgen eingeteilt werden. Die unterste Gruppe bilden die Kassen, deren durchschnittlicher Jahresbeitrag pro Kopf der Mitglieder 30 M. nicht überschreitet, die zweite Gruppe bilden die Kassen, deren durchschnittlicher Jahresbeitrag 35 M. nicht übersteigt, mit Innehaltung dieses Unterschiedes von 5 M. werden dann Gruppen bis 60 M. gebildet.

Diese Differenzierung ist im Interesse der Kassen wie der Aerzte gemacht. Dr. Sternberg war in der Lage, durch interessante Statistiken festzustellen, daß in Berlin die Kassen mit hohen Beiträgen pro Kopf auch durchschnittlich die höchsten Leistungen für ihre Mitglieder aufweisen.

Doch die gleiche Bezahlung für die verschiedenen Kassen nicht zweckmäßig ist, bewies Dr. Sternberg mit der Gegenüberstellung zweier Berliner Krankenkassen; so hat die Ortskrankenkasse der Wäscheindustrie von 1000 Mitgliedern 27 000 M. Einkünfte, die Ortskrankenkasse der Maurer von 1000 Mitgliedern 54 000 M. Einkünfte. Beide geben für je 1000 Mitglieder bei dem bisherigen Pauschal zins 4 000 M. aus; das macht bei der Wäscheindustrie 14 Proz. der Einnahmen, bei der Maurerkasse 7 Proz. der Einnahmen aus. Auch die Aerzte sind berechtigt, bei leistungsfähigeren Krankenkassen höhere Sätze zu liquidieren als bei den schwächeren.

Mit dieser Differenzierung der Kassenentlastung fällt die sogenannte Reibebegünstigungsklausel fort, da bisher die Aerzte genötigt waren, ihre Forderungen nach der Leistungsfähigkeit der finanziell schwächsten Kassen zu bemessen; ebenso sollen die Reservefondsklauseln, die in einzelnen Verträgen noch stehen, fortfallen, da die Höhe der Reservefonds einer Kasse häufig von Dingen abhängt, die außerhalb des ärztlichen Einflusses auf die Finanzen der Kasse liegen.

Ueber die Höhe des Pauschales machte Dr. Sternberg interessante Mitteilungen. So beträgt der Durchschnitt des ärztlichen Honorars im ganzen Deutschen Reich 1910 5,85 M.; zieht man davon die darin enthaltene zahnärztliche Honorierung, fremdärztliche erste Hilfe usw. mit 30 Proz. ab, so bleiben für 1910 4,88 M. übrig; der Durchschnitt in Berlin betrug 1910 4 M., wobei noch erhebliche Abzüge bei einer Reihe von Kassen diese Summe nicht unerheblich verringern. Daß die durchschnittliche Honorierung der Berliner Aerzte erheblich unter der im Reich bleibt, ist keineswegs gerechtfertigt, zumal die Lebensverhältnisse in Berlin zweifellos teurer wie durchschnittlich im Reich sind.

Von den weiteren Forderungen seien folgende angeführt: Von dem vereinbarten Pauschale sind keinerlei Abzüge zulässig. Die Bezahlung der fremdarztlichen Hilfe, der Verbandsmaterialien und Verbände, die Kosten für Arztbesuche, Rezepte und andere Formulare, für Bureaus und Verwaltung sollen den Kassen zur Last. (Hierunter sind nicht die Kosten eines Bureaus zu verstehen, das die Aerzte unterhalten.)

Während eine Reihe von Krankenkassen diese Forderung längst erfüllt hat, kann sie bei anderen noch der Erledigung. So z. B. zahlt der Gewerkschaftenverein pro Kopf und Jahr laut Vertrag 5,65 M. Pauschale, tatsächlich erhalten die Aerzte nur 3,85 M. Bei 150 000 Mitgliedern macht dies eine Summe von 1 980 000 M., die den Aerzten für erste Hilfe, Verbandstoffe usw. abgezogen wird, darunter sind 550 000 M. pro Jahr, die ein einziger Weindorfer für Verbände und Verbandstoffe neben seinem vollen Gehalt als Gewerkschaftsarzt bezieht.

Die weiteren Forderungen sind folgende: Die Honorierung der im Interesse der Kassen von ihnen gewünschten oder genehmigten ärztlichen Nachuntersuchungen fällt den Kassen zu.

Die Kosten für Akte, Gutachten und Bescheinigungen, welche die Mitglieder nicht den Kassen, sondern anderen Behörden gegenüber oder zu privaten Zwecken gebrauchen, unterliegen der Berechnung zwischen Aerzten und Kassenmitgliedern. Der Berechnung der Honorare ist bei allen kassenärztlichen Verträgen der gleiche Berechnungsmodus zugrunde zu legen. Den Kassenärzten wird eine Kontrolle der gemachten Angaben ermöglicht.

Die vereinbarten Grundzüge gelten für alle kassenärztlichen Verträge für eine zu bestimmende Zeitdauer. Innerhalb dieser Zeit können die Kassen Verträge für beliebig lange Zeit abschließen. Die Verlängerung eines kurzfristigen Vertrages ist nur zulässig bis zum Ablauf der vereinbarten Grundzüge. Die Kündigungsfrist für alle Verträge wird auf drei Monate festgesetzt.

Für die Verträge, die beim Inkrafttreten dieser Grundzüge noch nicht abgelaufen sind, werden Uebergangsbestimmungen festgesetzt, die sich nach Möglichkeit den vereinbarten Grundzügen anpassen.

Bei Vertragsverlängerungen mit derselben Gruppe sind alle bisherigen Kassenärzte wieder anzustellen, soweit sie nicht auf Grund einer Entscheidung eines Schiedsgerichts aus dem Vertrag entlassen werden. Ausgenommen bleiben beim fixierten Arztsystem diejenigen Aerzte, deren Stellen wegen unzureichender Beschäftigung eingehen.

Mit Aerzten, die im Laufe der vereinbarten Vertragsdauer angestellt werden, dürfen nur die vereinbarten Verträge und nur bis zum Ablauf der Vertragsdauer abgeschlossen werden.

Ein von einem angestellten Kassenarzt mit seiner Vertretung betrauter Arzt darf von den Kassen nur aus einem wichtigen Grunde abgelassen werden; die Entscheidung darüber steht dem Schiedsgericht zu.

Die Entscheidung darüber, ob ein Kassenarzt bei einem Wohnortwechsel weiter für die Kasse tätig sein darf oder nicht, fällt dem Schiedsgericht zu.

Die Anstellungen und Geschäftsanweisungen bilden einen integrierenden Bestandteil der Verträge. Sie dürfen daher keinerlei Bestimmungen enthalten, die den kontraktlichen Vereinbarungen zuwiderlaufen oder sie einschränken. Änderungen der Anstellungen durch die Kasse während der Vertragsdauer bedürfen der Zustimmung der angestellten Kassenärzte.

Die ärztliche Koalitionsfreiheit darf durch keinerlei kontraktliche Bestimmungen aufgehoben oder eingeschränkt werden.

Es sind Bestimmungen zu treffen, die den Kassenärzten eine ausreichende Ruhe an Sonn- und Feiertagen gewährleisten.

Für die begrenzte freie Arztwahl und das fixierte Arztsystem werden Einrichtungen zur Regelung der Vererbung und Anstellung getroffen.

Zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen einer kassenärztlichen Gruppe und Krankenkassen über die vereinbarten Grundzüge werden paritätische Schiedsgerichtsinstitutionen geschaffen. Streitigkeiten aus dem Verträge unterliegen der Entscheidung eines paritätischen Schiedsgerichts oder einer Beschwerdekommision, deren ärztliche Mitglieder von den angestellten Kassenärzten gewählt werden.

Wenn sich das paritätische Schiedsgericht nicht einigen kann, so wird von den Schiedsrichtern ein unparteiischer, stimmberechtigter Obmann gewählt. Findet keine Einigung über die Person des Obmannes statt, so wird das königliche Amtsgericht Berlin-Mitte ersucht, einen Obmann zu stellen. Die Kosten für den Obmann tragen beide Parteien zu gleichen Teilen.

Im ersten Vierteljahr des letzten für die Dauer der Grundzüge maßgebenden Jahres finden neue Verhandlungen über die weitere Geltung der Grundzüge statt.

Wie der Referent über diese Forderungen ausführte, sind sie keine grundsätzlichen Neuerungen, er nannte sie maßvoll und gerecht; tatsächlich sind sie von vielen Kassen auch bereits durchgeführt oder können ohne Schädigung der Kassen durchgeführt werden.

Was nun schließlich die Honorarforderungen anbelangt, so sind diese von der Versammlung noch nicht festgelegt. Doch dürfen sie nach allem, was in der Versammlung ausgeführt wurde, nicht exorbitant werden. Dafür dürfte auch die Zusammenziehung des Ausschusses eine gewisse Bürgschaft bieten, in dem die Vorstände der großen kassenärztlichen Vereinigungen Berlin ihnen die seit Jahren mit den Kassen in Frieden leben.

Eine Differenzierung bei der Bezahlung der ärztlichen Kosten für die Versicherten von 2000 bis 2500 M. Einkommen ist nicht beabsichtigt.

Auf der Basis dieser Vorschläge kann es zu einer Einigung zwischen Aerzten und Krankenkassen in Berlin kommen; der Hauptstreitpunkt des Leipziger Verbandes, zwangsweise freie Arztwahl, ist völlig ausgeschlossen, auch die Frage, ob die Kassen mit einzelnen Aerzten oder Organisationen abschließen, bleibt unberührt.

So dürfte das in Berlin vermißt werden, was in der Öffentlichkeit der Krankenkassen-Zentralverbände angekündigt wird, nämlich der Erlass der ärztlichen Behandlung durch Selbstleistung und die eventuelle Behandlung der Kranken durch beamtete Aerzte.

Bei der Aussprache hielten sich die Referenten wie die Diskussionen von jeder Schärfererei gegen die Kassen fern und zeigten den Wunsch, mit den Kassen zu verhandeln und mit diesen zu einer friedlichen Einigung zu kommen. Zweifellos liegt das selbe Interesse auch bei den Kassen gegenüber den Aerzten vor. So dürfte die Hoffnung wohl begründet sein, daß das Jahr 1913 den Versicherten wie den Aerzten in Berlin geordnete Verhältnisse und friedliches Zusammenwirken bringen wird.

Aus der Partei.

„Sozialdemokratischer Terrorismus.“

Man schreibt uns aus Coburg: Unter obiger Epithete macht ein Artikel, einen Brief an das Coburger Staatsministerium enthaltend, die Kunde durch die bürgerliche Presse. Dabei handelt es sich um folgende Vorsummiere:

Bei der Landtagswahl für den Coburger Speziallandtag waren im 9. Wahlbezirk Wahlschiebungen größter Art vorgenommen so daß sich die Kreisleitung der Partei veranlaßt sah, Protest gegen die Wahl des mit 1 Stimme Mehrheit gewählten Agrariers Gödel in Oberwohltsbach zu erheben.

Die Wahlen werden durch das Wahlmännersystem vorgenommen.

Der Protest stütze sich in der Hauptsache auf die Aussagen von zwei sozialdemokratischen Wahlmännern, die Gödel mit Bier, Essen und Unterstüchungen anderer Art bedacht hatte. Den sozialdemokratischen Wahlmann Thomä hatte Gödel gesagt: Wenn Du mich wählst, zahle ich an die sozialdemokratische Partei 50 M.

Dies hat Thomä in Gegenwart von Zeugen bestätigt; ja er hat sogar den Redakteur Klingler vom „Volksblatt“ in Coburg in seine Wohnung kommen lassen und ihm dort ebenfalls in Gegenwart von Zeugen die Wahlbestechung Gödels wiederholt. Inausgesprochen richtete Thomä später ein Schreiben folgenden Wortlauts an die Redaktion des „Volksblatt“ in Coburg:

„Gödel wollte durch mich 50 M. an die sozialdemokratische Partei vermitteln, wenn ich ihn wähle. Er hätte alles mit den Führern in Coburg ausgemacht, die mit seiner Wahl einverstanden seien. Mit dem „Volksblatt“ wäre es ausgemacht, daß nichts geschrieben wird.“

Oberwohltsbach, den 6. Oktober 1912.

A. Thomä.

Als das „Volksblatt“ die eigenartige Wahl kritisierte, erhielt der unter Auflage gestellte Redakteur Klingler 300 M. Geldstrafe. Es ist natürlich purer Schwindel, daß Gödel mit den Führern der Coburger Partei verhandelt habe.

Die Wahlprüfungskommission stellte nun Erhebungen an und hat die in Frage kommenden Zeugen vernommen und schließlich gerichtlich verurteilt.

Hier haben nun die Zeugen ihre Aussagen zum Teil erheblich eingeschränkt; bemerkenswert aber ist, daß sich ein Zeuge entschieden weigerte, seine vor Gericht gemachten Aussagen, die seinen früheren Aussagen entgegenstehen, zu bekräftigen.

Thomä gab zu, Unterstüchungen erhalten zu haben, aber nicht um Gödel zu wählen, sondern G. habe ihm diese angehöllt einer Notlage gewährt.

Auf Grund dieser Zeugen-Aussagen beantragte die Wahlkommission vor dem Plenum des Landtages, in der Sitzung vom 11. Januar, das Mandat Gödels für gültig zu erklären.

Um nach außen den Schein der Berechtigung zu wahren, zog der Berichterstatter der Fortschrittler Landtagspräsident Arnold ein Schreiben aus den Akten, das Thomä an den Staatsminister gerichtet hatte.

Das Schreiben dieses traurigen Exemplars eines sozialdemokratischen Wahlmannes, der, was bezeichnend ist, bei dem nunmehr befristeten Abg. Gödel, der Mühlenbesitzer ist, in Arbeit steht, hat folgenden Wortlaut:

„In der Landtagsabgeordnetenwahl im 9. Bezirk ist auf meine Anträge gegenüber der sozialdemokratischen Partei Bezug genommen. Die Sozialdemokratie hat meine Anträge in einer mir sehr unliebsamen Weise ausgemacht. Ich erkläre hierzu, jedoch unter der Bedingung der strengsten Discretion, daß ich der sozialdemokratischen Partei allerdings Bemerkungen gemacht habe, die aber nicht voll der Wahrheit entsprechen. Ich wurde von dieser Partei geradezu hierzu gedrängt; um Ruhe zu haben, ließ ich mich verleiten, mehr zu sagen, als ich beabsichtigt hatte. Ich kann meine Behauptung jedoch keinesfalls öffentlich widerrufen, da ich u. a. befürchten mußte, daß mir Schwierigkeiten gemacht werden, daß ich in meiner Arbeit bezw. in meinem Verdienst in der Weise erfaßt, was bereits der Fall ist. Ich bin in Wirtschaften gräßlich beleidigt worden wegen dieser Angelegenheit von der Partei und erkläre nochmals, daß ich unter keinem Umständen etwas erklären werde, das zu Ohren der sozialdemokratischen Partei gelangen könnte. Zum Beispiel wollten auf einer Arbeitsstelle alle Arbeiter die Arbeit aufgeben, wo ich arbeite, um somit mich brotlos zu machen. Ferner sollte ich aus dem Verband entfernt werden. Dieses letztere würde bedeuten, daß ich nirgends mehr Arbeit erhalten könnte.“

Hochachtungsvoll R. Thomä, Maurer.

Noch nie hat sich Thomä über Schikanierungen beklagen können; er ist Mitglied des Bauarbeiterverbandes seit Jahren und er wäre sicher nicht als Wahlmann aufgestellt worden, hätte er Differenzen nach irgendeiner Richtung gehabt.

Andererseits würde Thomä, wäre er schikaniert worden, sicher nicht Wahlmann geworden sein.

Im übrigen erscheint es mehr als fraglich, ob Thomä der alleinige Verfasser jenes Briefes ist.

Endlich bestätigt.

In Klentploss (Oberfr.) wurde viermal hintereinander ein Sozialdemokrat als Beigeordneter gewählt. Während nun das Bezirksamt Bayreuth dreimal die Bestätigung des gewählten Parteigenossen verweigerte, hat es nun endlich die Wahl bestätigt.

Die bürgerlichen Blätter halten die Bestätigung für um so auffälliger, als der Minister des Innern, Freiherr von Soden, vor kurzem erklärt hat, daß kein Sozialdemokrat in Bayern als Gemeindevorstand werde bestätigt werden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

„Eine kapitalistische Blüte.“

Unter dieser Rubrik hätte unser Dortmund-Parteiblatt eine Notiz der Berliner „Welt am Montag“ entnommen, in der gesagt wurde, daß auch den Arbeitern der Kohlenzeche „Minister Stein“ der Lohn für sechs Schichten als Kontraktstrafe einbehalten wurde, und daß gleich nach dem Streik den Beamten, Steigern usw. dieser Zeche für ihr Wohlverhalten während des Streiks eine Prämie bis zu 70 M. gezahlt worden sei. Trotzdem die Notiz durchaus der Wahrheit entspricht und die Gerichte festgestellt hatten, daß Prämien gezahlt wurden, fühlte sich der Direktor der Zeche „Minister Stein“ beleidigt, und er hatte die Bemerkung, daß das Berliner Gericht gegen die „Welt am Montag“ auf 80 M. und die Dortmunder Strafkammer gegen den Genossen Hensler von der Dortmunder Arbeiter-Zeitung auf 100 M. Geldstrafe erkannt. Der Staatsanwalt hatte gegen ihn 200 M. beantragt. Die Verleumdung wurde lediglich in der Ueberschrift gefunden!

Hochstufweiliches Geldgericht.

Im November vorigen Jahres haben sich unsere Genossen in Lauban zum erstenmal an der Stadtverordnetenwahl beteiligt. Dort besteht auch eine königliche Eisenbahnwerkstätte, deren Arbeiter aufs schärfste überwacht werden; sie sollen sich in keiner Weise in sozialdemokratischem Sinne betätigen. Nun wird von einem Arbeiter dieser Werkstätte behauptet, er habe bei der Stadtverordnetenwahl die sozialdemokratische Liste gewählt, was angeblich auch die amtliche Liste ausweist. Dieser Arbeiter hat aber auch einen Namenszettel mit dem gleichen Vornamen. Wegen beide wird nun eine scharfe Untersuchung geführt. Das Wunderbare dabei aber ist, daß beide Arbeiter erklären, überhaupt nicht an der Wahl teilgenommen zu haben. Diese Behauptung wird durch die von unseren Genossen geführte Kontrollliste bestätigt. Den sozialdemokratischen Listenführer hat man deshalb auch schon benommen. — Wie kommt aber die Betrügerei der Königl. Werkstätte zu den Angaben, die der amtlichen Liste für die Stadtverordnetenwahl entstammen?

Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend. Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nummer 2 des fünften Jahrgangs heben wir hervor: Die Ursachen der Keuzerung. — Vom Reichstag. Wie er gewählt wird. — Einer für alle, alle für einen! Eine Jugenderinnerung von Karl Wermuth. — Die häuslichen Pflichten der jungen Arbeiterinnen. Von Theresie Schiesinger. — Vorsicht beim Einkauf von Schülerzeugen! — Vom Kriegsschauplatz. Die Gegner an der Arbeit usw.

Beilage: Die Ausbesserung der Hanna Quinlan. Australische Erzählung von Edward Dixon (Schluß). — Wielands „Oberon“. Zur 100. Wiederkehr von Wielands Todestag (Mit Bild). Von Otto König. — Mit Schneeschuhen im Riesengebirge. Von Eugen Prager. (Mit Abbildungen). — Etwas über Musikpflege (Fortsetzung). Von A. Luise. — Bücher für die Jugend. — Winternacht. Gedicht von Nikolaus Lenon. — Die Legit der Zerstörung. Erzählung.

Aus Industrie und Handel.

Buschlepper der Hochfinanz.

Aus New York wird uns geschrieben: Seit dem Beginn der Kongresssession nahm die nach ihrem Vorsitzenden Fujo benannte parlamentarische Kommission wieder die Enquete über den Geldtrust auf. Die Untersuchung lieferte den Nachweis, daß die New Yorker Effektenbörse (und mit den anderen ist es in dieser Hinsicht ebenfalls nicht besser gestellt) einen Freibeuterbrief zu haben glaubt, auf Grund dessen sie Tag für Tag den in ein raffiniertes System gebachten Millionenbetrag frech verliert.

In dieser Hinsicht erklärte Frank A. Sturgis, früherer Präsident und gegenwärtig Mitglied des Vorstandes der Effektenbörse, mit trockenem Egoismus: „Die Börse ist keine moralische Anstalt.“ Damit suchte er das einer Unterschlagung gleichkommende Verpfänden fremder Wertpapiere durch Bankiers und Börsenspekulanten wie die betrügerischen Hausse- und Baiffemänner zu rechtfertigen.

Auf die Börse und ihr Treiben braucht hier nicht weiter eingegangen zu werden. Denn die Union, in deren Namen die

Enquete vorgenommen wird, ist zu einem Vorgehen gegen den „Bittbaum“, da dieser seine Geschäfte innerhalb der Grenzen eines einzelnen Staates abwickelt, nicht zuzulässig. Auch der Staat New York vermag bei dem derzeitigen Stande der Gesetzgebung und Rechtsprechung nichts gegen die Börse zu unternehmen, da diese nicht in das Firmenregister eingetragen ist und demnach juristisch gar nicht existiert. Und die Aktiengesellschaft, welcher das Börsengebäude gehört, hat mit dem Börsenbetrieb nichts zu tun.

Gleich lose gegliedert wie die Börse ist auch der Geldtrust. Er ist keine Firma; er hat weder Aktionäre noch Statuten noch Vorstand; kurz, juristisch genommen, gibt es überhaupt keinen Geldtrust. Das machte auch S. P. Morgan bei seiner Vernehmung vor der Pujo-Kommission geltend. Dennoch ist die Existenz des Geldtrusts eine unbestreitbare Tatsache. Er ist eine äußerlich zwanglose, aber durch die Interessengemeinschaft der in ihm vereinigten Finanzmagnaten festgefügte Zusammenfassung von Kapital, die mit ihren Vollstärkern immer neue Erwerbgebiete umfaßt, um sie schon nach einem kurzen Zeitraum direkt und ausschließlich zu beherrschen.

Das Bankhaus Morgan u. Co. kontrolliert nach den Ermittlungen der Pujo-Kommission direkt die First National Bank, die Bankers Trust Co. und die Guaranty Trust Co., alle in New York; die Heilige City National Bank wird von der Rockefeller'schen Standard Oil Co. (Petroleumtrust) beherrscht. Die fünf im Dienste Morgans und Rockefeller's stehenden Finanzinstitute zusammen haben bei 112 Aktiengesellschaften (Banken, Treuhandgesellschaften, industriellen und kommerziellen Unternehmen, Eisenbahn-, Schiff-, Kohlen- und Bergwerksgesellschaften usw.) mit Ressourcen von insgesamt 2345 Millionen Dollars (über 94 Milliarden Mark) nicht weniger als 31 Aufsichtsratsstellen besetzt.

Nach der letzten offiziellen Zusammenstellung (Statistical Abstract of the United States, 1911, Seite 619) stellt sich der Nationalreichtum der gegen 100 Millionen Einwohner zählenden Vereinigten Staaten auf 107 000 Millionen Dollars. Aus parteipolitischen Gründen hat die republikanische Behörde, wie sich an Einzelheiten nachweisen läßt, mit dieser Summe viel zu hoch gegriffen. Die Morgans- und Rockefeller'sche Finanzgruppe kann mehr als ein Fünftel der wirtschaftlichen Reichtümer des Landes nach Gut-Dunken und in konzentrierten Vorhänden ihrer Profitlust dienstbar machen, obwohl sie trotz ihres gewaltigen persönlichen Reichtums nur einen kleinen Teil der Riesensumme von über 2 Milliarden Dollars besitzt.

In welcher Weise die Kontrolle ausgeübt wird, bezeugt, allerdings nur mit heftigem Widerstreben, Walter E. Fow, Mitglied des Aufsichtsrats der Heiligen Bankers Trust Co. Fow's Männern steht die Verfügung über 368 Millionen Dollars zu, welche bei der Bankers Trust Co. und der Guaranty Trust Co. deponiert sind. In jeder der beiden Trust-Compagnien (Treuhandgesellschaften) existiert ein sogenannter Stimmtrost. Der Stimmtrost der Bankers Trust Co. besteht aus S. P. Davison, in Firma Morgan u. Co.; Daniel G. Reid, Mitglied des Aufsichtsrats der Morganschen First National Bank; und George V. Case, Justiziar der gleichen First National Bank. Davison gehört auch dem Stimmtrost der Guaranty Trust Co. an, der sich im übrigen aus B. P. Porter, Mitinhaber der Bank Morgan u. Co., und George R. Baker, dem Präsidenten der First National Bank, zusammensetzt.

Das Wesen des Stimmtrosts der Bankers Trust Co. besteht darin, daß das Stimmtrost alle Aktien, mit Ausnahme von 140, dem Dreierauschuß übertragen ist, der über das gewaltige, dem Finanzinstitut anvertraute Kapital nach freiem Ermessen disponiert. Scheidet ein Mitglied des Stimmtrosts aus diesem aus, so besetzen die beiden verbleibenden Mitglieder die entstandene Vakanz. Die Aktionäre und der Aufsichtsrat haben dabei nichts zu sagen.

Das Stimmtrost von 140 Aktien ist dem Treuhänder Davison-Reid-Case nur darum nicht übertragen, weil jedes Aufsichtsratsmitglied nach den gesetzlichen Vorschriften in dem unbeschränkten Besitz einer bestimmten Anzahl Aktien sein muß.

Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Stimmtrost der Guaranty Trust Co. Auch in zahlreichen anderen von ihnen kontrollierten Unternehmungen üben Morgan und Rockefeller vermittelst des Stimmtrosts ihre Herrschaft aus.

Jedenfalls wäre Morgan im Grunde mit Rockefeller, wenn er es wollte (und dabei seine Rechnung fände), recht wohl imstande, zu einer Zeit wirtschaftlicher Depression eine Finanzpanik herbeizuführen. Daß die modernen Kautschuker der Hochfinanz vor keinem Mittel zurückschrecken und unbedenklich ihren Weg über Tausende ruinierter Existenzen nehmen, geht mit plastischer Anschaulichkeit aus den Bekundungen Tobias Wolffs, Subdirektors der von den Petroleummagnaten S. P. Rogers und William Rockefeller gegründeten United Metal Selling Co. hervor.

Die United Metal Selling Co., die auch zu den Guggenheims und zu deren Amalgamated Copper Co. (Kupfertrust) in engen Beziehungen steht, schloß im Jahre 1907 einer Anzahl Kupferbergwerke die Summe von 42 Millionen Dollars vor und kaufte fünf Monate hindurch fast die gesamte, rund fünfzig Prozent der Weltproduktion ausmachende amerikanische Kupferproduktion auf. Während des genannten Zeitraums brachte sie halt der dem normalen Absatz entsprechenden 180 Millionen Pfund nur 6 Millionen Pfund Kupfer auf den Markt. Die Kupferpreise gingen in die Höhe; im gleichen Verhältnis stiegen die Kurse der Amalgamated Copper Co.-Aktien. Die „eingeweihten“ Aktionäre des Kupfertrusts schlugen einen Teil ihrer Aktien zu hohen Preisen los. Abhandlung wurde der Kupfermarkt überschwemmt. Mit dem Kupferpreis fielen die Kurse der Aktien der Amalgamated Copper Co. Ein „plötzlicher Zufall“ wollte, daß die große, von den Vorkonzernen noch künstlich verschärfte Panik hereinbrach und noch weiter auf die ohnehin schon weichen Kurse der Kupferaktien drückte. An einen Spottpreis wurden die zu hohen Kursen abgelassenen Kupferaktien von den „Modernen“ wieder aufgekauft. Wenn das unweiblichste Manöver auch direkt von der Rockefeller'schen United Metal Selling Co. durchgeführt wurde, so stand indirekt doch die ganze Geldtruststippe dahinter, wie denn auch Morgan mit den Guggenheims liiert ist.

Und die Bundesregierung machte sich in der Panikzeit 1907/08 bewußt zum Mitschuldigen Morgans und seiner Konjunktur. Wenn auch der Inhalt der Wolfson'schen Aussagen damals nicht richtig erachtet und der Mangel des Volkes nicht bekannt war, so wußten doch die Börse und die Regierung um die Transaktion. Trotzdem stellte das Bundes-Schatzamt dem Bankier S. P. Morgan, der große Summen zum Wahlfonds Roosevelt's beigegeben hatte, zinslos 42 Millionen Dollars zur Verfügung, um die Situation zu retten. Morgan wies sich selbst 17 Millionen zu, während er mit 25 Millionen Dollars (aber wohl gemerkt, nur gegen Zinsen) „seinen“ und einigen mit diesen isolierten Banken, die des Besandes gar nicht bedurften, „beisprang“. Mit anderen Worten: Morgan stellte die 42 Millionen Dollars Bundesgeld in den Dienst seiner gewinnlüsternen Spekulation.

Wann immer sich unsere Wohlhabender nicht zu raten oder zu helfen wissen; wann immer sie keine Abhilfe schaffen wollen, aber beim Volke den Eindruck guten Willens hervorgerufen möchten, veranstalten sie Enquêtes. So wird auch die Untersuchung der Pujo-Kommission wirkungslos verpuffen. Die Konzentration der Macht des Bankkapitals und die Erhebung des Industrietitals durch das Finanzkapital ist eine unvermeidliche Folge unserer Gesellschaftsordnung und keineswegs speziell amerikanisch, wenn auch hierzulande weiter vorgeschritten wie in Europa. Angeht's der mangelnden Elastizität unseres Banknotenumschlags brauchen wir mächtige Banken und Bankengruppen. Das nächstliegende Hilfsmittel wäre die Errichtung einer Bundesbank nach dem Muster der deutschen Reichsbank, der Banque de France oder der Bank of England. Aber davon will nicht einmal die unter den jetzigen Zuständen feufende Bankwelt etwas wissen. Denn eine derartige Zentralbank wäre hierzulande lediglich ein offizielles Institut zur Förderung der Interessen der Verschlepper von der Hochfinanz.

Von allen bis jetzt aufgetauchten Reformplänen, deren bekanntester von dem früheren Bundes Senator Aldrich herrührt, findet keiner bei der Mehrheit der Geschäftswelt Gegenliebe.

Ohne vorherige Bankreform läßt sich aber gegen den Geldtrust nichts ausrichten. Auch darum liefert die Pujo-Untersuchung wohl Sensationen, aber keine Resultate.

Soziales.

Kahmarec vor dem Gewerbegericht.

Gegen den rühmlichst bekannten Arbeitswilligen-Agenten Karl Kahmarec (Schweden) jetzt eine Reihe Klagen vor dem Berliner Gewerbegericht. Wie ja bekannt ist, hat Kahmarec eine größere Anzahl Leute um sich, die bei einem ausgebrochenen Streik oder einer von den Unternehmern provozierten Aussperrung ihren Arbeitsbrüdern durch Verrichtung von Streikarbeit in den Rücken fallen. Nach allen Himmelsrichtungen „vermittelt“ Kahmarec seine Leute. In Magdeburg, Königsberg, Götting, selbst in Wahren usw. hat er mit den Industriegewaltigen und sonstigen Scharfmachern Verträge abgeschlossen. Wie eine Herde willenloser Sklaven dirigiert er die Arbeitswilligen bald hier, bald dorthin. Die Leute selbst kommen mit den Industriellen gar nicht in Berührung. Als Arbeitgeber gilt für sie nur Kahmarec, mit dem sie auch einen Arbeitsvertrag abschließen. Nach dem Vertrag, der von Kahmarec als Arbeitgeber unterzeichnet ist, werden die Arbeiter auf unbestimmte Zeit mit Kündigungsausschluß engagiert. An Lohn werden täglich 5,50 M. bei freier Station vereinbart. Außerdem wird jedem Arbeiter, wenn er bis zur Vereinbarung des Stretks im Arbeitsverhältnis verbleibt, eine Streikgratifikation von täglich 1 M. zugesichert.

Manche Arbeiter haben sich wohl nun durch die scheinbar günstigen Arbeitsbedingungen in die Kette Kahmarecs locken lassen. Wer aber einmal gefangen war, konnte nicht so leicht wieder frei kommen. Der „Vorwärts“ hat schon wiederholt berichtet, wie schwer es einem Arbeiter wurde, wieder in den Besitz seiner Papiere zu gelangen. Auch behaupten Arbeiter, daß die Bedingungen des Arbeitsvertrages nicht erfüllt würden. Sie suchten nun ihr Recht durch Klage vor dem Gewerbegericht. Vor der Kammer 4 forderten gestern zwei Arbeiter die Beträge von zusammen 63 und 66 M. Beide waren in mehreren Orten, zuletzt in Riesa (Mähren) als Arbeitswillige tätig.

Bevor in die materielle Verhandlung eingetreten wurde, mußte über die Zuständigkeit des Gewerbegerichts entschieden werden. Kahmarec ließ sich durch einen seiner Helfershelfer vertreten. Ueber seine nützliche Tätigkeit machte Kahmarec in einer kürzlichen in derselben Sache stattgefundenen Verhandlung folgende nicht uninteressante Angaben: Als Arbeitgeber komme er nicht in Frage. Er sei kein Gewerbetreibender, zahle daher auch keine Gewerbesteuer. Er arbeite nur im Interesse seiner Kollegen, indem er ihnen die Arbeiten vermittele. Auch wäre er kein Agent, sondern Leiter der antigerichtlichen Vereinigung. Der freien antigerichtlichen Vereinigung — die natürlich niemand kennt — gehören 1800 Mann an, die bei Ausbruch eines Streiks den Unternehmern jederzeit zur Verfügung ständen. Unter den 1800 Mann befänden sich mindestens 200 wirklich treue Anhänger, die alles, die ihr Leben für die Sache opfern würden. Er schließe die Verträge im Namen der Vereinigung mit den bestreikten Industriellen ab.

Die Kläger bestritten Mitglieder dieser antigerichtlichen Vereinigung zu sein. Als sie ihre Ansprüche bei einer Firma geltend gemacht hätten, habe diese gesagt, sie habe mit den Arbeitern nichts zu tun. Diese sollten sich an Kahmarec wenden, denn mit ihm schließe sie alle Verträge ab. Sie (die Kläger) stützten sich auf den mit dem Beklagten vereinbarten Vertrag und beantragten dessen Verurteilung.

Das Gericht, unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Gerth, wies die Kläger wegen Unzuständigkeit des Gewerbegerichts mit der erhobenen Klage ab. Der Beklagte habe keinen Gewerbebetrieb, sondern vermittele nur die Arbeit.

Den Klägern wurde der Rat gegeben, die Klage beim ordentlichen Gericht anzustrengen.

Da das Gewerbegerichtsurteil unanfechtbar ist und durch seine Entscheidung die Zuständigkeit des Amtsgerichts begründet wird, selbst wenn nicht dies, sondern das Gewerbegericht eigentlich zuständig wäre, werden die Kläger den Rat befolgen müssen. Die Entscheidung des Gewerbegerichts halten wir für falsch: die gewerbenmäßige Vermittelung von Arbeitskräften ist ein Gewerbebetrieb. Für die Klagen war deshalb das Gewerbegericht zuständig.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen als Schöffen.

Als der Reichstag vor zwei Jahren das Gerichtsverfassungsgesetz beriet, wurde ein altes Unrecht aufgehoben: die Ausnahmestimmung fiel, welche die Volksschlichter bisher vom Schöffen- und Geschworenentum ausschloß. Die Wahlen standen damals vor der Tür, die bürgerlichen Parteien wollten die Gefolgschaft der Lehrer nicht verlieren, und so entstand ein wahres Wettrennen, ein geradezu schamloses Wüsten um die Gunst der Volkserzieher. In den Schöffen- wie in den Geschworenengerichten kann der Lehrer nun seine Kenntnis des Volkslebens sowohl in der Verhandlung als auch bei der Fällung des Urteils ausschlaggebend in die Waagschale werfen. Anders bei den Lehrerinnen. Obwohl sie in allen einschlägigen Dingen genau ebenso sachverständig sind wie die Lehrer, obwohl ihre Mitwirkung in der Rechtspflege in Beratung, Verteidigung und Urteilsfällung im Interesse angelegter Frauen und Kinder von hohem Werte wäre, ging der Reichstag über die sozialdemokratischen Anträge einfach zur Tagesordnung über. Die Lehrerinnen kamen ja als Wähler nicht in Betracht, sie waren politisch ohnmächtig, man konnte ihnen ungeachtet die Gleichberechtigung mit den Lehrern auf diesem Gebiete betweiligen.

Übermal's handelte es sich vor einigen Tagen im deutschen Reichstage um die Durchbrechung des Prinzips, das Frauen von der Rechtspflege ausgeschlossen wissen will. Am 18. Januar hat der Reichstag den neuen Gesetzentwurf über die Jugendgerichte in erster Lesung beraten und einer Kommission überwiesen. Der von der Regierung eingebrachte Gesetzentwurf berücksichtigt die Frauen insofern, als er sie als Beistand bei der Hauptverhandlung und als Fürsorgefrauen zulassen will. Er motiviert diese kleine Konzession damit, daß, wenn es sich um weibliche Angeklagte handelt, Frauen in hervorragendem Maße zum Amt des Fürsorgers geeignet sein werden. Ja, wenn sie hierzu so hervorragend geeignet sind, warum dann nicht auch zum Schöffengericht, zur Mitwirkung an der Urteilsfällung? Der Gesetzentwurf verlangt, daß solche Personen als Schöffen für Jugendgerichte zu berufen sind, die in der Jugend-erziehung besondere Erfahrung haben, z. B. Volksschullehrer. Trifft dies nicht auf die Volksschullehrerinnen in demselben Grade zu wie für den Lehrer? Es dürfte schwer sein, nachzuweisen, daß die Lehrerinnen etwa minder befähigt und weniger vorgebildet wäre für das Verständnis des kindlichen, speziell des weiblichen Seelenlebens als der Lehrer. Womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß nur Volksschullehrerinnen die ersten Frauen sein müssen, die in Deutschland dem Richteramt zugeführt werden. Die Sozialdemokratie steht vielmehr auf dem Standpunkt, daß Laienrichter auch aus der Arbeiterklasse genommen werden sollen. Unter den in der Kinder-erziehungsbewegung bewährten Arbeiterinnen dürfte es sicher geeignete Persönlichkeiten für das weibliche Jugendrichteramt geben.

Die Forderung des sozialdemokratischen Redners, Frauen als Schöffen zuzulassen, fand in der Reichstagsagung am 13. Januar wenig Gegenliebe. Von den bürgerlichen Rednern war es nur

ein nationalliberaler Professor, ein Eingänger, der es — undenkbar — um die in Geschlechtsvorurteilen befangenen Richter in den Reihen des Liberalismus — ruhig aussprach, daß man zu weiblichen Schöffen das Vertrauen haben dürfe, sie werden etwas Gutes leisten und in gar manchen Fällen ihre Aufgabe besser lösen können als der Mann. Nicht nur aus dem Gesichtspunkt der Geschicklichkeit, sondern aus dem der Zweckmäßigkeit seien die Frauen als Schöffen zuzulassen. Konserervative und Reichsparteiler nahmen dagegen — wie ja auch nicht anders zu erwarten war — eine stilt ablehende Haltung ein. Der Konservative Redner meinte, er und seine Kollegen besäßen zu viel Verehrung, viel zu viel Respekt und Lebenswürdigkeit den Damen gegenüber, als daß sie ihnen ein so strenges, raues und schweres Amt aufbürden wollten. Diese Verehrung und Hochachtung hat die Agrarkonservativen noch niemals gehindert, es ganz in der Ordnung zu finden, wenn hochschwangere Landarbeiterinnen die rauhsten und schwersten Arbeiten leisten müssen. So wideln sie die Frauen in Komplimente ein, während sie ihnen kräftige Fußtritte verfehen.

Dabei würde man mit der Zulassung von Frauen zum Richteramt durchaus keinen Sprung ins Dunkle tun. Einige „wilde“ Länder, wie Argentinien, Tasmanien, Victoria und Queensland haben Frauen als Richter. In Europa hat Norwegen Frauen als Laienrichter in Strafsachen zugelassen, und überall hat die Einrichtung sich bewährt. Es würde nach allem ein nicht unwesentlicher Fortschritt sein, wenn die deutschen Frauen durch die Jugendgerichte ihren Einzug in die Rechtspflege halten würden. Unter den 50 000 Jugendlichen, die unter den herrschenden sozialen Zuständen alljährlich verurteilt werden, befindet sich eine große Zahl von Mädchen, denen die lebenserfahrene Frau als Beirat, Fürsorgerin und Schöffin von entscheidender Bedeutung werden kann.

(Siehe auch erste Beilage.)

Gerichts-Zeitung.

Gefangenendefreilung.

Die Flucht des später von einem Kriminalbeamten erschossenem Geldschmuckdiebsteher Max Gorstl aus dem sogenannten festen Haus der Irrenanstalt Buch hatte gestern vor der 5. Strafkammer des Landgerichts III ein gerichtliches Nachspiel. Wegen Vergehens gegen den § 121 Str. G. B. (vorläufige Gefangenendefreilung) waren angeklagt: der Irrenpfleger Will Grenz, der Schlosser Ernst Burmeister und die geschiedene Frau Stefanie Martiewicz.

Der Angeklagte Grenz ist von Beruf Schlosser. Er war, nachdem er kurze Zeit in einer Irrenanstalt in Eberswalde zum Pfleger ausgebildet worden war, in der Irrenanstalt Buch als Pfleger angestellt worden. Dort erhielt er neben freier Station ein Gehalt von 55 M. Er wurde gleich in dem sogenannten festen Haus Nr. 13 beschäftigt, in welchem bekanntlich nur die schwersten Verbrecher interniert werden, von denen manche die Geisteskrankheit nur simulieren. Wie eine Reihe anderer Fälle gelichtet hat, ist die Verführung in diesem „festen Hause“ für das Pflegepersonal besonders groß, da schon wiederholt die Angehörigen der internierten Verbrecher mit dem Pfleger in Verbindung getreten waren. Auch der Angeklagte zeigte sich nicht stark genug, der Verleitung zu widerstehen. Als er eines Tages gebeten wurde, einen Brief an die Cousine des Gorstl, die jetzige Mitangeklagte Martiewicz, zu besorgen, ließ er sich, da ihm alle möglichen Vorteile zugesichert wurden, hierzu verleiten. Er erwichen bei der R., die früher mit Gorstl ein Liebesverhältnis unterhalten hatte, und übergab ihr den Brief, der einen wohlüberlegten Fluchtplan enthielt. Die Martiewicz versprach ihm vorläufig 150 M., und wenn die Flucht geglückt sei, noch weitere 1000 M. Grenz erklärte sich damit einverstanden und erhielt von der R. ein Stück Postgeld, ein wackriges Päckchen, mit dem Auftrage, damit Abdrücke von den Angeklagten kommenden Schöffens herzustellen. Grenz fertigte diese Abdrücke auch an und erhielt dafür von der R. 60 und bald darauf noch einmal 40 M. Nach den Abdrücken stellte der Angeklagte Burmeister Nachschlüssel, die dann von Grenz dem Gorstl eingehändigt wurden. Um auf Grenz keinerlei Verdacht fallen zu lassen, wurde vereinbart, daß die Flucht an einem Tage bewerkstelligt werden sollte, an dem G. dienstfrei war. In diesem Tage, dem 20. Oktober v. J., wurde denn auch von Gorstl in Begleitung der ebenfalls „geisteskranken“ Verbrecher Paul Spöhr und Wilhelm Meyer die Flucht bewerkstelligt. Gorstl, der inzwischen auch in den Verdacht geraten war, an der Rimonschen Wochschoße beteiligt zu sein, wurde dann am 24. November in der Eisenstraße in Treptow von dem Kriminal-Schuttmann Wildt in der Notwehr erschossen. Auch die beiden anderen Verbrecher wurden vor kurzem von der Kriminalpolizei gefaßt.

Vor Gericht war Grenz geständig, während die beiden Mitangeklagten jede strafbare Handlung in Abrede stellten. Das Urteil lautete gegen Grenz auf 1 Jahr und 3 Monate, gegen Burmeister auf 6 Monate und gegen die Martiewicz auf 9 Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte je 1 1/2 Jahre Gefängnis beantragt.

Erpresser.

Ein recht gefährliches Liebesabenteurer hatte der Schlosser Sch. zu bestehen gehabt, der gestern vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I als Zeuge erscheinen mußte. Die auf Erpressung lautende Anzeige richtete sich gegen den 35-jährigen Arbeiter Bruno Großmann und die ledige Helene Burghard.

Eines Abends im September v. J. machte der Zeuge Sch. auf der Straße die Bekanntschaft der jetzigen Angeklagten. Beide unternahmen eine kleine Dummelfahrt durch verschiedene Lokale, um sich schließlich in der Wohnung der R. ein Rendezvous zu geben. Nachdem sich Sch. gerade einige Minuten in der Wohnung aufgehalten hatte, ging plötzlich eine Tür auf und herein trat in Begleitung eines säbnerstehenden und grimmig leuchtenden Burghardes der jetzige Angeklagte Großmann. Er fragte den Erpresser, was er bei seiner Frau des Nachts zu suchen habe. Der scheinbar aufs höchste empörte „Ehemann“ tat, als wenn er grimmige Rache nehmen werde. Sch. retirierte auf ein hinter ihm stehendes Sofa. Von hier aus verfolgte er sich auf Parlammentieren mit dem Erfolge, daß der erzürnte „Ehemann“ sich nachgiebiger zeigte und sich schließlich bereit erklärte, die Sache mit Geld aus der Welt zu schaffen. Er zog dem Sch. einfach den Paletot aus und empfahl ihm dann, sich so schnell als möglich zu „drücken“. Am nächsten Tage erstattete der Zeuge Anzeige, da er annahm, daß die ganze Sache eine abgeleitete Komödie gewesen war. Das Gericht erkannte mit Rücksicht auf die ebenso raffinierte wie gemeingefährliche Handlungsweise der noch nicht vorbestraften Angeklagten auf je 9 Monate Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust.

Aus aller Welt.

Die altpreussische Sparsamkeit.

In einer seiner recht zahlreichen Reden brachte Wilhelm II. einmal zum Ausdruck, daß das Volk mehr als bisher zur altpreussischen Sparsamkeit und Einfachheit zurückkehren solle. Zwar ist Einfachheit in der Lebensführung nicht immer ein Charakteristikum preussischer Könige gewesen — es sei nur erinnert an die Verschwendungssucht und Robenarrheit des ersten preussischen Königs, der seinem Nachfolger leere Kassen und einen Haufen Schulden hinterließ —; immerhin aber hat der Hinweis auf Beschränkung des Luxus allgemeine Zustimmung gefunden. Aber das Gegenteil der erhofften Wirkung ist eingetroffen. Nicht eingeschränkt haben die Reichen ihre Bedürfnisse, sondern immer mehr mochten sich wahninnig vor Luxus und pompheftige Verschwendung breit.

Eine Gelegenheit zur Entfaltung „königlicher Pracht“ bietet sich den Erbkönigen gelegentlich der Gala-Cour am König-

lischen Hofe. Eine Gräfin will der anderen den Rang ablaufen, jede ist bemüht, durch ihre Robe die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Sparsamkeit ist da nur an einer Stelle zu finden, nämlich in der Bekleidung der Arme und der Brust. Da ist keine Kleidsucht. Aber was die eleganten Damen oben zu wenig anhaben, das hängen sie ihrem Courkleid als Schleppe an. An ein paar Beispielen wollen wir nach dem „Lokalanzeiger“ illustrieren, wie die Robe des deutschen Kaisers bei den ihm nahestehenden Herrschaften gewirkt hat:

Baronin Biegeleben, die Gemahlin des Großherzoglich Hessischen Gesandten, führte eine junge Tochter zu Hofe, Fräulein Maria von Biegeleben, deren Schleppe und Kleid waren von rottem Rosa, sie trug Apfelblüten als jugendlichen Schmuck am Kleid und im Haar. An der Robe der Gesandtin sahen kostbare alte Spitzen. Die weiße Seide war in Silber bestickt und eine hellblaue Samischleppe vervollständigte die Courtoilette. Erzherzogin von Szögény, die Gattin des österreichisch-ungarischen Gesandten, trug das reich in Gold ausgefärbte ungarische Nationalkostüm mit schöner Zobelverbrämung. Der Schleier war echte Prüssler Spitze, ein Diamantdiadem hielt ihn im Haar fest, und schöne Perlen schmückten den Hals. Erzherzogin Frau von Beilmann-Hollweg, geb. von Pfuel, die Gattin des Reichsanwalters, hatte den Courtschleier aus Diadem aus Brillanten im blonden Haar befestigt. Der türkischfarbene Schleppe samt war reich mit Silber gestickt und fiel über ein weißes, silbergesticktes Kleid nieder. Frau von Breitenbach als Ministergattin sah würdevoll aus im türkischfarbenen Goldbrokatkleid, das Silberstickerei und handgenähte Spitze schmückten. Die gold- und silbergestickte Schleppe war im gleichen Farbton gehalten.

Und so geht es weiter. Alle die Damen, die der Ehre für würdig befunden wurden, an der Gala-Cour teilzunehmen, geschmückt mit Perlen, Brillanten, kostbaren Pelzverbrämungen, Gold- und Silberstickereien usw.

Mit unwilligem Stierneigen mag Wilhelm II. das Vorübergehen all der herrlichen Pracht beobachtet haben, oder gilt die Mahnung zur Sparsamkeit nur denen, die durch ihre Einkommensverhältnisse von vornherein schon vor Verschwendung bewahrt sind?

Dampferkatastrophe an der portugiesischen Küste.

Aus Madrid wird gemeldet: Einem Funkenspruch zufolge ist der englische Dampfer „Veronese“, der Donnerstagmorgen mit 130 Passagieren Vigo verlassen hat, bei Beiroes gescheitert. Der aus Argentinien in Vigo eingetroffene Dampfer „Hollandia“ berichtet, daß er von morgens bis mittags in der nächsten Nähe des „Veronese“ geblieben sei, jedoch wegen des überaus stürmischen Seegangs den Schiffen keine Hilfe bringen konnte. Bis Freitagmittag waren 84 Passagiere des „Veronese“ an Land gebracht worden, 16 Reisende seien bei den Rettungsversuchen ertrunken.

Nach einer späteren Meldung wird der Dampfer für verloren gehalten. Er liegt ganz auf einem Felsen. Die Wellen bedecken ihn und drohen ihn zu zerstören. Infolge der hohen See sind die Rettungsarbeiten ungemein erschwert. Die Nachrichten über den Stand der Rettungsarbeiten gehen auseinander. Es liegt jetzt eine Meldung vor, die von nur fünf Geretteten spricht. Der

„Veronese“ war auf der Fahrt nach Brasilien und Argentinien begriffen.

Hochkonjunktur für den Galgen in Deutsch-Südwestafrika.

Das Kaiserliche Gouvernement von Deutsch-Südwestafrika gibt unter dem 20. Dezember v. J. folgendes bekannt:

Seit September 1900 wurde Prospektor Groeneveld und seit Mai 1911 Prospektor Jansen, welche beide von Noob aus in der Richtung Tschauabflus die Kamib durchquert hatten, demüthigt. Mehrere Polizeipatrouillen wurden nach den Vermissten entsandt. Die Leberreste Groenevelts wurden bei der Wasserstelle aus dem Tschauab gefunden und als Todesursache wurde Unfall vermutet. Von der Jansenschen Expedition trat nur ein Eingeborener mit zwei Eseln und Ausrüstungsstücken in Kallahöhe ein. Der Eingeborene gab an, Herr Jansen wäre vorausgegangen nach Sehtiem, um Wasser zu suchen, und mühte sich verirt haben.

Jetzt ist nun durch Aussagen von Buschleuten, die wegen Viehdiebstahls verhaftet wurden, zutage gekommen (diese Aussagen sind ein recht unzuverlässiges Verweismaterial! Red. d. „N.“), daß beide Prospektoren von den Buschleuten Claas, Sorcis und Wilhelm ermordet und ihrer Waffen und sonstigen Habe beraubt worden sind. Die Mörder Claas und Sorcis sind vom Eingeborenengericht Kallahöhe am 13. November 1912 zum Tode verurteilt worden. Das Urtheil ist an dem Reichsmann Claas am 18. Dezember in Kallahöhe vollstreckt worden, während Sorcis im Gefängnis an Herzschwäche gestorben ist. Wilhelm konnte bisher trotz eifrigster Nachforschung noch nicht ergreifen werden.

Ferner wird aus Deutsch-Südwestafrika gemeldet, daß die beiden Raubmörder Sommer und Fall am 12. Dezember im Hofe des Windhuker Gefängnisses durch den Strang hingerichtet wurden. Beide waren geständig, feinerzeit den Mordfall auf zwei Polizeiforceanten verübt zu haben, von denen der eine ermordet wurde, während der andere mit einer Verwundung davonkam.

Es ist dies das erste Mal, daß die Todesstrafe an Weiße in den deutschen Kolonien durch den Strang vollzogen wird. Auf Grund des Schutzgebietgesetzes vom 10. September 1900 kann durch Kaiserliche Verordnung bestimmt werden, daß an Stelle der Hinrichtung die Todesstrafe in anderer Form vollstreckt wird. Die „koloniale Korrespondenz“, die die Superiorität der weißen Rasse auch auf dem Gebiete der Henkerarbeit gewahrt wissen will, bemerkt dazu: „Immerhin dürfte zu erwägen sein, ob nicht aus rassenpolitischen Bedenken eine Differenzierung im Vollzug der Todesstrafe bei Weißen und Eingeborenen am Platze wäre.“

Volkfreundliches vom österreichischen Thronfolger.

Erzherzog Franz Ferdinand hat bekanntlich das herrliche Städtchen im Lande Salzburg für den Touristenverkehr gesperrt, damit das Naßwäld nicht gemindert werde. Nun hat er auch den österreichischen Touristenklub aufgefordert, das Schaubau auf der Hochalpe, jenem kolossalen Massiv, das sich zwischen Bayern und dem Salzachnie bei Bischofshofen erhebt, zu räumen, da er den Hochalpe abiperrten will. Das Landgericht Salzburg mußte die Klündigung als rechtmäßig anerkennen, denn der Hochalpe gehört zum Habsburgischen Familienfideikommiß. Vielleicht verleiht sich das allergnädigste auch noch die ganzen Alpen ein!

Kleine Notizen.

Grubenunglück. Auf der Kohlengrube „Paris“ des Bergwerks in Dombrowa (Rußland) riß ein Hebefeis, wodurch zwei Arbeiter getödtet und vier schwer verletzt wurden.

Schwerer Unfall. Auf dem Dorimunder Hochofenwerk der Aktiengesellschaft „Pödnig“ in Hörde erlitten durch eine unermutet aus einem Ofen schlagende Stichflamme drei Arbeiter

schwere Verbrennungen. Die Verletzten wurden ins Krankenhaus gebracht.

Eisenbahnunglück. Eine entliche Weidung aus R.-Gladbach besagt, daß am 10. Januar, abends 10.5 Uhr, bei der Blockstelle Eiden (Erdre Neuwerk-Abzweig) der Güterzug Nr. 6318 durchtrifft. In der Weidung zurücklaufende Wagen stießen mit einem im Bahnhof Neuwerk haltenden Güterzug zusammen. Ein Hilfslokomotive wurde getödtet. Der Zugverkehr auf dem besagten Gleis war vier Stunden lang unterbrochen. Untersuchung ist eingeleitet.

Eine Kindesmörderin zum Tode verurteilt. Das Karlsruher Schwurgericht verurteilte Frau Reichert geb. Jaeger aus Hochlingen wegen Mordes zum Tode, ihre Tochter Emma Reichert wegen Kindesmordung zu vier Jahren neun Monaten Gefängnis. Frau Reichert hatte in der Nacht vom 18. zum 19. September im Kinderhändchen mit ihrer Tochter ihr Enkelkind getödtet und den Körper im Herd verbrannt.

Raubmord. In der Nacht zum Freitag wurde, wie das „Remeler Dampfboot“ meldet, in Affigien-Pösch bei Dollaten (Cöpr.) ein unbekannter Russe von dem 16 Jahre alten Knaben Güns erschlagen. Der Russe, der einen großen Beutel mit russischen Kupfergeld bei sich trug, gefellte sich in einer Wirtshaus zu einer Anzahl schon ziemlich begehrt Anrede. Da diese vermuteten, daß in dem Beutel des Russen ein größerer Geldbetrag verborgen sein müsse, beschloßen sie, um sich in den Besitz des Geldes zu setzen, den Russen zu erschlagen. Im ganzen erbeuteten der Beutel fünf Mark russischen Geldes. Güns und sein Komplize wurden verhaftet und dem Remeler Amtsgerichtsgefängnis zugeführt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Ende Januar 60, dann vier Wochen lang, wöchentlich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Beitrag ist ein Quäntchen und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht ertheilt. Anfragen, denen keine Monnentschuldung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

2. 24. 27. 1. und 3. Beantworten Sie bei dem Amtsgericht, Kassel, die in dessen Bezirk der Vater verstorben ist, die Vermittlung der Auseinandersetzung. Gelangen Sie dort nicht zum Ziel, so bleibt nur die Klage übrig. 2. Die Anwaltskosten belaufen sich auf ca. 100 M. 4. Einen Antrag können Sie beim Vormundschaftsgericht einreichen. Ob dem Antrag stattzugeben ist, liegt im Ermessen des Richters. — G. 2. 25. 1. Kleidungsstücke und Waagen müssen Sie herausgeben. 2. Ja. 3. Das würde nicht ausreichen. Sie müssen eine Erklärung zu notariellen oder gerichtlichen Protokoll abgeben und durch das Amtsgericht publizieren lassen. 4. Ist zulässig. 5. Bis zur Dauer von 6 Monaten. 6. Wenn ein Scheidungsgrund vorliegt, ist eine Aufforderung nicht notwendig. Andernfalls genügt einmalige Aufforderung vor Erhebung der Klage auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft. — H. 1. 1. Sie haben Anspruch auf Entlassung der Steuer für die Zeit vom 1. Dezember ab. Der Antrag ist bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission einzureichen. — G. 3. 8. 1. und 2. Ja. 4. Pro. seit Nichtigkeit der Forderung. 3. Unbekannt. 4. Ihr Mann kann die Sachen veräußern oder durch Testament für den Todesfall anderweit verfügen. — T. 2. 1. und 2. Ja. — J. 3. 60. Anspruch auf Erbfallrente besteht noch nicht, da die gesetzliche Wartezeit von 300 Beitragsmonaten noch nicht erfüllt ist. Ob der Dienstgeber erlagspflichtig ist oder nicht, hängt davon ab, ob demselben ein Verbandsbeitrag entrichtet ist oder nicht. Nach dieser Richtung hin läßt sich aus Ihrem Brief nichts entnehmen. — G. 7. 26. Der Stempelbetrag ist richtig berechnet. Sie sind nur zahlungspflichtig, wenn im Rückvertrage eine Zahlungsfrist festgelegt ist. — C. 39. Ja. — Wetzlar 05. 1. Für den Monat, an welchem die Leistung stattgefunden hat, besteht Anspruch auf Erlass der Staatseinkommensteuer. Stellen Sie einen dabingehenden Antrag bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission. 2. 144 M. pro Tag. — H. 3. 100. Die Versicherungsbedürfen stellen darüber keine Auskunft. — J. 2. 6. 1. Der Verkauf ist zulässig. Ein privatrechtlicher Vertrag genügt. — Weihenstephan 100. Ihre Sachdarstellung reicht nicht aus. Kommen Sie mit den Schriftstücken, welche auf die Angelegenheit Bezug haben, in die Sprechstunde. — W. 9. 23. In der Regel besteht in solchen Fällen die Zuzahlenderückversicherungspflicht.

Manchester-Anzüge
Marke Gambinus. Warm gefüttert. Strapsanzug.
Joppe dreiflig 11.90
Weste 3.60
Hose 6.75

Herkules-Leder-Hosen
Alleinverkauf. Gestreift od. einfarbig. Kerse u. stark. Best. Arbeit. Bund aus einem Stück. Schwere Taschen.
4.50

Weißbleicherlacke te vorzüglich in Waache 3.65 u. 2.50

Billige Angebote
halbbaren, bewährter und gutschmeckender

Berufs Kleidung

Pa. blaue Monteur-Jackette
Körper od. Dreifl. Just- u. waschsch. Extra lang. Geestel. geschützt. Taschen. Verriegelung. M. 2.45

Setzer-Rittel 3.10 2.50

Maler-Rittel 2.90 2.00

Haupt-Katalog Nr. 46 (Berufs-Kleidung) postfrei!

BAER SOHN

Chausseestraße 29-30 Berlin 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Str. 20 Gr. 1891 Schöneb., Hauptstr. 10

Berufs-Kleidung
für alle Zweige der Gewerbe u. Industrie

Schutz-Kleidung
für Sanitätsdienst und gewerbepolizeiliche Vorschriften

Mastlem

Die neue Problem



Schluss-Woche unseres Inventur-Ausverkaufs!

Schluss am 25. Januar

Der außergewöhnliche Erfolg spricht für die Vorteile, die wir bieten

10% in bar
auf sämtliche Winter-Artikel
Bis
45% auf diverse Leder-Artikel

Unsere Inventur-Schlager:

Damen-Schnürstiefel 7⁹⁰

1a Chevreaux, Orig. Goodyear-Welt, ... statt 14.50 jetzt

Herren-Schnür-, Zug- u. Schnallenstiefel 11⁹⁰

1a Chevreaux und Boxalt, Original-Goodyear-Welt, Rahmen genäht, ... statt 16.50 jetzt

Schuhfabrik Conrad Tack & Cie. A.-BURG

G., b. Magdebg.

130 Verkaufsstellen im Deutschen Reich, davon in Berlin und Umgegend:

C. Spillmanns 15	W. Schillknecht 16	NW. Beusselstrasse 29	N. Reindendorfer Str. 33	O. Androssstrasse 50	SO. Oranienstrasse 32	Charlottenburg: nur Wilhelmsdorfer Str. 123-123
C. Rosenthaler Str. 14	NW. Turnstrasse 41	N. Friedrichstrasse 127	N. Brunnenstrasse nur 7	O. Frankfurter Allee 125	SO. Wringelstrasse 49	Neukölln: Bergstrasse 50-51
W. Potsdamer Str. 50	NW. Wilschstr. 23	N. Mollnerstrasse 3	N. Danziger Strasse 1	SO. Oranienstrasse 2a	SW. Friedrichstr. 240-241	Potsdam: Brandenburger Strasse 54




Inserem lieben Genossen
Paul Rau
nebst Frau
die herzlichsten Glückwünsche zur
Silberhochzeit.
Die Genossen u. Genossinnen
des 7. Bezirks Wilmersdorf.

Todes-Anzeigen

Deutscher Hozarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Möbel-
polierer

Otto Land
Friedberg, Kantstr. 16, im Alter
von 23 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt am
Sonntag, den 19. Januar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle des
Kammelsburger Gemeinde-Fried-
hofes in der Lüdstr. aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Droschken-
führer

Karl Brennecke
am 15. d. Mts. im Alter von
68 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 18. d. Mts.,
nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle des Karlsruh-Rich-
hofes, Wilmersberg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Allen Verwandten und Be-
kannnten die traurige Nachricht,
dass nach kurzem Leben unser
lieber Sohn, Enkel, Urenkel und
Bruder

Werner Mücke
im 7. Lebensjahre verstorben ist.

Erich Mücke und Frau.
Die Beerdigung findet Montag,
nachm. 3 1/2 Uhr, von der Halle
des Zentral-Friedhofes, Friedrichs-
felde, aus statt.

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der deutschen Wagenbauer.**
Berlin VI.
Nachruf.

Hiermit den Mitgliedern zur
Kenntnis, dass unser Mitglied,
der Mechaniker

Hermann Kupfer
am 6. d. M. in Döbeln (Sachsen)
verstorben ist.

Allen Freunden und Bekannten
zur Nachricht, dass unsere gute
Putee, Schwieger- und Groß-
mutter

Emilie Letzien
am Herzschlag krank entschlafen ist.

Die Beerdigung findet am Mon-
tag, den 20. d. M., nachmittags
3 1/2 Uhr, auf dem St. Georgen-
Friedhof in Beltschsee statt.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, sage ich allen Ver-
wandten und Bekannten, sowie dem
Personal der Firma R. & Michaelis
und den Rietern des Hauses
Wredterstraße 23, meinen besten
Dank.

**Ww. Wegener
nebst Kindern.**

Dankfagung.

Für die zahlreiche Teilnahme bei
der Beerdigung meines lieben Mannes,
unseres guten Vaters

Richard Krüger
sage ich allen Beteiligten, besonders
dem Verein der freien Gastwirte, dem
Wahlverein, dem Fabrikarbeiter-Ver-
band, seinen ehemaligen Kollegen,
sowie meinen werten Gästen herz-
lichsten Dank.

Die trauernde Witwe
Emma Krüger nebst Kindern
Berlin-Friedberg, Schillerstr. 16.

Sage hierdurch allen Freunden
und Bekannten, insbesondere den
Kollegen und Kolleginnen der A.O.G.,
Schlegelstraße, 101, Reiter Schröder,
für die innige Teilnahme bei der
Beerdigung meiner unglücklichsten
Frau meiner herzlichsten Dank.

Otto Grotkow.

Sonabend, den 25. Januar er.:
Saal frei

Residenz-Festsaal, Landsberger-Str. 31

Monais-Garderobe!

4-500 getragene Anzüge für
Herren: Smoking, Frack- und
Reise- und Anzüge (auch zu ver-
leihen) sowie von Kapellern ge-
tragene, fast neue Sachen (a. Seite),
für jede Figur passen, in größter
Auswahl, unübertroffen 11/4

billigen Preisen.
1 1/2, deshalbbilliger wie im Laden.
Hirsch Kielerbaum, Wasserstr.

**Verband der Brauerel- u. Mühlenarbeiter
und verwandter Berufsgenossen.** Zahlstelle
Berlin.

Geschäftsstelle: C. 54, Mühlstr. 10. — Fernspr.: Amt Norden 4518.
Sonntag, den 19. Januar 1913, nachmittags 1 1/2 Uhr:

Generalversammlung
im Gewerkschaftshause, Engelstr. 15 (großer Saal).

Tagesordnung:
1. Bericht vom 4. Quartal 1912. 2. Geschäfts- und Kassenbericht für
das Jahr 1912. 3. Wahl der gesamten Ortsverwaltung, der Revisoren und
des Verhandlungsausschusses. 4. Verhandlungsangelegenheiten. 42/4

Zur Bekämpfung
der geplanten Kinofeuer des hiesigen Magistrats sowie des polizei-
lichen Verbotes, nach welchem Jugendliche unter 16 Jahren kein
Kino allein besuchen sollen, veranstaltet der unterzeichnete Verein am

Sonntag, den 19. d. Mts., mittags 12 Uhr,
im Saale der Aktienbrauerei Friedrichshain, am Friedrichs-
hain 16-23, eine

Volks-Versammlung.
Es ist Pflicht eines jeden, hierzu zu erscheinen, um gegen die
Einführung der geplanten Doppelbesteuerung seitens des Magistrats
im allgemeinen, sowie gegen die 25prozentige Besteuerung des Ver-
gnügens des kleinen Mannes, der im Kino Unterhaltung, Belehrung
und geistige Anregung nach harter Arbeit findet, energisch Front zu
machen. — Nicht minder fordert der Eingriff der Polizei in das elter-
liche Erziehungswesen alle Schichten der Bevölkerung zum Widerspruch
heraus, so dass genügende und gewichtige Gründe vorhanden sind,
die das Vorgehen aller Bevölkerungsschichten, auch hiergegen Protest
zu erheben, voll und ganz rechtfertigen.

Darum bleibe keiner der Versammlung fern. —
Massendebatte erbeten.

Der Verein der Lichtbildtheater-Besitzer Groß Berlin
und Provinz Brandenburg.

A. U.: Max Rosenthal, Michaelstr. 29, als Einberufer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Linienstr. 83-85.
Verwaltung: Kaffierer: Arbeitnachweis:
Telephon: Amt Norden 1987. Amt Norden 185. Amt Norden 1289, 9714.

Montag, den 20. Januar 1913, abends 6 Uhr:

Bezirks-Versammlung
des 20. Bezirks

in Frankes Festsaal, Badstr. 19.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Reichsstadtsabgeordneten Otto Bühner. —
2. Neuwahl der gesamten Bezirksleitung. — 3. Verschiedenes.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Montag, den 20. Januar 1913, abends 6 Uhr:

Branchen-Versammlung
der
Elektromonteuere u. Helfer Groß-Berlins

in den Musiker-Festsaal, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m (gr. Saal).
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen G. Feinke über: „Die wichtigsten Schutz-
bestimmungen im Baugewerbe“. — 2. Diskussion. — 3. Branchen- und
Verbandsangelegenheiten.

Kollegen! In Anbetracht des wichtigen Vortrages rechnen wir auf das
Erscheinen sämtlicher Kollegen. Außerdem weisen wir noch darauf hin, dass
in dieser Versammlung die Kontrollkarten für das Jahr 1913 aus-
gegeben werden. Aus dem Grunde sind von den organisierten Kollegen die
Mitgliedsbücher mitzubringen.

Achtung! Polen! Achtung!

Sonntag, den 19. Januar 1913, nachmittags 1 1/2 Uhr:

**Öffentliche polnische
Landtagswählerversammlung in Neukölln**

Warsch' Festsaal (früher Hoppe), Hermannstraße 49.
Tagesordnung:
Wie stellen sich die Polen zu der Landtagswahl?
Referent: St. Rydzki. Freie Diskussion. 261/11
Einberufer: Die Agitationskommission P. P. S. Neukölln.

Die reellsten und billigsten

Möbel

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit
88 Jahren bestehenden Möbelfabrik von **A. Schulz**, Reichenberger
Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stülarten mit zehn-
jähriger Garantie. (5 Proz. Kassakonto.) Ev. auf Ratenszahlung.



NUR
der volle Name
**URANIA-
SALONOL**
(gesetzlich geschützt)

bietet Ihnen die Garantie, das unverfälschte amerikanische Sicherheits-
petroleum der
DEUTSCH-AMERIKANISCHEN PETROLEUM-GESELLSCHAFT
zu erhalten. Größtmögliche Sicherheit gegen Explosionsgefahr.

**DAS BESTE LICHT
ZUR SCHONUNG
DER AUGEN.**



WESTMANN
Mohrenstr. 37a
Gr. Frankfurterstr. 115
Inventur

Piluschmäntel	Mohair	59.—	sonst b. 105
Piluschmäntel	Seide	39.—	sonst b. 135
Ulster	sehr gute Qualität	9.—	sonst bis 20 Lis 53
Ulster	echt englisch	37.—	sonst bis 96
Kostüme	hochmod. Fass.	18.—	sonst bis 69
Kostüme	feinste Ausführ.	32.—	sonst bis 98
Ein Post. besesslich-Kleider		30.—	sonst b 100
Ein Post. Abendmäntel		25.—	sonst b. 100
Ein Post. Röcke		10.—	sonst b 34
Ein Post. Pelzmäntel		185.—	sonst b 420
Ein Post. Pelzmäntel		90.—	sonst b 270

— Sonntag geöffnet 12-2 Uhr. —

Der Salamanderstiefel
ist der Stiefel, der weit
über Europas Grenzen
hinaus in allen Ge-
sellschaftsklassen
beliebt ist.
Fordern Sie Musterbuch. V

Salamander
Schuhfab. m. b. H., Berlin

Zentrale: W8, Friedrichstrasse 182

- 1. W8 Friedrichstrasse 182
- 2. SW Friedrichstrasse 221
- 3. SW Friedrichstrasse 204
- 4. N Friedrichstr. 118/19
- 5. C Königstrasse 47
- 6. W Potsdamer Strasse 5
- 7. C Rosenthaler Tor
- 8. W Tauentzienstrasse 15
- 9. N Badstrasse 20



- 10. W Martin-Luther-Strasse 2
- 11. NO Gr. Frankfurter Str. 102
- 12. S Oranienstrasse 42
- 13. NW Turmstrasse 9
- 14. Charl. Wilmersdorfer Str. 126
- 15. Steglitz, Schloss-Strasse 20
- 16. Friedenau Rheinstrasse 1-3
- 17. Spandau, Breite Strasse 30
- 18. Potsdam, Nauener Strasse 24



Arbeiter, unterstützt nicht die Brenner und Junker! Meidet den Schnaps!

Zur Verbreitung ansteckender Krankheiten unter Schulkindern.

In letzter Zeit sind Diphtherie und Scharlach wieder recht häufig in Berlin aufgetreten. Sie haben zu so zahlreichen Erkrankungen von Schulkindern geführt, daß mehrfach die Schließung von Schulklassen verfügt werden mußte, um einer weiteren Ausbreitung der Epidemie möglichst vorzubeugen. Die Frage, auf welchen Wegen die ansteckenden Krankheiten sich unter den Schulkinder verbreiten, wird in dem neuesten Jahresbericht über die Tätigkeit der Schulärzte Berlins erörtert in einer eingehenden Darstellung, aus der manches auch für die Familie von Interesse ist.

Das Schuljahr 1911/12, auf das der Bericht sich erstreckt, war ungewöhnlich reich an Diphtherie- und Scharlachepidemien, so daß auch die von der Schulverwaltung anzuordnende Schutzmaßregel der Schließung einzelner Klassen oder ganzer Schulen öfter als sonst notwendig wurde. In 1910/11 war 40 mal Klassen-schließung verfügt worden, darunter z. B. wegen Diphtherie 24 mal, wegen Scharlach 8 mal usw., in 1911/12 aber wurden 80 Klassen-schließungen nötig, darunter wegen Diphtherie 33, wegen Scharlach 20, wegen Diphtherie und Scharlach 13 usw. Zur Schließung ganzer Schulen kam es im vorletzten Jahre 5 mal, im letzten Schuljahre 9 mal. Nicht selten ergab sich, daß diese Maßregeln verfrüht und Epidemien weder durch zeitweilige Klassen-schließung noch durch inzwischen eingetretene Ferien zum Stillstand gebracht werden konnten.

Bei Scharlach hatte man außer Schließung von Klassen oder Schulen und Desinfizierung der Räume kein weiteres Mittel zur Bekämpfung, weil der Scharlacherreger noch nicht bekannt ist. Wegen Diphtherie aber wurde bei neuen Erkrankungen von den Schulärzten zu der weiteren Schutzmaßregel geschritten, mit Hilfe des Untersuchungsamtes der Stadt aus den Kindern die sogenannten Bazillenträger herauszufinden und einstweilen vom Schulbesuch auszuschließen. Von welcher Bedeutung und Tragweite für die Bekämpfung der Diphtherieepidemien in den Schulen die Bazillenträgeruntersuchungen sind, zeigen die Einzelberichte der Schulärzte. Bei Kindern, die nach erfolgter Desinfizierung der elterlichen Wohnung die Schule wieder besuchten, wurden Diphtheriebazillen festgestellt. Auch wenn ein erkranktes Kind längst wieder bazillenfrei war, konnten Geschwister noch als Bazillenträger nachgewiesen werden. Ein Schularzt, der in einer Schule besonders zahlreiche und schwere Diphtherieerkrankungen beobachtet hatte, ließ vor Wiedereröffnung der zur Bekämpfung der Epidemie geschlossenen Schule die Bazillenträger ermitteln. Unter den gesund zur Schule gekommenen Kindern einer 8. Klasse fanden sich acht Bazillenträger; davon hatten zwei vorher Diphtherie durchgemacht, eins hatte eine angeblich leichte Halsentzündung gehabt, ein anderes hatte eine diphtherietranke Schwester. Von den Schülerinnen der anderen Klassen hatten vier noch Diphtheriebazillen, nachdem sie vorher Diphtherie überstanden hatten. Zwei hatten Bazillen, ohne selber krank gewesen zu sein, doch waren hier die Geschwister krank gewesen. Auch vier über Halschmerzen klagende Kinder, bei denen noch dem klinischen Befund nur Mandelentzündung vorlag, hatten Bazillen. Die vom Schulbesuch ausgeschlossenen Kinder wurden vom Schularzt beobachtet und in Behandlung genommen, bis sie bazillenfrei wurden, was meist in 8-14 Tagen, in zwei Fällen aber erst nach 5 Wochen eintrat. Die systematische bakteriologische Untersuchung aller verdächtigen Kinder und ihre Ausschließung vom Schulbesuch führte in mehreren Fällen zum Erlöschen hartnäckiger Epidemien, die vorher trotz Schließung von Klassen oder der ganzen Schule nicht hatten erlöschen wollen. Als Bazillenträger wurden übrigens gelegentlich auch Lehrer ermittelt, einer, in dessen Familie Diphtherie herrschte, ein anderer, der eben vom Urlaub zurückkam. Ein Schularzt lenkte die Aufmerksamkeit auf die Gefahr, die der Schule davon droht, daß die Erkrankung durch Angehörige in der Schule gemeldet wird. Er schlägt vor, das Verfahren der Krankheitsmeldung zu ändern.

Daß nach einer Klassen-schließung die Kinder durch Hausbesuche die Krankheit übertragen, ist sehr wahrscheinlich nach den Ergebnissen einer statistischen Untersuchung, die der Schularzt Dr. Bernhardt gemacht hat. Er fand, daß in den Schulen seines Schulbezirks von den Mädchen 42 Proz., von den Knaben 27 Proz. einander in den Wohnungen besuchten. Berücksichtigt sind hierbei nur Besuche zwischen Kindern, die zu derselben Klasse gehören. Bernhardt stellte fest, daß auch von den Kindern einer wegen Diphtherie geschlossenen Klasse 20 Prozent in den dadurch gewonnenen Ferien einander besuchten, und daß unter ihnen auch Bazillenträger waren. Ein Kind aus einer wegen Diphtherie geschlossenen Klasse benutzte die freie Zeit sogar dazu, Milch auszutragen. Auch der unter den Schulkindern verbreitete Brauch, die Leichen verstorbener Schulfreunde oder Schulfreundinnen zu besichtigen, habe — hebt ein anderer Schularzt hervor — früher schon oft zur Verbreitung von Infektionskrankheiten geführt.

Soll der Kampf der Schulärzte gegen die ansteckenden Krankheiten, die unter den Schulkindern so manches Opfer fordern, Erfolg haben, so muß auch die Familie mitwirken. Sie muß sich der Gefahren bewußt sein und selber alles tun, um sie abzuwenden. Wenn in einer Klasse Diphtherie oder Scharlach ausgebrochen ist, wird von der Schuldeputation den Eltern der übrigen Klassenklassen durch ein Merkblatt mitgeteilt, wie sie sich zu verhalten haben. Schon bei den Einschulungsuntersuchungen wird ihnen ein ähnliches Merkblatt übergeben, das im voraus auf die Ansteckungsgefahr hinweist und über die Abwehrmittel belehrt. Mühte es von allen Eltern beherzigt werden!

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Heute, Sonnabend, den 18. Januar, veranstaltet der Stadtklub „Lustige Brüder“ im Lokal von Krampel, Glienicke bei Hermannsdorf, einen Rastball. Da uns das Lokal zu Versammlungen nicht zur Verfügung steht, bitten wir die angebotenen Billets zurückzugeben. Wir bitten die Lokalliste genau zu beachten!

Die Lokalkommission.

Steglich-Friedenan. Am heutigen Sonnabend findet im „Abrechtshof“ in Steglich ein Kunstabend statt, bei dem das Steiner-Notstein-Quartett und Fräulein Meta Blomida (Gesang) mitwirken. Dem künstlerischen Teile schließt sich ein Ball an. Die Vorträge beginnen pünktlich 9 Uhr. Eintrittskarten sind zum Preise von 30 Pfennig an der Kasse zu haben.

Johannisthal. In der Mitglieberversammlung des Wahlvereins am Mittwoch, den 15., ist eine Rüge verabschiedet worden. Es wird gebeten, dieselbe in der Verkaufsstelle der Konsumgenossenschaft einzutauschen.

Großbeeren. Eine Volksversammlung findet am Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn Heinze hier selbst statt. Genosse Joachim Kläh wird über „Preußische Kultur“ sprechen. Die Genossen von Großbeeren und Umgegend werden ersucht, für zahlreichen Besuch der Versammlung zu sorgen.

Berliner Nachrichten.

Moderner Wintersport.

Die wintersportliche Betätigung hat im letzten Jahrzehnt einen ungeheuren Aufschwung genommen. Wie immer, ist es auch auf diesem von der Natur besicherten Gebiete die Klasse der Bemittelten, die der Gesundheit den Vorrang abläßt. Die unter Umständen so sehr entgegenkommende preußische Eisenbahnverwaltung hat sogar eigene Wintersportwagen, die an den Längsseiten besondere Vorrichtungen zum Transport von Schlittschuhen zeigen, zur Befriedigung des vermögenden Geschmacks bauen lassen. Auch Rodelschlitten, Bobleighs, Skeletons und wie die modernen Wintersportrennen sonst noch heißen, werden so liebevoll verstant, wie es der gute Fahrer beansprucht. Es macht schon ein gewisses Vergnügen, mitzuzusehen, wie von den Berliner Hauptbahnhöfen Hunderte von Wintersportlern nach den Wintersportplätzen abdampfen, besonders nach dem Harz, Riesengebirge, Taunus, Thüringer Wald und weiter hinaus, bis in das bayerische und österreichische Hochland. Wenn nur nicht gleich daneben der bittere Gedanke stünde, daß diese herrlichen Freuden genüsse den der Erholung so bedürftigen Massen im großen und ganzen verschlossen bleiben oder ihnen doch nur in bedeutend verkleinertem Maßstabe zugänglich sind. Riesige Summen werden schon für die Anlage geeigneter Wintersportbahnen aufgewendet. Eine gute Sprungschanze für Skier kostet bis zu 5000 M., eine Hob- oder Skeletonstraße für Rennschlitten 100 000 M.! Solche Summen und noch größere hat man beispielsweise in den feudalen Winterkurorten Davos und Grindelwald hergegeben. Gehören doch dazu eigene Wasserleitungen, Tribünen und Beobachtungskanzeln, Schlittenaufzüge und Telephonanlagen, Garderoben und Restaurants. Die lüppige Welt, die sich hier trifft, langweilt sich eben auch im Winter nicht. Die Industrie verdient dabei ein Heidegeld, die Dorfarbeiter werden mit einem Stundenlohn von 30 bis 35 Pfennig abgefertigt. Die Sportauswüchse sind auch schon da. Der schwere und doch flinke Bobleigh hat manches Menschenleben auf dem Gewissen. Noch schlimmer steht es mit der neuesten Erfindung, dem Skeleton, einem niedrigen schmalen Stahlgestell, das auf gut angelegter Schnee- und Eisbahn eine sinnverwirrende Schnelligkeit entwickelt. Seine Benutzung grenzt an Tollkühnheit. Der Fahrer liegt platt auf dem Skeleton, hinter seinen gespreizten Beinen kauert ein zweiter Sportler am Steuer. Es sind also alle Chancen gegeben, daß sich solche Rekordrenner den eigenen Schädeln einrennen.

Bei uns im Flachlande kommen Rennschlitten wenig oder gar nicht zur Geltung. Selbst dem Skiholz begegnet man in der Mark selten.

Bei Berlin dominiert heute neben den bei stärkerem Frost prächtigen Natureisbahnen der Rodelschlitten für jung und alt. Noch ist der Winter nicht unverfälscht. Der Eisbahner, der glatte Fahrt haben will, wünscht den Schnee weit fort, der Rodler sehnt ihn herbei. Schnee, viel Schnee, strammer Frost und eine blanke Sonne dazu — das macht ja auch erst die Winterfreuden voll. Man muß auswärtige kilometerlange Rodelbahnen an den Gebirgsausläufern gesehen haben, um ermessen zu können, was sie für ein großartiges Wintervergnügen bieten. Unsere märkische Bodenformation gewährt hierfür nur schwache Gelegenheit. Die von der Stadt Berlin gebauenen künstlichen Rodelbahnen im Viktoriapark und im Gumboldtthain sind viel zu klein, und auch die schönen Bahnen in den Müggelbergen vermögen die Zahl der Sportlustigen bei weitem nicht zu fassen. Geeignete Hügel hat ja die Mark reichlich genug, aber sie sind dem Winterverkehr noch nicht erschlossen. Vielfach kommen auch Privatinteressen dazwischen, die es nicht dulden möchten, daß das Volk sich harmlos vergnügt. Insbesondere ist der Forstfiskus, wo wirklich gut gerodelt werden könnte, oft sehr abweisend. Es kommt ihm gar nicht darauf an, eine von der Natur unter Nachhilfe der Jugend gebildete Rodelbahn absichtlich zerstören zu lassen. Die immer weitere Ausbreitung dieses nervenstärkenden Sports ist aber auch rings um die nordenwärts wachsende Weltstadt durchaus zu wünschen. Im Schillerpark hat die Stadt eine Neuerung geschaffen. Diesmal ist nicht die große Spielwiese in eine Eisbahn umgewandelt, man hat vielmehr einen Teil der breitesten Wege gewählt, um eine lange Rodelbahn zu haben. Die Müggel wird auch bald zu gefrorenen und sportfähig sein. Dann aber zu Behntaufenden hinaus ins Freie! Nichts stärkt die Nerven mehr als in warmer Kleidung ein Dauermarsch in köstlicher Winternatur.

Krämergeist gegen die Konsumgenossenschaften.

Die Berliner Kaufmannschaft hat an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in der die Anwendung des Margarinegesetzes auf die Konsumgenossenschaften gefordert wird. Dadurch würde namentlich den Genossenschaften der arbeitenden Klassen eine erhebliche Verteuerung ihrer Geschäftskosten und somit eine Erhöhung ihrer Aufgabe auf dem wichtigen Gebiet der Versorgung der Bevölkerung mit wohlfeilen Nahrungsmitteln entstehen. Bekanntlich haben die Agrarier durch das Gesetz vom Jahre 1897 erreicht, daß dem Margarinebetrieb besondere Erleichterung bereitet wurden. In allen Orten über 5000 Einwohner müssen Butter und Margarine in ge-

trennten Räumen feilgehalten, aufbewahrt, verpackt und hergestellt werden. Dazu kommen dann noch weitere Erleichterungen: wie Kennzeichnung der Umhüllungen durch die Aufschrift Margarine, die Würfelform, der rote Streifen auf den Gefäßen usw. Das Gesetz besagt nun, daß diese Befreiungen für alle Verkaufsstellen gelten, in denen Margarine „gewerbsmäßig“ feilgehalten wird. Diese Begriffsbestimmung trifft aber auf alle jene Genossenschaften nicht zu, die sich in ihrem Absatz auf die eigenen Mitglieder beschränken. Die Rechtsprechung hat bisher den gewerbsmäßigen Charakter der Konsumgenossenschaften in dieser Hinsicht verneint und damit die Gleichstellung geboten, daß den Verkaufsstellen dieser so wichtigen Einrichtungen für die Lebensbedürfnisse der armen Bevölkerung Margarine und Butter neben einander vertrieben werden dürfen. Der Krämergeist der Berliner Kaufmannschaft fordert nun die Gleichstellung in Bezug auf den Margarineverkauf für Konsumgenossenschaften und freie Händler-schaft. Allerdings wird prinzipiell zur Vermeidung der jeglichen Erleichterungen die Gleichstellung des Margarinegesetzes gewünscht. Zu einem Atemzuge aber hinzugefügt, daß dieses Ziel zurzeit doch nicht erreichbar sei und daher „wenigstens“ die Gleichstellung aller Verkäufer von Margarine dadurch erreicht werden müsse, daß im Gesetz der Begriff Gewerbsmäßigkeit gestrichen werde. Würde dieser Antrag stattgegeben werden, so müßten die Konsumvereine in fast allen Verkaufsstellen kostspielige Umbauten vornehmen. In den Großstädten würden vielfach andere und zwar größere Läden gemietet werden müssen. Es ist schon traurig, daß ein erheblicher Teil des deutschen Volkes infolge der unerträglichen Verteuerung nicht mehr die natürliche Butter ersehen kann, sondern sich mit Ersatzfetten wie Margarine usw. begnügen muß. Bei dieser Sachlage muß man diesen Verteuerungsgelüsten in Bezug auf den Margarinevertrieb rechtzeitig entgegenreten. Der kleinliche Krämergeist, der sich in der Eingabe der Kaufmannschaft der Reichshauptstadt geltend macht, muß um so mehr zurückgewiesen werden, als er sich des demokratischen Mantels bedient, der Wunsch entspreche angeblich dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit. Hoffentlich beantworten die arbeitenden Klassen diesen neuen Drangsalierungsversuch der Konsumgenossenschaften damit, daß sie in Massen als Mitglieder beitreten.

Unzulässige Vorschrift der Baupolizeiordnung für die Vororte Berlins. Die Baupolizeiordnung für die Vororte Berlins, welche vom Regierungspräsidenten zu Potsdam am 30. Januar 1912 erlassen worden ist, enthält folgende Bestimmung: „Unbebaute Grundstücke sind mit einer angemessenen Einfriedigung zu versehen, wenn das öffentliche Interesse der Sicherheit, Ordnung und Sittlichkeit es verlangt.“ Ein Besitzer in Köpenick sollte sich gegen diese Vorschrift bergangen haben. Außerdem gegen eine ähnliche Ortspolizeivorschrift der Stadt Köpenick. Angellager wurde in letzter Instanz vom Kammergericht freigesprochen. Das Kammergericht führte aus: Was die ortspolizeiliche Vorschrift angeht, so sei diese durch die Baupolizeiordnung des Regierungspräsidenten aufgehoben worden. Die hier zitierte Vorschrift der Verordnung des Regierungspräsidenten könne aber wegen Unzulässigkeit ebenfalls nicht angewendet werden. Die Vorschrift überlasse mit den Worten: „wenn das öffentliche Interesse der Sicherheit, Ordnung und Sittlichkeit es erfordert“, es den Grundbesitzern, festzustellen, wann die Verpflichtung eintreten soll. Das sei unzulässig, und deshalb sei die Vorschrift unzulässig. Anders würde es sein, wenn die Verordnung sagen würde, die Einfriedigung sei zu errichten, wenn die Polizei aus polizeimäßigen Gründen es für erforderlich halte.

Als eine Ausflüchterfalle, so wird uns aus Treptow-Kaunichenweg geschrieben, bewährt sich ein Weg, den das Publikum selbst von dem südlichen Ende der Kieholzstraße an der Mauer des neuen Gemeindefriedhofes entlang nach der Königsheide zu geschossen hat. Früher stellte viele Jahre lang ein schöner von der Gemeinde unterhaltener Promenadenweg diese Verbindung her, der leider bei Errichtung des Friedhofes in diesen einbezogen und damit aufgehoben wurde, ohne daß ein Ersatz geschaffen ward. Das Bedürfnis zu einer solchen Verbindung war aber nun einmal vorhanden und eine andere Möglichkeit, von dem Bahnhofsviertel in die Königsheide zu gelangen, gibt es nur mit dem weiten Umweg über die Kanalbrücke im Zuge der Canner Chaussee. So habe ich von selbst der Fußpfad an der Friedhofsmauer und den abgeernteten Spargelfeldern entlang, der bei seinem Ausgang zwischen der Mauer und einem Drahtganz durchführt. Dieser Vorbehalt sollte schließlich harmlosen Ausflüglern zum Verhängnis werden. Sie fanden sich eines schönen Tages an dieser Stelle Gendarmen gegenüber, die sich für ihre Personalien interessierten und den erstarrten Naturfreunden ihr Kapitalverbrechen des Betretens fremden Bodens begreiflich zu machen suchten. Das Ende vom Liede waren Strafmandate. Will man diesen Durchgang wirklich verbieten, so sollte das mindestens schon an seinem Eingange deutlich bemerkt sein. Besser ist allerdings noch, so bald als möglich den von der Bevölkerung Baumgängen längst geforderten öffentlichen Durchgang zu schaffen. Die früheren Bemühungen der Gemeinde, an der jetzt begrenzten Stelle einen Weg zu schaffen, scheinen allerdings am Widerstande der Forstverwaltung gescheitert zu sein. Jetzt soll Aussicht bestehen einen Durchgang durch die Kaunichenkolonie zwischen Kanal und Friedhof zu schaffen. Eine baldige Lösung dieser Frage ist um so dringender, als jetzt der im Gemeinbesitz befindliche Platz hinter dem Friedhof nach der Canner Chaussee zu als öffentlicher Spielplatz freigegeben ist und im Frühjahr plantiert werden soll.

Magistrat und Arbeitsnachweis. Der Magistrat hat beschlossen, für Zwecke des Arbeitsnachweises einen Jahresbeitrag von 144 000 M. zu bewilligen. Somit wird die Stadt künftig die Kosten des Arbeitsnachweises, abgesehen von den Beiträgen der Interessenten, im wesentlichen selbst bestreiten. Der Magistrat hat sich zur Aufwendung dieser beträchtlichen Mittel in der Überzeugung entschlossen, daß es eine wichtige kommunale Aufgabe ist, den Arbeitsuchenden bei der Auffindung von Arbeitsgelegenheit und den Arbeitgebern bei der Beschaffung von Arbeitskräften behilflich zu sein. Die dringendsten Aufgaben sind zunächst im Gastwirts-gewerbe, bei der Herrenkonfektion und bei der Vermittlung von häuslichem Dienstpersonal zu erfüllen. Namentlich müssen alle Stadtgebenden in gleicher Weise mit Dienstbotenmachereien versehen werden. Der Magistrat will sich in Zukunft unmittelbar an der Verwaltung des Arbeitsnachweises beteiligen und wird der Stadtverordnetenversammlung eine dazugehörige Vorlage in kürzester Zeit unterbreiten.

Wahrsagerin und Gesundheitsfürsorge. Mit zwei Schwindeltricks zugleich operiert eine dreifache Betrügerin, die gern den Weg über die Hintertreppe nimmt. Eine unbekante, etwa dreißigjährige Frauensperson mit dunklem Haar und in dunkler Kleidung versteht es in geschickter Weise, unter der Maske einer Spitzenhändlerin das Vertrauen der Dienstmädchen zu gewinnen und ihnen aus den Karten und Handlinien die „Zukunft“ zu deuten. Sie läßt sich ihre geheimnisvolle Kunst teuer bezahlen und verlangt dann obendrein noch eine Geldsumme fürs — Gesundwerden. Nur dann könne das Gebet eine wirkungsvolle Kraft haben, wenn die Kranke im Besitz seines Geldes und der schände Mammon an anderer Stelle unter-



Photographin Umsonst

F. Fuß

gebe ich jedem
von Sonnabend, den 18. Januar
bis Sonntag, den 26. Januar inkl.
eine

Bromsilber-Vergrößerung

Schwarzmalerei
Größe 42 x 50 cm mit eleganter Aufmachung, der
sich in dieser Zeit eine Matt-Aufnahme bestellt.

12 Visit	von 1 ⁸⁰ an	12 Kabinett	von 4 ⁸⁰ an
----------	------------------------	-------------	------------------------

Gruppen-, Kinder- und Mat-Bilder entsprechend billig.

!!! Man achte genau auf die Größe !!!
u. Ausführung meiner Gratisbilder !!!

Geöffnet von 9-7 Uhr.

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, 18. Januar 1913.
Anfang 3 Uhr.

Aurfürstener. Der Troubadour.
Schiller-Charlottenburg. Ballen-
Heins Lager. Piccolomini.

Anfang 3 1/2 Uhr.

Berliner. Ubiolot. Der zerbrochene
Krug.

Anfang 4 Uhr.

Urania. Aufs Mitterhorn.
Saiten. Der Sandmann kommt.
Kofe. Frau Holle.

Anfang 7 Uhr.

Theater am Nollendorferplatz.
Studentengröfin.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Rgl. Opernhaus. Figaros Hochzeit.
Rgl. Schauspielhaus. Der große
König.

Deutsches. Der Hans Vogel.
Saiten. Das Bräutigam.
Trianon. Wenn Frauen reifen.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Albert Schumann. Gala-
Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

**Urania. Paris und die Königs-
schlösser von Versailles.**
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. B. Donath:
Energie ohne wägbare Masse und die
Ausbreitung d. Energie durch S-Strahlung.

Boigt-Theater.
Morgen, Sonntag nachm. 3 Uhr:
Zapfenstreich von Becherstein.
Abends 7 Uhr:
Staatsanwalt Alexander.
Schausp. in 4 Akten v. E. Schreiber.
Kasseneröffnung 10 U. Anf. 8 u. 7 Uhr.
Vorverkauf! Montag, 20. Jan., 8
Benefiz für d. Ch.-Reg. 8. Nach: 8
Boltzohn und Fürstentub.

**„Clou“ :: Berliner ::
Konzertthaus**
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Musik des 2. Garderegiments z. F., Dirig. Oberm. Graf.
Zillerthaler und Tegernseer Sänger
Schuhplattler und Jodler!
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen:
Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.

Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide 108/114
Täglich
Bockbierfest
in den bayrischen Alpen
5 Kapellen. 30 bayerische Mad'l.
Wochentags Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonntags 4 Uhr. Sonntags 50 Pf.

Unions-Brauerei
Hasenheide 22-31.
Heute: Eröffnung
des großen Original-Münchener
Jubiläum-Bockbier-Festes
der
Georg Lang'schen Truppe
unter Mitwirkung der weltberühmten
Schuhplattlergesellschaft Hans Tappeiner
aus Tirol.
Einzige unübertroffene
Original-Veranstaltung.

**Schiller-Theater O. Ballen-
Theater.**
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Eiga.
Vorher: Die Geschwister.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Das Konzert.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Wolkenkratzer.

**Schiller-Theater Charlotten-
burg.**
Sonnabend, nachm. 3 Uhr:
Wallensteins Lager. Die Piccolomini
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Schmetterlingsschlacht.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Der Tallman.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Schmetterlingsschlacht.

Theater am Nollendorferplatz 5.
Heute Sonnabend, 7 Uhr, 1. Male:
Die Studentengröfin.

Residenz-Theater, 8 Uhr.
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Présidente).
Schwanh. 3 Akt. v. Henniquin u. Weber.
Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.

Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Ami Norden 1141.
8 Uhr:
Der heilige Antonius.

Luisen-Theater.
Sonnabend, nachm. 4 Uhr: Kinder-
vorstellung: Der Sandmann
kommt.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Berlin-
Hamburg - New York. St. rom-
fomisch. Ausstattungsstück von Ernst
Ritterfeldt. Musik von Georg Hummel.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Das
Rätschen von Heilbronn.
Sonntag, abends 8 Uhr: Berlin-
Hamburg - New York.
Montag u. folgende Tage: Berlin-
Hamburg - New York.

ROSE-THEATER
Reiche Arndtstr. 132.
Nachmittags 4 Uhr:
Frau Holle oder Gold-
marie und Weckmarie.
Abends 8 Uhr: Mein Leopold.
Sonntag 3 Uhr: Die Stunden der
oberen Lehntausend.
Abends 8 Uhr: Mein Leopold.

**Herrnfeld
Theater**
Der Höhepunkt
des
Lach-Erfolges!
Wüstenmoral
Die Alpenbrüder
mit Anton und Donat Herrnsfeld
in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorverl. 11-2 (Theater!).

Trianon-Theater.
Heute zum 1. Male:
Wenn Frauen reifen. (7 1/2 Uhr.)
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Der selbige Toupinel.

Folies Caprice.
Die Novitäten:
In Sachen Rosenstein.
Die Doppelfirma.
Die Tochter der Braut.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
**Cavalleria
schuficana.**
Diabolisch-
infantile Oper.
Anfang 8 Uhr.

Zirkus
Albert Schumann.
Heute Sonnabend, 18. Januar,
abends 7 1/2 Uhr:
High-Life-Evening.
Das Tagesgespräch von Berlin!
Cäsarios Löwen- u. Tigergruppe
?? The 4 Gladiatoren ??
Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch.
Sonntag, den 19. Januar:
2 große Vorstellungen.
Nachm. 3 1/2 u. abends 7 1/2 Uhr.
In beiden Vorstellungen:
Der unsichtb. Mensch.
Nachmittags hat jeder Er-
wachsene 1 Kind frei auf allen
Sitzplätzen.

Zirkus Buseh.
Heute Sonnabend, 18. Januar,
abends 7 1/2 Uhr:
Des kolossal. Erfolges
wegen prolongiert
Der Aeroplan im Zirkus
(Ein Affe als Aviatiker!)
ferner: Das menschl. Aquarium
Mac Norton
sowie das ges. gr. Galaprogramm.
Zum Schluss:
„Sevilla“
Avis! Sonntagnachm. 8 1/2 U.:
„Unter Gorillas.“
Jeder Erwachsene ein Kind unter
10 Jahren auf allen Sitzplätzen frei.

Metropol-Theater
Chauffeur - ins Metropol!
Große Jahrestheater mit Gesang und
Tanz in 10 Akten.
Otto Reutter a. G.
Abends 8 Uhr. Reichen gehalten.
Morgen nachm. 3 Uhr: **Tata Toto.**

**Apollon
Theater**
Abends ab 8 Uhr!
Das grandiose Programm.
8 1/2 Uhr:
Ein heisspielloser Erfolg!
„Brüderlein fein“.
Alt-Wiener Singspiel von Jul.
Wilhelm. Musik v. Leo Fall.
Hizzi Parla, Ida Russka
Erich Deutsch-Haupt.

Walhalla-Theater
Weinbergsweg 19/20. Rosenhöl. Tor.
Abendlich 8 1/2 Uhr:
Goldener Fruchtsinn.
Sonntag, 19. Jan., nachm. 3 1/2 Uhr:
Gespel-Ensemble.
Kabale und Liebe.
Ermäßigte Preise.

Volks-Theater
Neuföln, Hermannstr. 20.
Sonntag, den 19. Januar:
Napoleons Glück und Untergang.
Ausstattungsstück in 4 Akten von Bülow
und Kuh. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag, 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr:
Durch Nacht zum Licht.
Schausp. in 4 Akten von C. Menzel.
Casino-Theater
Lothring. Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Die neue Lokalpöffe:
Am grünen Strand
der Spree!

Berliner Theater.
8 Uhr: **Filmzauber.**

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr: **Die fünf Frankfurter.**

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: **Der gute Ruf.**

Größte Sensation Berlins!

Größte Sensation Berlins!

Passage-Panoptikum
**50 wilde
Weiber**
vom Stamme der Igorroten.
Lebend! Ohne Extra-Entree!

Theater Königstadt-Casino.
Gute Holzmarkt u. Alexanderstraße.
1 Minute v. Bahn. Samstagsbrüche
Tägl. abds. 7 1/2, Sonn. 7 1/2 Uhr:
Zwei rote Rosen.
Buclette m. Gesang — und das
groß. Spezialitätenprogramm
Feb. 1. u. 16.: Programmwechsel.

Admiralspalast.
Abendlich:
Das neue mit durchschlag
Erfolg aufget. **Eisballett**
Flirt in St. Moritz
1. Akt: Wintersport in
St. Moritz. 2. Akt: Solire
im Luxushotel.
3. Akt: Japanisches Fest.
Unter Mitwirkung
der kl. Charlotte.
Bis 8 U. u. v. 10 1/2, halb Kass.
Preise. Wein- u. Bier-Abt.

Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham
Eink. Messina-Römerbrunn-Kell.
N. 4, Barf. Str. 3, Fernsp. Kgl. 17708
Bestes alkoholfreies
Getränk.
Berlin O., Rudolfstr. 4.

Si-Si
Berlin O., Rudolfstr. 4.

Arbeiter-Bekleidung
Hamburger Laden, Charl., Wallstr. 63

Auto-Fahrschulen

Sanke
Gr. Frankfurterstr. 44
Eintr. tägl., Teilz. gest.

Bäckereien, Konditor.

**Blottner's
Großbäckerei**
Geschäfte in
Berlin,
Charlottenburg,
Schöneberg,
Wilmerdorf.

Friedr. Barz, Landso. Allee 146
K. Biedermann, Gryphustr. 18
Paul Dolly, Markussstr. 15.

Brot-Fabrik „Vorwärts“
Hermann Ullrich, Köpenick.

Franz Faulwetter, Manteuffelstr. 47.
E. Freyer, Hennesstr. 72. E. Karstus
Georg Genz, Memelerstr. 20
M. Oruschka, Königsbergerstr. 35

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins
und in Rixdorf.
Gez. 1892.

Hoppe's Nachkramark, Adalbertstr. 66
Ernst Käster, Frankf. Allee 197.
Ladenthin, O. Weg 54.

Franz Ludwig, Kochmannstr. 35
Emil Lieske, Grüner Weg 123.
August Mante, Ebertstr. 57.
Hermann Markau, Rigaerstr. 107
Matthe, Gipsstr. 9.
E. Mertins, Reichenbergerstr. 168.
E. Mertins, Gleimstr. 66.
Fritj. Müller, Grünstr. 4.
Alfred Müller, Brunnenstr. 87.
Roman Nowak, Wienerstr. 8.
Friedrich Oste, Madalstr. 10.
Herm. Proell, Nonnendamm.
Friedrich Probst, Andrastr. 51

Bäckerei „Nordstern“
Inh. Gust. Müller
Filialen in verschiedenen Stadtteilen

Ranfft
Reichenbergerstr. 176
Admiralstr. 38 u. 19 a

Arthur Roemer, Eick. Damm 101
Walter Roer, Anklamerstr. 26.
Max Sander, Dunkerstr. 23.
Otto Schmidt, Adalbertstr. 27.
Heinr. Schubert, Boxh. Chaus. 5.
Sikorski, Weissenhofstr. 11
H. Schade, P. Allee 57. Fil. O. u. NO
Paul Serge, Prokauerstr. 21

Rich. Schenk
Markus-
Str. 39.
P. Schmauer, Anklamerstr. 15.
A. Schreier, Urbanstr. 61.
H. Spillmann, Grüner Weg 115.
Gustav Taspita, Prinzen-Allee 61.
Carl Tennert, Schlesischestr. 17.
F. Tiedemann, Seb.-R. Kastl. 49.
Filialen in allen Stadt-
teilen.

Turban
Josef Ullrich, Manteuffelstr. 102.

Volksbrot, E.G. m. b. H.
Ludwig Walter, Hufelandstr. 37.
K. Walter Jr., Löwenstr. 18

Hermann Wendt
Chorinerstr. 36
Fl. Ackerstr. 3

Wilhelma
Andrastr. 37.
Otto Winkler, Nannystr. 73.
E. Wolff, Grüner Weg 75.

Badeanstalten

Arkon-Bad, Anklamer-Str. 24.
Landbergerstr. 107
Göllowstr. 41.

Bad Bürgerbad
Weberstr. 40 b
Ami Kgl. 894.
Canitz-Bad, Münsstr. 2.
Neukölln
Central-Bad, Anzengruberstr. 25.
Neukölln
Münchener Bad, Münchenerstr. 61

Bad Frankfurt, Gr. Frkf. Str. 126.
Lieferant sämtl. Krankenkassen

Bad Friedrichshain, Leich. Allee 153
Badenstadt, Hasenheide 18.
Bad Hufeland, Hufelandstr. 45.
Kaiser-Friedrich-Bad, Charl. A. 26.

Original Lohtanian Bad
früher Münsel, Wallstr. 70/71

National-Bad, Brunnenstr. 3.
Boxhag.-Str. 17
Lief. all. Kassen

Bad Ostend
Kottbuser-
Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.

Silesia-Bad
Schlesische Str. 31.
Kottbuser Damm 75

Viktoria-Bad
Friedrich-Wilhelm-Bad
Chausseestr. 97.

Sandagen, Gummlw.

R. Hauke, Stralauer Str. 16.
Berkholz, Köpenickerstr. 70.
Lange, A. E., Brunnenstr. 107.
Liepe, Schöneberg, Grunwaldstr. 20.
Meyer, P. Skll., Berlinerstr. 49-50
J. Ch. Pöhlmann, Lottstr. 65.
Seydelstr. 18.

Reiche, A. Lief. aller Kassen
Fr. Schulte, Adlershof, Bismarckstr. 13
Zaremba, Weinbergsweg 1
Drog.-, hyg. Artikel.

Beleucht.-Gegenst.

Carl Imme Jun., 10. 4er Markussstr.
Böttner, A., Danzigerstr. 94.

W. Schröder
Hochstr. 43
Fabrikpreis

Bettfedern u. Betten

G. Behrends, Neuk. Kassebeckstr. 109
Hollnaki, Fährleinerstr. 1. Böttcherstr. 4.
Carl Henze, Andrastr. 55, Schilling
Landberger Allee 149
Max Schöne, reell und billig.
M. Zysnarski, Alt Moabit 82.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Drogen u. Farben

Amol
Hausmittel

Reinh. Assmus, Gerichtstr. 10.
Gustav Beraus, Weidenweg 80.
A. Diepov, Taugogenerstr. 12.
Hoerberlein, Trept. Grunwaldstr.
Prinz Handjerlestr. 2 Nkl. G. Wolff.
Klähn, H. Nkl. Kaiser-Friedrichstr. 239

Rnesebeck-Drop. Hermannstr. 119.
Königs-Adler-Drogerie, Bismarckstr. 7.
P. Lehke, Kottbuser Damm 51, 2. Parf. Allee.
Alfr. Marsch, Culmstr. 37.
Rathaus-Drogerie, Nkl. Sosastr. 24.

Neukölln
Hermannstr. 57
G. R. Frenzel

Prinzenstr. 103
Hermannstr. 57
Hugo Schulz, Müllerstr. 166 a.
Hyg. Gummiv. Photogr.-Artikel.

Gabelbergerstr. 7
Werder-Drogerie, Bril. Kaiserstr. 13
Zobel, Georg, N. Ackerstr. 40

Boerdig-Anst. Sargm.
Bredlow, Eberwaldstr. 16 W. Giersch 25
Otto Böttner, Seckh. Allee 11
H. Fischer, Barck's Bld. Kreuzsch. u.
Oppelnerstr. 1
Max Fuchs, Frankfurter-Allee 170
Hansch, Weissenhofstr. 191
Hinkel, Fr., Gr. Hamburgerstr. 37
Gust. Nobert, Potsdamerstr. 115 a
H. Petermeyer, Strellitzerstr. 3.
Peter-Schley, Wilh., Zassenstr. 11.

W. Urban, Nansenstr. 1 Tel. Nkl. 289

Berufskleidung

Reiner, Otto, Gerichtstr. 86.
Roter Laden, Seckh. Allee 103

Bierbrauereien, Bierh.

W. Adelong & A. Hoffmann
Akt.-Brauer, Tempelhofer Allee 15
Berlin SW, Potsdamer Ufer 15
Brandenburg, H. Wilhelmstr. 110
Spez. Potsd. Stangenbier

Bergbrauerei Weissenhof
T. 1. Lager-
Kellerstr. 77, Adalbertstr. 34

Brauerei Königstadt
feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Tivoli
Weiß- u. Malz-
Bier-Brauerei,
Fruchtstr. 87

Caramel-Weißbier
fast alkoholfrei, erfrischend, bekömmlich.
Berliner Weißb.-Brauerei E. Willmar.

Deutsche Bierbrauerei A.-G.
Berlin-Fischelndorf

Groterjans
Malzdiel, Seckh.-Allee 126, T. III. 10423.

C. Habels Brauerei
hell - Habelbräu - dunkel.
Hempel, E., Müllerstr. 138 d.

Goldbier
ist nicht nur ein
Erfrischungsgetränk, sondern
auch ein
Gesundheitsmittel ersten
Ranges.
Berliner Unions-Brauerei, Berlin S.
Luisenbrauerei Weissenhof.

Münchener Brauhaus Berlin

Löwen-Brauerei
vortreffliche Fass- und
Flaschen-Biere.

Schulz, Herm., Schönleinstr. 23.
Verlins-Brauerei Teutonia, NW 67.

Victoria-Brauerei
Victoria-Saazerbräu

Weissbier, C. Breithaupt
Potsdamerstr. 37, Tel.-A. VII. 2084.

Blumen und Kränze

Oskar Albertus, Müllerstr. 41.
Blumen-Fischer-Zöllner Seest. 60
E. Bep. Kgl. Nkl. Fried. Str. 19, Bergl. 58
O. Hahn, Steglitz, Albrechtstr. 101

G. Laurent
Brunnenstr. 63
F. Müller, Danzigerstr. 11
Gärtner, A. G. Metzner, Müll. Ringh. 1.
W. Rutschke, Nkl. Hermannstr. 62

Topfhandlungen aller Art
Erlg. Hufelandstr. 25, 93 Tel. Nkl. 114
Zastrow, H. Turinerstr. 34.

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung

J. F. Assmann
30 Filialen in Berlin O.

Drei Kronen
Davidsohn

Gebrüder Groh
40 Filialen
in Berlin und Vororten

August Holtz
15 Detail-
Geschäfte.

F. HAGEN
22 Verkaufsstellen 22

Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Wih. Pleb, Buttergroßdgl.
Berlin C. 34, Rosenthalerstr. 49
(Bachschersches) Parap. A. Nkl. 2837

Schulz, Arth. Skll., Hermannstr. 45

Gust. Schultze & Sohn
Kosmalla, E., 4 Detail-
Geschäfte

Schröter, R.
43 Verkaufsstellen

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien
48 Verkaufsstellen.

Cacao, Chocolate

Adler's Konditor, Wraselstr. 57.
Althaus, Krüger-Bud. Lindenstr. 82.

STOLWERCK
Gold Silber Kupfer

Schokolade - Kakao
In drei Preislagen.

Die verschiedenen Sorten sind
einander gleichwertig und
unterscheiden sich, wie die
deutschen Edelweine, nur durch
ihre Aroma.

Cylix, G. Filialen in
alle Stadtteilen.

Ferd. Hahn, Berlin, Perlebergstr. 72

Seiffert, B. Filial. in Berlin
Königs- u. Vororten

Fordern Sie
Kakao und Schokolade
Wesenberg

Cigarrenhandlungen

P. Hofer, Kottbuser-Damm 79.
Hilberstr. 77, Adalbertstr. 34

Klein, Wih. Müllerstr. 184.
Oranien-
Kraak, Fr. NW. Wiedenstr. 47.
J. Nothmann, NW 87 Turmstr. 29.
G. & S. Peterke, 58. Kottbuserstr. 10.
W. Schuster NF., Neanderstr. 28.
Alb. Werner, Eke Elsdorf, Ackerstr.

Damenkonfektion

Gallmann Neukölln, Kappstr. 131.
Gelegenheitskäufe.

Dombrowsky Charl. Fr. 31/11
Ankerlief. such Malz
Kottbuserdamm 74
Brunnenstr. 11

Restat, J. Oskar Wollberg, Brunnenstr. 56.

Eisen- u. Stahlw. Waff.

Aln. O. Nkl. Kaiser-Friedrichstr. 4
W. Allmer, Mühlstr. 24.

Beutel, C. Boxh. Neuh. Bahnh. Str. 28
Bism. Braun, Landso. Allee 149.
Grüner Weg 49

Otto Bellig Wrangelstr. 50.

Emil Braun, Andrastr. 75 Eke Bredl-
Oranien-
G. Brucklacher, 77, str. 66/67.

F. Beutel, Nkl. Kaiser-Friedrichstr. 77
Flack, K. Spand. Schönebergstr. 34.
Carl Jung, Stromstr. 21.
Franz Pfeifer, O. Frankf. Allee 139.
Eugen Heim, Nkl. W. Walterstr. 19

Jungbluth, Hermannstr. 172.

H. Rockstroh Berlin
Görsenstr. 25/26.
Rühlmann, P. Müllerstr. 45b, E. Seest.
F. Schubert, Fagelstr. 10, E. Schürerstr.
Sollach, Th. Skll., Hermannstr. 45
E. Timm, Schellf., Waldemarstr. 73
Möller-
Str. 29.

Herm. Warschade
Alex. Weimar, Alexandrinerstr. 14
Reichenbergerstr. 100
(Inh. Otto Janke).

Fahrräd., Nähmasch.

Fahrrad-Leihhaus Lohmann
Neue Schönhauser-Str. 11.

Fahrrad-Haus Frischeauf
Brunnenstr. 35.
Gründung und Eigentum der
radfahrenden Arbeiterschaft.

Fahrr. Schallpitt, Weidenbergstr. 47a
W. Malloschky, Oberbaumstr. 2, Rep
A. Tschow, Nkl. Schillingensdamm 25

Färberien, Wäscher.

**Groß-Dampfwäsche-
"Spreizw."**
Berlin SO., Forsterstr. 5-8
Tadlose Wäsche! Billigste Preise!

Ch. Engelhardt
Neukölln
Filialen in allen Stadtteilen
Groß-Berlins.

Conkordia Wilmshof-
anstalt
Gerichtstr. 22
D. W. A. Hansa
Tel. III 1209

Fleischer. u. Wurstw.

G. Aming, Neukölln, Eisenstr. 74
August Birstein, Dünkstr. 78.
O. Aschenbach, Luderstr. 69

August Bliener
Kaiserin
Augusta Allee 9.
Hans Böhm, Weidenweg 31.
A. Bentels, Theaterstr. 21.

Wilhelm Behr
Wurstfabrik,
Speck- und Schinkensalzerel.
Berlin-Schöneberg, Kelenast 57-43
Beste und billigste Bezugs-
quelle f. Wiederverkäufer.

K. Christ, Eibingerstr. 38.
Ph. Christ, Petersburgerstr. 48.
Darge, O., Pinowstr. 5.

Thilo Dorgerloh, Lithauerstr. 23
St. Doroszewski, Ebertstr. 29
W. Dör, Schivelbeinerstr. 27.
August Fenger, Grünauerstr. 8
Feyerherm, F., Al-Buxhags 11.
W. Friedmann, Nkl. Warthstr. 7.

Oskar Fröhlich, Ebelingstr. 16.

Willy Gerick, Petersburgerstr. 21
Albert Golz, Frankf. Allee 121
Fr. Gerlach, Taugogenerstr. 1 a.
Gustav Gilra, Waldemarstr. 21.
R. Gliese, Weissenhofstr. 11
Nene
Hochstr. 27.
Oranien-
Str. 17.

Gutschmann, Fleisch-u. Aufschn.-
Centr., Wickerstr. 159.
O. Gleich, Seckh. Allee 70 e
R. Grieger, Charl. Cauerstr. 13.
F. Gutschmidt, Kolonnenstr. 22.
Heinrich Höhne, Skallitzerstr. 97.
Köpenick-
str. 5.

Janik, C. Pr. Jakob, Kottb. Damm 24, Fleisch- u. Wurst-
str. 11, Fleisch- u. Wurst-
B. Immlig, Manteuffelstr. 102.
Heinr. Jochmann, Zietenstr. 41.
Max Kaller, Zietenstr. 27.
Wilhelm Kitz, Kniprodstr. 118-
F. Klarholz, Pintschstr. 5.
Fritz Klies, Kottbuserdamm 12.
Fritz Klasse, Markussstr. 21
Mosbit
Bruno Keller, Huttenstr. 11.
Otto Koch, Alte Jacobstr. 17.
Fritj. Koehke, Kl. Andrastr. 11.
Bruno Kusche, Fruchtstr. 28.
Ernst Kolbe, O. 112, Weichenstr. 17.
A. Krumm, ff. Fleisch- u. Wurstwaren
M. Kops, Reichend., Seest. 154.
H. Kuntz, Schöneberg, Gothenstr. 41
A. Lange, Reichend., Seest. 118

Rob. Lindner, Neukölln,
Niemetzstr. 8.
Weiden
Wilhelm Liebherr, Weg 75-
Fr. Lindemann, Emdenerstr. 45.
August Lücke, Alte Jacobstr. 26.
Emil Lindigkeit, Michaelkirchstr. 8.
Lochmann, Malplaquetstr. 43.
Rostockerstr. 43.
Loebke, Joh. Fleisch u. Wurstfabr.
Lebensmittelvertr. Kaiser Wilhelmstr. 19a
Aug. Maas, Schulestr. 103.
M. K. Fleischschon, Nkl. Warthstr. 73
M. Mauerberger, Nkl. Kasserstr. 16
Max Metzler, Rigaerstr. 14.
R. Müller, Pankow, Wollankstr. 101

A. Möbes Nchl.
Fleischwaren u. Wurstfabrik
Berlin N 24 Oranienburgerstr. 4

Georg Naumann, Gärtnerstr. 13.
F. Neborowsky, Frankfurter
Allee 178.

N. P. Zimmermann
Berl.-Deutsche Fleisch- u. Wurst-Zentrale
Allee 130, Sp. Roll-
schink. Nußschink. Seckh. Allee 117

Paul Nuss Stolpische
Str. 25.
Große
Frankfurterstr. 13.

P. Rechel Wurstfabr., Landso.
Allee 130, Sp. Roll-
schink. Nußschink. Seckh. Allee 117

Riedel, B. Hermannstr. 45.
Rodewald, Franz. Allee 2 T. 101298.
Franz Rose, Frankf. Chaus. 21 a
Otto von Rudolph, Gärtnerstr. 17
Herm. Ruchbold, Zietenstr. 13
A. Rehmet, Moab. Parlebergstr. 2
E. Rummelndt, Theaterstr. 60.
Hermann Schmidt, Theaterstr. 47.
Gebr. Schulz, Lithauerstr. 7.
W. Segling, Christburgstr. 3.
Max Schick, Langstr. 87.
Th. Schumann, Helmholdstr. 1.
Otto Schmalz, Jahnestr. 1.
Schramm, Fagelstr. 23, Trept. Pl. 11707
Otto Schlessener, Nkl. Kaiserstr. 52
Koppenstr. 58.
Spez. Wurst-Gesch.

Otto Schubert
Ang. Saczygall, Nkl. Teplitzerstr. 110
Otto Schreiber, Hohenfried-
bergerstr. 1.

E. Schauer, Huttenstr. 70.

E. Schersberg, Reichend., Seest. 9.
Müllerstr.

Max Schubert
Stuppard, Fleisch-Zentrale, Stargarderstr. 83
T. Brügg, Fleisch- u. Wurst-Fabr.
F. Sommermann, Boxhagenerstr. 16
E. Trapp, Wraselstr. 16, Waldemarstr. 12
Gust. Tschentke, Brünnelstr. 83
Tschobner, Straßmannstr. 8.
Max Tümmel, Christburgstr. 34.
Nannystr. 17
F. Fleisch- u. Wurst-
Uhlg. Paul, Koppenstr. 28.

G. Vettin Grüner Weg
57 - 57

Warschauer Fleisch- u. Wurst-
Zentrale, Warschauerstr. 83

A. Wenzel, Woldenbergerstr. 50
Otto Zelm, Neuk., Fuldstr. 56.
Paul Zwarg, Landso. Allee 139.
Ernst Ziffer, Oderbergerstr. 17.
L. Zimmermann, Kottb. Damm 34

Glas u. Porzellan

G. Krüger, Weissenbergerstr. 79.

Grammoph., Sprechm.

W. Becker, Galtz, Wilmersdörferstr. 127

Haar-Artikel

Berliner Zopf-Zentrale
Inh. Rich. Müller
nur Kottbuser Strasse 1

Spez. Champon, Friseur-Salon
Unterricht in allen Fächern
Auf d. Assort. gewährt 10% Rabatt.

Haus- u. Küchengeräte

Spandau, Schöneberg, St. 22
Kamnick, Essalle, Glas, Porzellan, Lamp.

Herren-Artikel

H. Bock, Seckh. Allee, Kaiser-Friedrichstr. 10.
Veteranenstr. 7.
Schirm, Krav. Wäsche
Nördring, Brunnenstr. 84.

E. Flörecke Seest. Allee 3
H. Krause, Wilh. Müll., Herm.-St. 168
Nördring, Brunnenstr. 84.

Ad. Mahnke Seest. Allee 3
H. Schirme
A. Semmel, O. Mirbachstr. 62, Schirme.
R. Bergstr. 141.
H. Hermannstr. 171.
Max Schulze, Hochmeisterstr. 6.

Wrangelstr. 45 W. Sandler

Herren- u. Knabengard.

J. Baer Guderstr. 26, Eke
Prinzen-Allee.

Beaser, Julius, Nkl., Bergstr. 19

Herren-Moden-Vertrieb
zum Selbstkostenpreis + 10%
Charlottenburg - Wilhelmplatz

Aus Industrie und Handel.

Valorisationskaffee.

Das Verkaufskomitee für brasilianischen Valorisationskaffee veröffentlicht haben den Verkaufsplan für 1913. Der brasilianische Staat Sao Paulo kaufte bekanntlich vor einigen Jahren die ganze Kaffeeernte auf, um das Angebot zu verringern und die Preise zu halten bzw. zu erhöhen. Das Kapital lieferte die internationale Großfinanz und die brasilianische Bundesregierung übernahm die Garantie für den Zinsdienst der Valorisationsanleihe. Die Spekulation ist leider gescheitert. Die Kaffeepreise sind gewaltig gestiegen. Einzelne Ernten blieben in ihren Erträgen zurück und das Valorisationskomitee konnte inzwischen einen großen Teil des aufgespeicherten Kaffees verkaufen. Ursprünglich lagerten 8 1/2 Millionen Sack. Jetzt sollen wiederum 1,28 Millionen Sack verkauft werden; 931 000 Sack Rio- und Santoskaffee sind in den Vereinigten Staaten verkauft worden. Die ganzen Stocks vom Gouvernementskaffee in den Vereinigten Staaten sind damit verkauft und entweder schon verteilt worden oder im Begriffe, noch verteilt zu werden und zwar an 78 Firmen und 20 verschiedene Länder. Weitere 300 000 Sack werden in Europa durch Einschreibungen verkauft werden, und zwar 100 000 Sack in Havre und Marseille, 120 000 Sack in Hamburg und Bremen, 80 000 Sack in Rotterdam, 40 000 Sack in Antwerpen, 10 000 Sack in Lissabon. Die Gebote erfolgten auf je 5000 Sack. Man glaubt, daß Ende Januar oder Februar der Verkauf stattfinden wird. Nach Beendigung dieses Verkaufs werden sich noch 3 Millionen Sack beim Valorisationskomitee befinden. Eine Preisermäßigung ist von dem neuen Angebot nicht zu erwarten; dann hätte das Valorisationskomitee auch wohl von einem Verkauf überhaupt oder in diesem Umfang abgesehen.

Betriebspezialisierung in der ober-schlesischen Stahlindustrie.

Bier dem Stahlwerkverband angehörige Werke Schlesiens haben seit einiger Zeit ein Abkommen getroffen, um die Vorteile des Syndikats noch besser auszunutzen. Sie liefern ihre Produktionsquote in Formeln gemeinsam an den Stahlwerkverband. Sie haben der „Frankf. Ztg.“ zufolge auf der Friedenshütte ein gemeinsames Trägerlager eingerichtet. Neben der vier Werke (Ober-schlesische Eisenindustrie A.-G., Ober-schlesische Eisenbedarfs A.-G., Bismarckhütte und Kattowitzer A.-G.) liefert aber nur bestimmte Profile, so daß die einzelnen Werke durch die Spezialisierung technische und ökonomische Ersparnisse machen können. Jetzt geht man mit dem Plan um, auch für Stabeisen unter die Werke bestimmte Abmengen und Qualitäten zu verteilen. Bei der großen Zahl von Qualitäten liegen allerdings hier größere Schwierigkeiten vor. Die vier Werke, die im Stahlwerkverband eine Sondergruppe bilden, stehen auch sonst noch in enger betriebswirtschaftlicher Beziehung. So haben sich

die Ober-schlesische Eisenbedarfs A.-G. und die Bismarckhütte zu einem Verkaufskontor für den gemeinsamen Röhrenverkauf zusammengeschlossen.

Balkankrieg und Textilindustrie.

Weit stärker als die deutsche Textilindustrie ist naturgemäß die österreichische von der Absatzstörung infolge des Balkanrieges betroffen worden. Ueber die mannigfachen Schädigungen berichtet die Egerer Handelskammer: Am heftigsten wurde die Textilindustrie heimgesucht, insbesondere diejenigen Firmen, die das Provinzgeschäft betreiben oder mit Großfirmen in Wien, Galizien und Ungarn arbeiten und nach dem Balkan exportieren. Die Beteiligung der Industrien des Kammerbezirks an Infolvenzen wird auf 5-6 Mil. Kronen geschätzt. Man befürchtet weitere schwere Infolvenzen, die die Textilindustrie des Bezirks in Bedrängnis bringen können. Die Posamentenbranche habe große Verluste in Wien und Budapest erlitten. Die Kleiderstoffindustrie in Aich habe durchschnittlich 20 Proz. ihrer Arbeiter entlassen, weitere Entlassungen seien zu befürchten. Die Sticker-, Gardinen- und Spitzenfabriken mühten sich zu Zweidrittel der Arbeiterkraft entlassen; mit dem Rest wird halbtägig gearbeitet. Die Lohnausfälle betragen 50-75 Proz.

Von der Beleuchtungsindustrie.

In der elektrischen Beleuchtungsindustrie wird bekanntlich die von Edison erfundene Glühlampe, in der durch den elektrischen Strom ein Kohlefaden durch Glühen zur Lichtabstrahlung gebracht wird, mehr und mehr durch die Metallfadlampen verdrängt. Diese zeichnen sich durch einen wesentlich geringeren Stromverbrauch aus. Wenn nun schon dieser Faktor von etwa 1/4, Stromerparnis der elektrischen Metallfadlampe eine außerordentlich schnelle Einführung bereitet, so ist in den letzten Monaten durch die Verwendung der noch wesentlich haltbareren Metalldrahtlampen dieser Beleuchtungsgeneseheit noch der letzte Rest eines Mangels genommen worden. Die große Haltbarkeit dieser elektrischen Glühlampen aus Metalldraht macht sich nun schon jetzt durch eine ganz bedeutende Herabsetzung des Konsums an diesen Lichtkörpern bemerkbar. Der geringere Verbrauch, also die längere Lebensdauer hat z. B. zur Folge, daß nach einer Mitteilung der neuen Hochzeitszeitung „Licht und Lampe“ ein Warenhaus jetzt in der Zeit, in der es früher 8000 Lampen verbrauchte, nur noch ihrer 6000 bedarf. Die Folgen machen sich am unangenehmsten für die hier in Frage kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen der elektrotechnischen Branche durch Entlassungen in großem Umfang bemerkbar.

Abgesehen davon, daß infolge des geringeren Konsums dieser neuen haltbaren Metalldrahtlampen die Lager nach und nach überfüllt worden sind und nun erst wieder zum großen Teil geräumt werden müssen, kommt als weiterer ungünstiger Faktor der Balkanrieg in Betracht. Besonders Bulgarien war bis zum Kriege ein großer Abnehmer dieser Fabrikate. Jetzt sind seit langen Wochen die Lager in Wien (die Lieferungen erfolgen über die österreichische Hauptstadt durch besondere Exportvertreter) ebenfalls überfüllt, ohne daß vorläufig Aussichten auf größeren Abzug in die durch den Krieg

verlieferten und erschöpften Länder vorhanden sind. So machen sich hier durch das Zusammenfallen des technischen Fortschritts mit einer Kriegsperiode die Folgen der Arbeitslosigkeit innerhalb der bürgerlichen Produktionsweise doppelt unangenehm für das Proletariat bemerkbar.

Die österreichische Postsparkasse

bsteht nun 30 Jahre und wurde auf Initiative des Handelsministers Schöffle nach englischem Muster errichtet. Aus einem bloßen Sparinstitut ist sie längst zur Bankanstalt geworden, die den größten Teil des Scheckverkehrs ohne Inanspruchnahme von Zahlungsmitteln durch buchmäßige Uebertragung abwickelt. 1912 wurden im Anweisungverkehr 9,1 Milliarden (1902 erst 3,7 Milliarden) umgelegt, im Clearingverkehr an Einlagen 7,4 Milliarden (gegen 2,5 Milliarden) aufgewiesen. Es sind über 116 000 Kontoinhaber vorhanden. Mit den in Ungarn und Bosnien bestehenden Postsparkassen wird ein Wechselverkehr im Ueberweisungsdienst geübt, mit dem deutschen Postsparkassenverkehr und den bedeutendsten Banken des Auslandes ein Giroverkehr. Endlich hat das L. L. Postsparkassenamt die Führung eines großen Rentenfortiums bei den staatlichen Rentenemissionen übernommen.

Der vollständige Ausverkauf

aller Inventurbestände bei Schlesinger erregt ungeheures Aufsehen. Anabenjoppen 2 M., Herren-Anzüge 15 M., Herren-Mäntel 15 M., Paletots 20 M., Regenanzüge 30 M., Moderne Hosen 3,50, Blaue Dreifadern m. Umhüllungen 2,00, Blaue Fäden, schwarz 1,50, Blousons, Indigo 2,50, Barchentkleid 1 M., Barchentmantelet 1 M., 50 St. Hr. Wauerjaden 1,00, Lederjaden mit Futter 3 M., Wägen 10 M., Polenträger, leibentartig 50 St. u. f., sowie der Vorrat nicht nur. Turnstr. 38, Herrmann Schlesinger

Heines Werke

Zöpfe und Perücken Gegr. 1898 Haargeschäft Neukölln, Erkstr. 3

Vorwärts-Bibliothek

Der Prinzipienreiter Eine Erzählung aus dem Jahre 1840 Von Wilhelm Bloß Preis gut gebunden 1 M. Der neue Band.

Leihhaus Apollo

neben Apollo-Theater

Friedrichstr. 215 I.

Kaufen Sie von Kavalieren getragene Jacketanzüge, Rockanzüge, Paletots, Ulster (auch auf Seide gearbeitet), Goldsachen, Uhren, Ketten, Ringe, enorm billig.

Gegen Vorzeigung dieser Annonce 10% Rabatt.

Sonntags geöffnet. Friedrichstraße 215, an der Kochstraße.

WEISSE WOCHE

Wir haben eigens zu der „Weißen Woche“ riesig große Posten weißer Waren positiv preiswert erworben, die wir wahrhaft billig während dieser Tage zum Sonderverkauf bringen:

ca. 50 000 Meter Wäschestoffe für Leib- und Bettwäsche zu staunend billigen Preisen. Includes: Elsasser Hemdentuch, Elsasser Renforcé, Louisianatuch, Els. Damast od. Dimiti, Laken-Dowlas, Laken-Halbleinen, Bett-Inlett, Stand Betten.

Ca. 1200 Dutzend Handtücher in Damast, Drell und Gerstenkorn zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Includes: Stuben- od. Küchenhandtuch, Drell-Handtücher, Gerstenkorn-Handtücher, Damast-Handtücher, Wischtücher, Rolltücher, Einz. Jacqu.-Damast-Tischtücher.

Damen-Wäsche. Includes: Damenhemden, Fassunghemden, Damen-Beinkleid, Damen-Nachtjacken, Damen-Nachthemden, Damen-Unterröcke, Garnituren.

Tischwäsche. Includes: Tischtücher Jacquard-Gewebe, Tischtuch Jacquard, rein Leinen, Servietten Jacquard, Reinleinen und Halbleinen, Tisch- u. Kaffeegedecke.

Bettwäsche. Includes: Deckbett mit 2 Kissen aus gutem Haustuch, Deckbett mit 2 Kissen Linon, Deckbett mit 2 Kissen Elsasser Dimiti oder Damast, Bettlaken Dowlas, Bettlaken la Halbleinen, Bett-Inlett gerauht, Deckbett, Unterbett, Kissen.

Kaufhaus Wilhelm Joseph BERLIN W., Großgörschen Straße 1. SCHÖNEBERG, Hauptstraße 163.

H - Joseph & Co - Neukölln - Woche 95 Woche

Von Sonnabend, den 18. Januar bis Sonnabend, den 25. Januar d. J.

Soweit der Vorrat reicht

Soweit der Vorrat reicht

Schürzen

- 1 Blusenschürze aus Kretton, marine-weiß gest. 95 Pf.
- 1 Blusenschürze aus Hausstuch, in einfarbig, oder gestr., mit breit Borte garn. 95 Pf.
- 1 Blusenschürze weiß Daunas, mit Stickerelast. 95 Pf.
- 1 Reform-Kleiderschürze mit Volant und Tasche, vollkommen weit 95 Pf.
- 1 Hausschürze schwarz Panama, mit Vol. u. Tasche 95 Pf.
- 1 Hausschürze Hausstuch, gestreift oder einfarbig, mit Volant und Tasche 95 Pf.
- 1 Tändelschürze schwarz-seid. Satin, mit gest. Borte 95 Pf.
- 1 Tändelschürze weiß gestr. od. kar. Mull mit 8 lcker. 95 Pf.
- 1 Teeschürze weiß Prinzessform, mit Stickerel. 95 Pf.
- 1 Teeschürze Satin, tür-lisch gemustert, Blusen- od. Prinzessform 95 Pf.
- Kinder-Reform-Hänger durchweg Größen 50 bis 55 cm, mit Kimonoarm aus Hausstuch, gestreift, mit hohem Pilsencansatz 95 Pf.
- aus Kretton, marine-weiß gestreift, m. hoh. Pilsencansatz aus gem. Mull mit Stickerel, mit hohem Pilsencansatz 95 Pf.
- Kinder-Reform-Hänger Gr. 45-50 cm schw. Panama, m. Kimonoarm, reich garniert 95 Pf.
- Knabenschürzen m. Bild Gr. 54-55 95 Pf.
- Knabenschürzen aus gestr. Hausst., Gr. 45-55, 2 Stück 95 Pf.



1 Fruchtschale mit Majolikamal. und hohem vernickelten Metallrand 95 Pf.

Damen-Konfektion

- 1 Unterrock Melontuch, mit Volant, in vielen Farben 95 Pf.
- 1 Damenbluse moderne Fazon, mit Satinpasse 95 Pf.
- 1 Russenkittel Melontuch mit Bänderchen garniert 95 Pf.
- 1 Matinee in Barchent, mit Blenden besetzt 95 Pf.
- 1 schwarze Bluse in Satin mit Passo und Fältchen 95 Pf.
- Kinderkleid sehr kleidsame Ausführung, 45-65 cm 95 Pf.
- Madapolam - Wäsche-Stickerel nur schöne Muster Kupon 4,55 Meter 95 Pf.
- Tüllstoffe in Schwarz und Farblich, gestickt, m. Seide, Mtr. 95 Pf.

Galanterie - Lederwaren

- Ein Posten Lederwaren wie Hand-, Zigarren-, Brieftaschen und Postmonnaie 95 Pf.
- 1 Reisetasche 33 cm gr. in Schwarz oder Braun 95 Pf.
- 1 Markttasche mit Leder-ecken, 38 cm gross 95 Pf.
- 1 Fruchtschale auf Metallfuss 95 Pf.
- 1 Eiermenage = 4 Eier-becher, 1 geschlossene Sal-sobala auf verack. Tablett 95 Pf.
- 1 Likörservice Kanne und 6 Gläser auf Tablett 95 Pf.

Kleiderstoffe

- 1 gr. Posten **englisch. Kostümstoffe** schwere halbware Qual., 110 cm breit, regul Wert 1,80
 - 1 gr. Posten **Blusenstoffe** gestr. Popeline und reinwollener Flanell regul Wert bis 1,95
 - 1 Posten **Hauskleiderstoffe** doppelt-breit regul Wert bis 1,65
 - 1 gr. Posten **karlierte Stoffe** für Kinder-kleider regul Wert 1,65
 - 1 gr. Posten **reinwollene Musseline** regul Wert bis 1,85
- Zur Konfirmation:**
- 1 gr. Posten **Kleiderstoffe** weiss u. schwarz reine Wolle, doppeltbreit
 - 1 Posten **weiss gestickte Mulle u. Batiste** regul Wert bis 1,65
 - 1 Posten **weisse Stickerelstoffe** regul Wert bis 1,65
- Mehrere Tausend Abschnitte und Reste

jetzt durchweg Meter

95

Pfennig

ca. 2500 Meter **Blusen- u. Kleidersammete 95 Pf.** zurück. mod. Streif. i apart Farben, regul Wert 3,75, jetzt Mtr

Trikotagen

- Normalhemden, Mako-hemden, Normal-Ho-sen, Futterhosen etc. Stück 95 Pf.
- 1 Winter- od. Sommer-Directoiret-Betnkleid 95 Pf.
- 1 Kind.-Reformhöschen marine Trikot, 40-60 Länge 95 Pf.
- 1 Kinder-Trikot gestrickt, Normal oder mit Futter, Länge 80-100 95 Pf.
- 2 Kinder-Trikots Lg. 50-75 95 Pf.
- 1 Damen-Trikot-Rock mit Langette 95 Pf.
- 1 Damen-Reformhose mit angerautem Futter 95 Pf.

Wäsche

- 1 Dam.-Phant.-Hemd in verschied. Ausführungen 95 Pf.
- 1 Damen-Schulter-Schlusshemd gestick-ter Passe und Langette 95 Pf.
- 1 Nachjacke in Barchent oder Hemdentuch 95 Pf.

Schuhwaren

- Leder - Schnürstiefel ohne Flock., Gr. 18-22 95 Pf.
- Kamelhaarstoff - Schnallen-stiefel mit Ledersohle, Größe 21-26 95 Pf.
- Ober - Filzschuhe mit Lederspitze, Gr. 27-30 95 Pf.

- Damen - Walkschuhe 95 Pf.
- Damen - Samtschuhe 95 Pf.
- Damen - Kamelhaarstoff-Laschenschuhe 95 Pf.
- Dam. od. Herr. Pantoffel in verschied. Farben 95 Pf.

- 1 Postkartalbum für 10 Karten 95 Pf.
- 1 Kassette Briefpapier Leinwanddruck, 100 Bogen, 100 Kurzeris, mit Seidenfutter 95 Pf.
- 7 Pakete = 700 Bogen Butterbrotpapier 95 Pf.
- 150 gezackte Papier-servietten 100 mit farbig. Muster, 50 in weiss u. 1 dazu passender farbig. Läufer aus. 95 Pf.
- 9 Rollen Klosett-papier seidenweich 95 Pf.
- 1 Rasierapparat m. zwei Klinge 95 Pf.
- 1 Rasiergarnitur mit Doppelspiegel 95 Pf.
- 1 Manikurkasten 8teilig 95 Pf.

Seifen - Toilette-Artikel

- 1 Karton = 6 Stück Kleeblüten-Seife oder Lanolin-Flieder-Seife und 1 Seiftuch 95 Pf.
- 10 St. Harlemer Lilie und 1 Seiftuch 95 Pf.
- 1 Karton = 12 Stück Blumen-Fettseife und 1 Seiftuch 95 Pf.
- 3 oder 4 Eigel Oranienburger Seife 95 Pf.
- 7 Stück Waschkarline beste Hausseife 95 Pf.
- 6 Paket Terpentin-Salmiak - Seifenpulver 95 Pf.

Baumwollwaren

- 3 Mtr. Hemdentuch oder Luisianatuch 95 Pf.
- 2 1/2 Mtr. feinf. Renforcé od. Croisébarch. oder 2 Mtr. gut. Piquébarch. oder 2 Mtr. gut. Nach-jackenbarchent 95 Pf.
- 2 1/2 Mtr. Rockbarchent 95 Pf.
- 3 Mtr. gestr. Hemden-barchent 95 Pf.
- 2 Mtr. Schürzenstoff 120 cm breit 95 Pf.
- 2 Mtr. gem. Schürzen-Satin 95 Pf.
- 1 Kissen mit Stickerel-Ein-satz oder Langette 95 Pf.



2 Teebecher im Einsatz auf vernick. Tablett 95 Pf.

Strumpfwaren

- 1 P. Frauen-Strümpfe reine Wolle 2x2 gestrickt 95 Pf.
- 1 P. Damen-Strümpfe reine Wolle, englisch lang, diverse Qualitäten 95 Pf.
- 2 P. Damen-Strümpfe gering. engl. lang div. Qual. 95 Pf.
- 3 Paar Herren-Socken div. gestrickt, gewebt etc. 95 Pf.
- 2 Paar Herren-Socken feine Farben, Langstreifen 95 Pf.
- 1 Paar Herren-Socken feinste Flor-Qual., glatt, be-stickt, durchbrochen, Jaquard Wert bis 1,75 95 Pf.
- Kinder-Strümpfe reine Wolle, feinste Jacquard Qual. Größe 1-5 2 Paar 95 Pf. Größe 6-10 1 Paar 95 Pf.

Leinenwaren

- 12 Stück Staubtücher oder Polierrtücher 95 Pf.
- 6 Wischtücher rot kariert und gestümt 95 Pf.
- 3 gr. Stuben-, Gersten-korn- oder Küchen-handtücher ges. u. geb. 95 Pf.
- 1 Kaffedecke oder ein Tischtuch 95 Pf.
- 1 Bettlaken 2 Mtr lang, ges. 95 Pf.
- 1 Rolltuch 175 cm lang 95 Pf.
- 1 Milieux mit Spritzmalerei 95 Pf.

Porzellan

- 2 Vorrats-Tonnen Delft od. Gold dek. 95 Pf.
- 6 Gewürzttönnchen Delft 95 Pf.
- 12 Dessertteller 19 cm 95 Pf.
- 6 Speiseteller Poston 95 Pf.
- Taschentücher 6 grosse, bunte für Herren 95 Pf. 6 gr. weisse gebrauchsfertige mit Buchstaben 95 Pf.

1 Linoieum-Vorleger ca. 60/100 cm 95 Pf.

1 Klempner-Bluse 70 bis 100 cm lang 95 Pf.

1 Knaben-Hose aus dauerh. Stoff, für 5 bis 9 Jahre 95 Pf.

1 Knabenstoff- od. Tennisbluse für 5 bis 9 Jahre 95 Pf.

1 Bettwandschoner gestickt 95 Pf.

1 Stuhl-Kissen mit Füllung, fertig gestickt 95 Pf.

1 Kaffeewärmer gestickt oder ge-waschen 95 Pf.

1 Decke od. 1 Läufer mit Spitze und Ein-satz, gestickt 95 Pf.

1 Bestecktasche gestickt 95 Pf.

1 Besenhandtuch gestickt 95 Pf.

1 Lampentasche Aldastoff, verges. 95 Pf.

1 Kaffeemühle Holz 95 Pf.

H. JOSEPH & Co.

Neukölln
Berliner Str. 54-55
Jägerstrasse 1-2.